

BUNDESFRAUENKONFERENZ  
10. NOVEMBER 2023 | MESSE GRAZ

**SPÖ** FRAUEN

# HALBE HALBE

**Machen wir das.**

ANTRÄGE & RESOLUTIONEN

# Vorwort

Vor dir liegt das Antragsheft für unsere Bundesfrauenkonferenz 2023 mit insgesamt 44 Anträgen und drei Resolutionen, die uns als Programm und Wertekatalog für die nächsten drei Jahre dienen. Die Inhalte sind unsere politische Richtschnur und Basis für die künftigen Wahlauseinandersetzungen, die wir bereits im Jahr 2024 bestreiten werden.

Die SPÖ-Frauen haben sich zum Ziel gesetzt den Backlash, der durch die jetzige Bundesregierung und ihre reaktionär-konservativen Vorgängerregierungen verursacht wurde, wieder aufzuholen. Anliegen der Heldinnen in der Krise wollen wir in den Fokus rücken, frauenpolitische Meilensteine wie die Fristenregelung verteidigen und weiterentwickeln.

Entstanden sind unsere Anträge in konstruktiven Diskussionen in den Frauengremien auf verschiedenen Ebenen und in allen Bundesländern, so wie auf unseren Sommertouren „Feministinnen am Zug“. Bei vielen Treffen und Besuchen in Fraueneinrichtungen, Betrieben und regionalen Organisationen und Veranstaltungszentren ging es um die drängenden frauenpolitischen Anliegen und Herausforderungen für die Zukunft.

Unsere Schwerpunkte sind klar. Wir wollen die Arbeitswelt gerechter gestalten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, die nötige Infrastruktur schaffen, damit Frauen ganztätig berufstätig sein können und damit eine gute Grundlage schaffen, um Altersarmut zu verhindern. Wir streben eine gerechte Arbeitsteilung von Frauen und Männern in allen Bereichen an, eine faire Aufteilung von Macht und politischen Gestaltungsmöglichkeiten sowie eine ausgewogene Verteilung von Ressourcen - Halbe Halbe.

Wir fordern, dass Meilensteine wie die Lohntransparenzrichtlinie, die von sozialdemokratischen Mandatar\*innen initiiert und durchgesetzt wurden, in Österreich sofort umgesetzt werden. Einige unserer bereits beschlossenen Forderungen wie jene nach Gratis-Hygieneprodukten für Frauen, nach dem Recht auf einen sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch oder nach einem Rechtsanspruch auf einen ganztägigen gratis Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr bekräftigen und erneuern wir.

Einen Schwerpunkt legen wir auf eine gute Gesundheitsvorsorge. Frauengesundheit muss endlich in den Mittelpunkt. Die medizinische Forschung war viel zu lange nur am Mann orientiert. In den letzten Jahren gibt es eine Reihe richtungsweisender Initiativen und Projekte sowohl im Bereich der Gender Medizin als auch in Bezug auf den kostenfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung und Verhütung. Best Practice Beispiele, die wir in ganz Österreich umsetzen wollen.

Unsere Politik steht in einem internationalen Kontext. All jenen, die Frauenrechte nicht respektieren wollen, stellen wir uns entschieden und lautstark entgegen. Selbstbestimmung und die gerechte Teilhabe aller an der Gesellschaft sind Grundrechte, die es zu verteidigen gilt. Das gelingt mit Solidarität und Zusammenhalt über alle Grenzen hinweg.

Wir wollen, dass Österreich endlich wieder zu den fortschrittlichen Ländern zählt. Dazu braucht es gute Gesetze. Echte Gleichstellung bedeutet, dass jede und jeder selbstbestimmt leben, lieben und arbeiten kann. Unsere Anträge und Resolutionen zur Bundesfrauenkonferenz zeigen, wie wir dieses Ziel in naher Zukunft erreichen wollen.

Eva-Maria Holzleitner  
SPÖ-Frauenvorsitzende

# Inhalt

<b>Leitantrag „Halbe Halbe“ .....</b>	<b>6</b>
<b>Gesellschaftspolitik</b>	
Antrag 2: Für eine feministische Kulturpolitik!.....	16
Antrag 3: Feministische Netzpolitik und Künstliche Intelligenz .....	20
Antrag 4: Modell zur Familienarbeitszeit (FAZ).....	22
Antrag 5: Teilzeit ist für viele Frauen kein Privileg und darf nicht bestraft werden! .....	24
Resolution: Für einen Arbeitsmarkt der Zukunft und nieder mit der frauen- und arbeiter*innenfeindlichen Politik der Regierung! .....	26
Antrag 6: Die Pädagogikausbildung muss queer- und geschlechtergerecht werden! .....	28
Antrag 7: Inklusiver Feminismus.....	30
Antrag 8: Käthe-Leichter-Staatspreis muss bleiben!.....	31
Antrag 9: Bestrafung der Erstellung von Deepfake-Porn .....	33
Antrag 10: Unterhaltsgarantie für alle Kinder in Einelternhaushalten.....	34
Antrag 11: Jedes Kind hat ein Recht auf ein Zuhause, was durch das Doppelresidenz-Modell verhindert wird!.....	36
Resolution: Alles versprochen und nichts gehalten: Resolution zur automatischen Angleichung des Pensionsalters von Frauen und Männern ab 2024 .....	37
Antrag 12: Gegen Ausbeutung und Lohndumping - mehr Gerechtigkeit für 24h-Betreuer*innen! .....	39
Antrag 13: Pflege: Frauen & Migrant*innen sind keine Arbeiter*innen zweiter Klasse.....	41
Antrag 14: Raus aus dem Abseits: Halbe Halbe im Sport.....	43
Antrag 15: Sport frei von Geschlechterstereotypen.....	45
Antrag 16: Sicherer, leistbarer Wohnraum - für alle, immer und überall! .....	46
Antrag 17: Omas und Enkeltöchter vereinigt euch! .....	48
<b>Gesundheit</b>	
Antrag 18: Keine Kosten für Verhütungsberatung!.....	52
Antrag 19: Der Kristeller-Handgriff muss verboten werden! .....	53
Antrag 20: Meine Fruchtbarkeit gehört mir.....	55
Antrag 21: Frauenspezifische Mehrkosten abfangen und den Zugang zu Monatshygieneprodukten verbessern .....	57

Antrag 22: Geschlechterspezifische Medizin .....	58
Antrag 23: Gendermedizin muss zur Norm werden.....	59
Antrag 24: Wir bluten aus! Frau sein darf nicht arm machen .....	61
Antrag 25: Kostenloser HPV-Test zur Krebsfrüherkennung .....	62
Resolution: #GesundheitNEUDENKEN.....	63
Antrag 26: Ambulante Rehabilitationsplätze sichern Frauengesundheit!.....	65
Antrag 27: Gratis-HPV Impfung für alle.....	66
Antrag 28: Beratungsgespräche dürfen keine Hürde für Schwangerschaftsabbrüche sein! .....	68
Antrag 29: Reproduktive Rechte schützen - Netzwerke der Abtreibungsgegner*innen zerschlagen! .....	69
<b>Gewaltschutz</b>	
Antrag 30: Gewaltschutz: ILO-Konvention 190 umsetzen .....	72
Antrag 31: Verstärkte Prävention im Gewaltschutz .....	74
Antrag 32: #nichtokay - Sicherheit im Alltag (und in der Nacht!).....	75
Antrag 33: Echter Gewaltschutz statt Symbolpolitik!.....	77
Antrag 34: Gewalt gegen Frauen endlich stoppen.....	80
Antrag 35: Kleiderordnung raus aus Schulen!.....	82
<b>Gleichstellungspolitik</b>	
Antrag 36: Mit Mut. Mit Weitblick. Mit uns Frauen. Mit dem burgenländischen Weg in eine selbstbestimmte Zukunft.....	84
Antrag 37: Auf Goodwill warten wir lange .....	86
Antrag 38: Notwendige Gleichstellungspolitik in Österreich. Gemeinsam für alle Frauen .....	93
Antrag 39: Gemeinsam unbeugsam für eine menschengerechte Zukunft!.....	95
Antrag 40: Heute für ein besseres Morgen!.....	108
Antrag 41: Brot und Rosen.....	118
Antrag 42: Neue Fundamente für Frauenrechte .....	124
<b>Internationale Solidarität</b>	
Antrag 43: Frau - Leben - Freiheit!.....	128
Antrag 44: Solidarität mit den Frauen in Afghanistan und im Iran.....	129

# **Leitantrag**

### Antrag 1: Leitantrag

# Halbe Halbe

Eingebracht von: SPÖ-Bundesfrauenvorstand

Zusammenleben in einer gleichberechtigten Gesellschaft: Frauen und Männer teilen sich zu gleichen Teilen die bezahlte und die unbezahlte Arbeit. Auch in allen anderen Bereichen sind sie gleichgestellt. Diese faire Aufgabenteilung würden gerne immer mehr Frauen und Männer leben wollen.

In Österreich sind wir noch meilenweit davon entfernt.

Mit der Kampagne „Ganze Männer machen Halbe Halbe“ hat die damalige Frauenministerin Helga Konrad vor bald 30 Jahren Aufruhr ausgelöst, für Diskussionen gesorgt und viel Bewusstsein geschaffen. Eine faire Arbeitsteilung in allen Bereichen ist die Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben. Für die Gleichstellung braucht es klare Gesetze, sonst funktioniert es nicht. Jetzt ist es Zeit, Halbe Halbe umzusetzen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich viel verändert. Frauen haben in der Bildung aufgeholt, Männer sogar überholt, Berufe erobert die ihnen früher verwehrt waren und sich viele Rechte erkämpft. Mit frauenpolitischen Maßnahmen wie zum Beispiel der Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung, einem österreichweiten Netz an Frauen- und Mädchenberatungsstellen, einer Vielzahl an Arbeitsmarktprojekten für Frauen, Förder- und Gleichstellungsprogrammen, dem einkommensabhängigen Kindergeld, einer Frauenquote in den Aufsichtsräten von Unternehmen und vielem mehr wurden unter sozialdemokratischen Frauenministerinnen Meilensteine gesetzt.

Die jetzige Bundesregierung vernachlässigt Frauenpolitik völlig. Sie sieht tatenlos zu, wie die Teuerung immer mehr Haushalte an den Rand der Existenz drängt. Die Preise für Mieten, Lebensmittel, Energie steigen ungebremst. Diese Situation trifft aufgrund der niedrigeren Gehälter Frauen doppelt. Fortschritte in der Frauenpolitik gibt es kaum. Die Lohn- und Pensionsunterschiede sind noch immer riesig. Der aktuelle Gleichstellungsindex zeigt, dass wir im internationalen Vergleich statt aufzuholen sogar Rückschritte machen. Um 26 Plätze ist Österreich in diesem Ranking in nur einem Jahr zurückgefallen. Das muss auch anders gehen!

Wir wollen ein Comeback einer feministischen Gleichstellungspolitik in allen Bereichen. Gemeinsam den Aufbruch schaffen, der notwendig ist, um die Rahmenbedingungen für das Leben von Frauen in allen Lebensphasen zu verbessern. Gleichberechtigt und Selbstbestimmt!

Angesichts von rückwärtsgewandten Ideologien, die Frauen- und Menschenrechte in Frage stellen und die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedrohen, ist Solidarität und Zusammenhalt unser aller Chance auf eine gute Zukunft. Solidarität auch über die Frauenorganisationsgrenzen hinaus. Als Netzwerk der Frauen für Frauen.

Halbe Halbe ist ein Konzept, das alle Bereiche umfasst. Von der Arbeitswelt angefangen, über das Familienleben, die Bildung, die Gesundheit, die Mobilität, den Klimaschutz und die Wirtschaft. Es geht um eine gerechte Aufteilung von Arbeit, von Macht und von Ressourcen. Halbe Halbe ist möglich. Machen wir das.

## 1. Halbe Halbe bei bezahlter und unbezahlter Arbeit

Arbeit und Einkommen sind in Österreich zwischen Frauen und Männern ungerecht verteilt.

Frauen verdienen rund 17 Prozent weniger als Männer und bekommen rund 40 Prozent weniger Pension.

Ganz anders sieht es bei der unbezahlten Arbeit aus. Frauen leisten zwei Drittel der unbezahlten Arbeit,

Männer ein Drittel. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

Europaweit gibt es große Unterschiede. Eine Zeitverwendungsstudie würde uns diese Zahlen und Fakten regelmäßig schmerzlich vor Augen führen. Sie zeigt uns, dass in Österreich die Ungleichheit in den verschiedenen Bereichen der Arbeit nach wie vor groß ist – aber auch, dass andere Länder voraus gehen.

Transparenz ist in Schweden seit mehr als 250 Jahren als „Öffentlichkeitsprinzip“ in der Verfassung festgeschrieben. In Island müssen Unternehmen aktiv zeigen, dass sie faire Löhne zahlen, sonst drohen Strafen. In Finnland ist die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern nahezu gleich. Das zeigt, was alles möglich ist, wenn man will.

### **Lohntransparenz schafft Klarheit**

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist in Österreich im Gleichbehandlungsgesetz verankert. Ob das Gesetz auch tatsächlich eingehalten wird, ist nicht einfach zu überprüfen. Es muss endlich Schluss sein mit der Geheimniskrämerei ums Gehalt. Frauen haben ein Recht zu erfahren, wie viel ihre Kollegen im gleichen Tätigkeitsbereich verdienen. Das stärkt sie in Gehaltsverhandlungen.

Auf europäischer Ebene ist dank der Initiative der Vizepräsidentin des Europaparlaments Evelyn Regner ein Meilenstein gelungen. Die EU-Lohntransparenzrichtlinie verpflichtet Unternehmen dazu, Informationen offenzulegen, mit denen Arbeitnehmer\*innen ihre Gehälter vergleichen und Unterschiede aufdecken können. Die Bundesregierung muss diese Richtlinie endlich umsetzen.

### **Raus aus der Teilzeitfalle**

Jede zweite Frau in Österreich arbeitet Teilzeit. Das bedeutet weniger Lohn und weniger Pension. Viele Frauen arbeiten Teilzeit, weil sie Beruf und Familie nicht anders vereinen können, weil ganztägige Kinderbildungsplätze fehlen und weil sie noch immer für den überwiegenden Teil der Familienarbeit zuständig sind. Ebenso bieten viele Arbeitgeber\*innen nur Teilzeitjobs an oder es sind die Arbeitsplätze so belastend, dass Vollzeit nicht möglich ist (Beispiel Pflege). Bei Müttern mit Kindern unter 15 Jahren ist die Teilzeitquote mit 73 Prozent besonders hoch. Nach Teilzeitphasen muss es möglich sein, wieder in einen Vollzeitjob zu wechseln.

### **Kürzere Vollzeit ist gut für die Gleichstellung**

Der Druck in der Arbeitswelt ist enorm. Viele Frauen und Männer wissen nicht, wie sie die vielen alltäglichen Verpflichtungen neben ihrem Job bewältigen sollen. Für Familie und Freizeit bleibt viel zu wenig Zeit. Eine gute Work-Life-Balance ist für viele Beschäftigte ein sehnlicher Wunsch.

Arbeitszeitverkürzung ist auch ein wichtiger Hebel für die Gleichstellung. ÖGB und Arbeiterkammer haben mit dem Familienarbeitszeitmodell bereits eine Möglichkeit zur Arbeitszeitreduktion vorgelegt. Setzen wir das in einem ersten Schritt um. Eine kürzere Vollzeit bietet mehr Frauen die Chance Vollzeit zu arbeiten. Für Männer bleibt mehr Zeit, ihren gerechten Anteil an der unbezahlten Arbeit zu übernehmen.

### **Kürzungen beim AMS verhindern**

Wir wehren uns entschieden gegen mögliche Kürzungen beim AMS. Davon könnten in hohem Maße Arbeitsmarktprojekte für Frauen betroffen sein. Programme für Wiedereinstieg nach der Karenz, sowie der Um- und Weiterbildung sind dringend notwendig, um Frauen am Arbeitsmarkt zu stärken. Spezielle Angebote der Berufsberatung wirken der strukturellen Benachteiligung von Frauen und Mädchen entgegen und helfen dabei, traditionelle Rollenbilder aufzubrechen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt macht in vielen Berufsfeldern Umorientierung und den Erwerb von Zusatzqualifikationen notwendig. Daher ist es wichtig, in die Aus- und Weiterbildung von Frauen verstärkt zu investieren, statt Programme zu kürzen. Frauen haben das Recht auf ein Einkommen, von dem sie leben können.

## Leitantrag

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Halbe Halbe – Gerechte Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit gesetzlich verankern bei Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen
- Lohntransparenz mit Strafen bei Unterbezahlung nach dem isländischen Modell mit einer Beweislastumkehr
- Sofortige Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie in Österreich
- Vorrang von Teilzeitbeschäftigten bei innerbetrieblichen Ausschreibungen einer vergleichbaren Position mit höherem Stundenausmaß
- Recht auf Änderung des Ausmaßes und der Lage der Arbeitszeit, Rechtsanspruch auf Rückkehr von Teilzeit- zu Vollzeitbeschäftigung
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Recht auf Weiterbildung, Qualifikation- und Kompetenzschulung
- Keine Kürzung von AMS-Frauenprojekten

## 2. Die Familienarbeit teilen - Halbe Halbe in der Karenz

Viele Paare wollen sich die Familienarbeit gerecht teilen. Die Erwartungen an eine gleichberechtigte Partner\*innenschaft haben sich stark verändert. Dennoch finden sich viele Frauen nach der Geburt des ersten Kindes in kürzester Zeit wieder in alten Rollenmustern.

Damit Gleichstellung endlich Wirklichkeit wird, braucht es einen gesellschaftlichen Wandel und gute Gesetze. Die Untätigkeit der Bundesregierung wirft uns zurück, statt dass sie uns nach vorne bringt. Es ist höchste Zeit für einen Umschwung!

Wie ungleich die Familienarbeit in Österreich noch immer verteilt ist, zeigt die Inanspruchnahme der Karenz. Zwei von 100 Männern gehen länger als drei Monate in Karenz. Einer von 100 Vätern geht länger als sechs Monate in Karenz. Bei acht von 10 Paaren geht der Mann überhaupt nicht in Karenz.

### Halbe Halbe ist möglich.

Ein Vergleich mit anderen Ländern macht deutlich: Halbe Halbe in der Karenz ist möglich, mit guten Gesetzen. Die skandinavischen Länder haben durch gesetzliche Maßnahmen den Väteranteil bei der Karenz deutlich erhöht. In Norwegen gehen neun von 10 Männer in Karenz. Auch in Schweden, Finnland und Island ist Halbe Halbe bei der Familienarbeit seit vielen Jahren erklärtes Ziel und gelebte Praxis. Wir wollen, dass Österreich endlich wieder zu den fortschrittlichen Ländern in Europa zählt.

Eine klare gesetzliche Regelung, die Halbe Halbe bei der Karenz vorsieht, hat viele Vorteile. Eltern teilen sich die Familienarbeit von Beginn an. Für Frauen bedeutet das, dass sich ihre Möglichkeiten im Beruf drastisch verbessern und für Männer ist es die beste Gelegenheit, von Anfang an Verantwortung und ihren Anteil an der unbezahlten Arbeit zu übernehmen.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Regelmäßige Erhebungen zur Zeitverwendung, um aktuelle Vergleichsdaten zur Verfügung zu haben – gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an der europaweiten Studie, nach dem Vorbild Deutschlands



- Bewusstseinskampagnen um einen gesellschaftlichen Wandel zu fördern
- Klare gesetzliche abgesicherte Ansprüche auf geteilte Karenz – Halbe Halbe in der Karenz bei gleichzeitiger Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen
- Rasche Umsetzung eines Stufenplans zur Erreichung der verpflichtenden Karenzzeiten zwischen beiden Elternteilen

### **3. Recht auf Bildung – So wird Halbe Halbe möglich**

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung von Anfang an. Es soll keinen Unterschied machen, wo die Familie wohnt und wie hoch das Einkommen der Eltern ist. Ganztägige Kinderbildungsplätze sind wichtig sowohl für die Kinder als auch für die Eltern.

Jede zweite Frau in Österreich arbeitet Teilzeit, sehr oft weil ganztägige Kinderbetreuung fehlt. Es ist eine Zerreißprobe für Frauen, wenn sie mehr arbeiten wollen, es aber keine Nachmittagsbetreuung gibt.

Eltern sollen sich die Familienarbeit gerecht teilen. Damit das gelingen kann und beide Eltern ganztägig berufstätig sein können, muss das Angebot rasch ausgebaut werden.

In Wien, im Burgenland und seit dem aktuellen Kindergartenjahr auch in Kärnten – ist der Kindergarten für alle Kinder gratis. Was in diesen Bundesländern möglich ist, wollen wir für alle Kinder in ganz Österreich!

#### **Wo bleibt der Rechtsanspruch?**

Seit langem fordern wir einen Rechtsanspruch auf einen gratis ganztägigen Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr. Die ÖVP hat ihn 2016 verhindert, derzeit gibt es nur leere Versprechungen und heiße Luft.

Eine gute Bildung, die gleichen Chancen für alle sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Frauen und Männer den Wunsch nach gerechter Arbeitsteilung – Halbe Halbe – in der Praxis leben können.

#### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Rechtsanspruch auf Gratis-Kinderbildungsplatz ab dem 1. Lebensjahr
- Öffnungszeiten, die mit einem Vollzeitarbeitsplatz vereinbar sind (VIF-Kriterien)
- Gratis gesundes Mittagessen für alle Kinder bis inkl. zur Unterstufe
- Bundeseinheitliches Rahmengesetz für Elementarpädagogik
- Personaloffensive für den Bereich der Elementarpädagogik
- bessere Entlohnung für Beschäftigte im Bereich der Elementarpädagogik

### **4. Gesundheit hat ein Geschlecht – Halbe Halbe in der Medizin**

Die medizinische Forschung war viel zu lange nur am Mann orientiert. Frauen und Männer haben aber bei vielen Krankheiten unterschiedliche Symptome, Medikamente wirken anders. Das wurde lange Zeit in der Forschung ignoriert. In den vergangenen Jahren wurden in diesem Bereich wichtige Erkenntnisse gemacht. In Österreich gibt es in Sachen Gender-Medizin Professuren an den Universitäten in Wien und Innsbruck. Seit 2021 wird Kärnten zur Modellregion für Gender-Medizin entwickelt. Schwerpunkte sind unter

## Leitantrag

anderem die Aus- und Weiterbildung für Ärzt\*innen und Pfleger\*innen, sowie Information und Bewusstseinsarbeit. Wichtig ist es in Zukunft die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Modellregion für ganz Österreich zu nutzen. Gender-Medizin soll nachhaltig sowohl in der medizinischen Forschung als auch in der Behandlung Einzug halten.

### **Gesundheit muss leistbar sein**

Viele Dinge, die für die Gesundheitsversorgung wichtig sind, müssen Frauen aus privater Tasche zahlen. So geben Mädchen und Frauen im Laufe ihres Lebens viel Geld für Menstruationsprodukte aus. Eine Umfrage von „Plan International“ zeigt, dass für jede dritte Frau monatliche Ausgaben für Menstruationsprodukte eine finanzielle Belastung darstellen. 53% der Befragten würden sich besser mit Hygieneartikeln versorgen, wenn diese günstiger wären. In der jüngsten Gruppe sagten dies sogar 68%. [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230523\\_OTS0006/die-menstruation-in-oesterreich-ist-teuer-und-voller-tabus](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230523_OTS0006/die-menstruation-in-oesterreich-ist-teuer-und-voller-tabus)

Wir wollen Periodenarmut verhindern. Beispielhafte Projekte sind die „Rote Box“ in Wien, wo Gutscheine für kostenlose Periodenprodukte in Jugendzentren und Sozialmärkten ausgegeben werden oder die Aktion „Wir regeln das gemeinsam“ im Burgenland, wo Frauen und Mädchen sich in den Frauenberatungsstellen gratis Tampons und Binden abholen können.

### **Selbstbestimmung**

Jede Frau hat das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit. Immer wieder gibt es reaktionäre und konservative Angriffe auf unsere Rechte. 50 Jahre nach der Fristenregelung ist es Zeit, den Schwangerschaftsabbruch heraus aus dem Strafgesetzbuch zu holen. Frauen haben ein Recht auf eine gute und sichere medizinische Versorgung, alles andere ist eine Gefahr für ihre Gesundheit. Auf EU-Ebene kämpfen wir Sozialdemokrat\*innen dafür, Abtreibung als Grundrecht zu verankern. Wir wollen das Recht auf einen sicheren, legalen, kostenfreien Schwangerschaftsabbruch gesetzlich fixieren. Wenn wir über Selbstbestimmung reden, müssen wir auch über kostenlose Verhütungsmittel reden. Verhütung darf keine Frage des Geldes sein.

### **Halbe Halbe ist gesund**

Bei der Gesundheit von Frauen geht es auch ganz generell um die Lebensumstände von Frauen. Noch immer sind sie es, die sich im Alltag für eine endlose Reihe an Dingen zuständig fühlen und einen unsichtbaren Rucksack an Pflichten mit sich herumtragen. „Mental Load“ umschreibt dieses Gefühl der dauernden Überforderung. Eine bessere Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern, Halbe Halbe ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine der Gesundheit.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Gender-Medizin tatsächlich flächendeckend in der Praxis umsetzen
- Erfahrungen der Modell-Region Gender-Medizin in ganz Österreich umsetzen
- Mehr Geld in frauenrelevante Forschung investieren
- Ausgaben des Gesundheitswesens im Sinne von Gender-Budgeting auf Gerechtigkeit überprüfen
- Mehr Investitionen in Kassenleistungen, von denen Frauen profitieren
- Recht auf einen sicheren, legalen, kostenfreien Schwangerschaftsabbruch – raus aus dem Strafgesetzbuch. Egal ob in öffentlichen Spitälern oder im niedergelassenen Bereich.
- „One size doesn't fit all“ - kostenlose, passende Verhütungsmittel für Frauen und Mädchen

- Regelmäßige Erstellung eines Frauengesundheitsberichtes durch die Bundesregierung
- Verstärkte Übernahme von Gesundheitsleistungen für Endometriose-Patientinnen durch die Krankenkassen
- Long Covid und ME/CFS Forschungsmittel für eine Modell-Ambulanz zur Verfügung stellen

## 5. Mobilität und Raumplanung. Halbe Halbe bedeutet mehr für Frauen.

Städte wie Wien machen es vor. Gendergerechte Städte- und Raumplanung, Diversität in Verkehrsplanung, eine Stadt der kurzen Wege und Barrierefreiheit sind Säulen für Städte und Kommunen in denen Frau gut leben kann.

Um gendergerechte Mobilitätsangebote und eine gendergerechte Städte- und Verkehrsplanung zu schaffen braucht es dringend genderbasierte Daten. Vorbild dafür ist der Gleichstellungsindex des Städtebundes. <https://www.staedtebund.gv.at/themen/frauen/gleichstellungsindex-2021/>

Die Schaffung von nutzungsbasierten Mobilitätsangeboten tragen zu mehr Teilhabe, Daseinsvorsorge und sozialer Gerechtigkeit für alle bei.

Laut VCÖ waren im Jahr 2020 waren rund 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen, die somit in diesem Mobilitätssystem besonders benachteiligt werden.

Im Verkehrsausschuss des Parlaments ist der Frauenanteil erschreckend gering, nur fünf der 23 Mitglieder sind Frauen. Frauen sind in vielen Verkehrs- bzw. Mobilitätsressorts unterrepräsentiert, dabei sind sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

Laut dem Gleichstellungsindex des Städtebundes (von SORA durchgeführt) ergibt die Analyse des Modal Split, also der Verkehrsmittelwahl nach Geschlechtern getrennt folgendes Ergebnis: Frauen nützen wesentlich häufiger öffentliche Verkehrsmittel und nutzen öfter eine Mischung aus öffentlichen Verkehrsmitteln und zu Fuß gehen oder Fahrrad fahren. Bestimmt werden diese Verkehrswege aber vor allem von Männern. <https://tinyurl.com/nhbajzkn>

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Gendergerechte Städte- und Raumplanung
- Schließen des Gender Data Gaps
- Ausbau der öffentlichen und nutzungsbasierten Mobilitätsangebote
- Geschlechtergerechtigkeit bzw. Quoten in Mobilitäts- und Verkehrsgremien

## 6. Halbe Halbe in Städten und Gemeinden: Weil 11 von 75 zu wenig sind.

Die Publikation des Österreichischen Städtebundes oestiz\_2023\_2.indd (kdz.eu) liefert eine wertvolle Datengrundlage über die Lage der Städte und ihren Bewohner\*innen. Auch hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen in der politischen Vertretung auf Gemeindeebene. Die Zahlen und Daten dazu sind aus einer feministischen und geschlechtergerechten Perspektive erschreckend und unzufriedenstellend. So gab es 2022 in den 75 größten Städten Österreichs nur 11 Bürgermeisterinnen. Bei den Vizebürgermeister\*innen stellt sich die Situation ähnlich dar. Von 133 Vizebürgermeister\*innen waren 41 Frauen.

## Leitantrag

Die Politik ist gefordert Frauen bessere Rahmenbedingungen und Ausbildungs- und Förderprogramme zur Verfügung zu stellen, damit mehr Geschlechtergerechtigkeit auch in den österreichischen Gemeindegremien Einzug hält.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im kommunalen Bereich
- Nachhaltige Strategien zur Förderung von Frauen- und Mentorinnenprogrammen zur Stärkung von Frauen in Städten und Gemeinden
- Verstärkte Zusammenarbeit mit GVV und Städtebund

## 7. Der Umwelt zuliebe: Halbe Halbe im Klimaschutz

Österreich ist ein Land, das sehr stark von der Erderhitzung betroffen ist. Der Temperaturanstieg ist überdurchschnittlich hoch und das bedeutet, dass viele Bereiche wie die Infrastruktur, aber auch die Land- und Forstwirtschaft betroffen sind. Hochwasser und Dürre sind Phänomene, die mit der Klimakrise einhergehen. Das Ziel ist es, die Erderhitzung rasch und nachhaltig zu limitieren.

Die Herausforderungen sind riesig: Der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur muss viel rascher vorangehen. Der Umstieg auf erneuerbare Energieträger wie u.a. Sonne, Wind, Geothermie, Wasserkraft geht noch viel zu langsam.

Von der Klimakrise sind nicht alle im gleichen Maße betroffen. Wer sich viel im Freien aufhalten muss, wer keinen Zugang zu klimatisierten Räumen hat und im Sommer nicht in kühlere Regionen ausweichen kann, leidet stärker unter den Folgen. Klimapolitik ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Frauen haben im Schnitt weniger Einkommen und erledigen mehr Betreuungsarbeit für Kinder und ältere Menschen. Durch geschlechtsspezifische Unterschiede bei Einkommen und Vermögen stehen Frauen statistisch gesehen weniger Ressourcen zur Klimavorsorge zur Verfügung. Von Hitzewellen sind sie in hohem Maße betroffen.

Gleichzeitig sind Frauen in klimapolitisch relevanten Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert. Frauen sind in der Klimabewegung sehr aktiv, sie sind dort, wo treibende Kräfte vorhanden sind. Den Kampf für Klimaschutz führen vor allem Frauen und Mädchen an.

Aber wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu treffen, ob Flächen begrünt werden, ob Radwege gebaut werden und ob die öffentliche Anbindung in Gemeinden ausgebaut wird, dann sind es überwiegend Männer, die Entscheidungen treffen.

Frauen sind von der Erderhitzung in hohem Maße getroffen, sie brauchen endlich die Macht über die Zukunft zu entscheiden.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Höhere Gewichtung der Interessen von Frauen im öffentlichen Raum
- Bundesweite Investitionen in die Begrünung im gesamten öffentlichen Raum
- Bundesweite Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel und Radinfrastruktur
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs - jede Gemeinde muss mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein

- Arbeitsmarktprojekte für Frauen mit Schwerpunkt auf Umweltschutz und erneuerbare Energieträger
- Verstärkte Forschung von genderspezifischen Auswirkungen der Klimakrise und der Energiewende

## 8. Halbe Halbe in der Wirtschaft

Nach 10 Jahren Stillstand wurde auf Initiative der sozialdemokratischen EU-Abgeordneten die sogenannte „Women on Boards“-Richtlinie erreicht. Ziel ist es, mehr Frauen in Führungspositionen zu garantieren. Unternehmen müssen ihre Auswahlverfahren anpassen und sie fairer, transparenter und mit klaren, vorab festgelegten Kriterien ausgestalten. Gesetzliche Vorgaben sind auch im Bereich der Wirtschaft wichtig und notwendig. Denn so sind nach Schätzungen des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen nur 30,6 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder weiblich und nur 8,5 Prozent der Vorstände in der EU mit Frauen besetzt.

### Women on boards

Mit der Umsetzung dieser EU-Richtlinie müssen die EU-Mitgliedsstaaten bis 2026 entweder eine Zielvorgabe von mindestens 40 Prozent Frauen, beziehungsweise dem unterrepräsentierten Geschlecht, in Aufsichtsräten erfüllen. Alternativ muss 33 Prozent im Durchschnitt für beide Gremien, also Vorstand und Aufsichtsrat, erreicht werden. Ziel ist, bei der Auswahl zwischen gleich qualifizierten Kandidat\*innen, dem weniger vertretenen Geschlecht den Vorzug zu geben. Für uns SPÖ-Frauen geht diese Richtlinie aber noch nicht weit genug. Wir fordern, dass Unternehmen keine Möglichkeit haben, sich aus dieser Verpflichtung zu nehmen.

### Maßnahmen für Ein-Personen-Unternehmen und Klein-und-Mittelbetriebe

Laut Statistik Austria gab es 2020 über 500.000 Einzelunternehmer\*innen in Österreich, jedes dritte Einzelunternehmen (38,6 Prozent) wurde von einer Frau geleitet. Diese Unternehmer\*innen sind besonders geplagt von der immensen Teuerung und Inflation. Statt leerer Versprechen und Einmalförderungen mit der Gießkanne braucht es klare Maßnahmen um das Überleben dieser EPU zu sichern. Insbesondere braucht es dringend eine wirksame soziale Absicherung im Fall von Schwangerschaft und Krankheit.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Sofortige Umsetzung der Women on Boards Richtlinie
- Mietpreisbremse auf für Gewerbemieten von EPU und KMU
- weg mit dem 20-prozentigen Selbstbehalt beim Ärzt\*innenbesuch und her mit dem Krankengeld ab dem vierten Tag für Selbstständige

## 9. Halbe Halbe im (Bundes-)Haushalt

Gender Budgeting ist das Instrument um alle Vorhaben auf Geschlechtergerechtigkeit zu prüfen und steht in Österreich in Verfassungsrang. Dennoch wird Gender Budgeting immer wieder ignoriert – insbesondere nach all den Krisen wurde klar: vielfach waren Hilfspakete, egal in welchen Bereichen, nicht auf die Wirkung auf die Geschlechter geprüft worden. Das muss sich dringend ändern – Gender Budgeting muss vom aktuell durch die Bundesregierung zahnlos-gemachten Instrument in ein scharfes Werkzeug für Geschlechtergerechtigkeit werden! Bei der Erstellung künftiger Budgets des Bundeshaushalts ist eine gesamtheitliche Analyse zu Gleichstellungsmaßnahmen erforderlich. Die Empfehlungen des unabhängigen, fachlich versierten Budgetdienstes im Parlament zur Verbesserung des Gender Budgetings, aus dem Jahr 2019, müssen endlich umgesetzt werden.

## **Leitantrag**

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- verbindliche Umsetzung der Empfehlungen des Budgetdienstes des österreichischen Parlaments zur Weiterentwicklung des Gender Budgetings im Bundeshaushalt
- Einführung eines ausführlichen Gender Budget Statements zur gesamthaften Analyse gleichstellungsrelevanter budgetärer Maßnahmen
- eine ex-ante Analyse zwischen den Ressorts bzw. den Budgetuntergliederungen sowie die Optimierung der Wirkungsorientierung im Budgetprozess
- Jährliche Berichtslegung des Finanzministeriums zur Wirkung des Gender Budgetings

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

# **Gesellschaftspolitik**

### Antrag 2

# Für eine feministische Kulturpolitik!

Eingebracht von: Bundesfrauenvorstand

So wie in anderen Branchen unterscheiden sich die Rahmenbedingungen auch in der Kulturarbeit für Frauen und Männer. Einkommensschere, gläserne Decke, Betreuungspflichten – all das ist auch in Kunst und Kultur ein wichtiges Thema. Und verfolgt man die Übergriffe, die unter dem Stichwort #metoo bekannt geworden sind, so wird deutlich klar, dass auch die Kulturbranche keine Insel der Seligen ist. Gerade in oftmals stark hierarchisch organisierten Kulturbetrieben werden Autoritäten gerne ausgenutzt und vielfach übliche Rollenverteilungen reproduziert. Gestützt werden diese durch einen immer noch weit verbreiteten Geniekult und die Idee vom Künstler, der abgeschieden von der Welt, einsam geniale Werke schafft.

Künstlerische Einkommen sind generell niedrig. Laut der Studie zur „Sozialen Lage der Kunstschaffenden und Kunst- und Kulturvermittler\*innen in Österreich“, herausgegeben vom Bundeskanzleramt 2018, beträgt das mittlere jährliche Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit 5.000 Euro netto. Frauen erzielen dabei noch um rund 25% geringere Einkommen als Männer. Unter Einbeziehung aller Tätigkeiten liegt das persönliche Netto-Jahres-einkommen im Mittel bei 14.000 Euro. Frauen gelingt es auch nach wie vor in geringerem Ausmaß, dauerhaft im Kunstbereich Fuß zu fassen. In der Regel erzielen Männer einen höheren Anteil ihres Einkommens aus künstlerischer Tätigkeit, was gut zu dem Befund passt, dass Männer häufiger gut etabliert sind. Frauen sind verstärkt darauf angewiesen, ihr Einkommen zusätzlich auf andere Weise zu erwirtschaften.

Elternschaft mit künstlerischer Arbeit zu verbinden, ist ebenfalls für Frauen besonders schwierig. Ein „Recht auf Familie“ ist oft nicht lebbar. Wie der Bericht zur sozialen Lage zeigt, leben Künstler\*innen generell seltener im Familienverband als die gleichaltrige Gesamtbevölkerung. Dies gilt für Männer (61% vs. 71% der Gesamtbevölkerung) weniger als für Frauen (50% vs. 81% der Gesamtbevölkerung). Ähnlich sieht die Situation bei der Elternschaft aus: Kunstschaffende und hier vor allem Frauen sind vergleichsweise seltener Eltern. Während 59% der weiblichen Gesamtbevölkerung im Alter zwischen 25 und 44 Jahren zumindest ein Kind haben, trifft dies nur auf 24% der Künstlerinnen zu. Unter den Männern dieser Altersgruppe sind 42% in der Gesamtbevölkerung Väter und 35% in der Gruppe der Künstler.

Die Lebensrealitäten von Künstlerinnen und Künstlern unterscheiden sich daher wesentlich. Aufgrund von Kinderbetreuungspflichten und Care-Arbeit, die immer noch verstärkt auf den Schultern von Frauen lastet, können sich Frauen vor allem in der für die Karriereplanung wichtigen Phase oftmals nicht vorrangig dem künstlerischen Schaffen widmen. Sie verfügen seltener über eigene Arbeitsräume sowie längerfristig stabile Kooperationsstrukturen mit Vermarkter\*innen. Die Relation der Einkommen spiegelt die Geschlechterverhältnisse umgekehrt proportional wider: Je mehr Geld es für einen Job oder ein Projekt gibt, desto weniger Frauen kommen zum Zug.

Es braucht daher eine feministische Kulturpolitik, die besonderes Augenmerk auf die Situation von Frauen legt und zum Ziel hat, die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten von Männern und Frauen in den Möglichkeiten künstlerischen Schaffens zu beseitigen.

## **Gleichberechtigte Vergabe von Fördermitteln an Frauen und Männer**

Bei der Vergabe von Fördermitteln und auch Besetzung von Beiräten und Jurys ist im letzten Jahrzehnt einiges gelungen. Kunst- und Kulturberichte weisen die Förderungen, die direkt an einzelne Künstler\*innen gehen, aufgeschlüsselt nach Männer und Frauen aus. Dabei zeigt sich, dass in vielen Kunstsparten bereits wesentliche Fortschritte in Richtung Geschlechtergerechtigkeit erzielt werden konnten, dass es jedoch in einigen Bereichen weiterhin noch Handlungsbedarf gibt. So sind Künstler\*innen z.B. in den Bundesmuseen nach wie vor unterrepräsentiert, Dirigent\*innen oder Komponist\*innen werden kaum beschäftigt. Auch bei den Führungspersonen in der ersten und zweiten Reihe sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert.



Wir fordern daher eine Ausweitung des Berichtswesens über die Verteilung der Fördermittel und Maßnahmen in jenen Bereichen, in denen Frauen nach wie vor unterrepräsentiert sind.

### **Spezifische Frauenförderprogramme**

Als Vorbild für Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit kann der Filmbereich genannt werden. 2018 erschien erstmals ein Film Gender Report, der das Ziel hatte, Geschlechteraspekte im österreichischen Filmschaffen sichtbar zu machen. Des Weiteren wurde ein Gender Incentive geschaffen, der bei einem signifikanten Anteil an weiblichen Beschäftigten zusätzlich ausbezahlt wird. Seit 2017 werden darüber hinaus alle Einreichungen beim Österreichischen Filminstitut einem Gender-Budgeting unterzogen: Bei der Einreichung von Herstellungsförderungen muss in der Kalkulation dargestellt werden, welcher Anteil der kalkulierten Personalkosten jeweils an weibliche und an männliche Filmschaffende fließt. Ziel ist, dass bis 2024 die vergebenen Filmfördermittel zu gleichen Teilen an Männer und Frauen gehen sollen.

Wir fordern daher Gender Incentives in allen Kunstsparten und Bereichen mit Unterrepräsentanz und spezifische Frauenförder- und Mentoringprogramme.

### **Fair pay und Fairness für Frauen**

Frauen erzielen auch in der Kunst um rund 25% geringere Einkommen als Männer. Dennoch spielt dieser Aspekt bei dem im Herbst 2020 gestarteten Fairness-Prozess, der laut Kulturstaatssekretärin die Stärkung der sozialen und ökonomischen Absicherung der Künstlerinnen und Künstler zum Ziel hat, keine Rolle. Im verabschiedeten Fairness Kodex ist viel die Rede von Kooperation, Achtung und Wertschätzung, die besondere Situation von Frauen wird jedoch in keiner Weise reflektiert. Auch eine Verankerung angemessener Bezahlung als Fördervoraussetzung hat der Prozess bisher nicht gebracht.

Wir fordern daher die Aufnahme der spezifischen Situation von Frauen in den Fairness Codex und allgemein Maßnahmen für eine faire Entlohnung künstlerischer Arbeit von Frauen.

### **Kampf gegen Altersarmut**

Mit Ausnahme von wenigen Spitzenverdiener\*innen gehört ein großer Teil der Künstler\*innen und Kulturschaffenden bereits zu Erwerbszeiten zum ökonomischen Prekariat. Eine private Pensionsvorsorge ist aufgrund mangelnden Einkommens oft nicht möglich. Und Künstlerinnen und Kulturarbeiterinnen sind aufgrund von geringeren Einkommen und Kinderbetreuungspflichten und Care-Arbeit, die immer noch verstärkt auf den Schultern von Frauen lastet, nochmals besonders betroffen. Aus dieser Situation und den stark schwankenden Einkommen, die zusätzlich negative Auswirkungen haben, kommt es im Pensionsalter sehr oft zu Altersarmut. Die Maßnahmen im Rahmen der Kunstförderung sind in vielen Fällen auf den Karrierestart und somit jüngere Künstler\*innen ausgerichtet. Strukturelle Maßnahmen für ältere Kunstproduzent\*innen sind kaum vorgesehen.

Wir fordern daher ein eigenes Maßnahmenpaket zur Vermeidung von Altersarmut von Künstler\*innen und Kulturarbeiter\*innen. Darüber hinaus braucht es Initiativen im Bereich der Kunstförderung, um auch älteren Künstler\*innen Unterstützung leichter zugänglich zu machen. Besonderes Augenmerk muss auch auf die Adaption sozialer Sicherungssysteme gelegt werden, die in der Regel auf kontinuierliche Erwerbsverläufe, die im Kunst- und Kulturbereich nur selten vorliegen, ausgerichtet sind.

### **Berücksichtigung von Betreuungspflichten und mehr Kinderbetreuung**

Wie eingangs ausgeführt, war es von jeher schwierig Elternschaft mit künstlerischer Arbeit zu verbinden. Das Kulturministerium vergibt eine Vielzahl von Unterstützungen. Die Nutzung dieser Angebote durch Künstler\*innen mit Betreuungspflichten ist jedoch nur eingeschränkt möglich. Im Kultur-Regierungsprogramm findet sich zu Kinderbetreuung leider kein einziger Satz – auch nicht für die Bundeskulturorganisationen. Künstler\*innen haben spezifische Anforderungen: Ihre Probezeiten sind oft unregelmäßig, sie sind viel unterwegs und oft abends tätig. Das gilt es zu berücksichtigen. Zusätzlich gewünscht werden die Übernahme

## Gesellschaftspolitik

me oder Refundierung von Kosten für (zusätzliche) Betreuungspersonen und flexible Betreuungsangebote sowie auch geeignete räumliche Voraussetzungen an Kulturinstitutionen.

Wir fordern daher spezifische Förderangebote für Künstler\*innen mit Betreuungspflichten, den Ausbau von Kinderbetreuungsstätten an Kulturinstitutionen und die Möglichkeit der Anrechnung von Kosten für Kinderbetreuung bei Förderungen.

### Null Toleranz bei Übergriffen

Arbeit in Kunst und Kultur findet mitten in der Gesellschaft statt. Zu dieser Realität gehören bedauerlicherweise auch Machtmissbrauch, Demütigungen, Mobbing, Übergriffe, sexistische Äußerungen oder sogar sexuelle Gewalt. Eine Umfrage im Jahr 2021 zeigte den Umfang des Problems in der österreichischen Kunst- und Kulturlandschaft sehr deutlich auf: Laut einer Online-Umfrage für Beschäftigte und potenziell Betroffene waren nur 170 (27,29 Prozent) von 623 Teilnehmer\*innen NICHT von Diskriminierung, Machtmissbrauch, Belästigung oder Gewalt betroffen. Leider war es in der Vergangenheit oftmals der Fall, dass diejenigen, die das kritisiert haben, dadurch Nachteile erfahren haben. Vor allem Frauen, die auf Ungerechtigkeiten und Übergriffe aufmerksam machen, gelten schnell als „schwierig“, was sich negativ auf deren Auftragslage auswirkt, oder es wird ihnen gleich gar nicht geglaubt. Künstlerinnen brauchen daher Unterstützung, um diese „Kultur des Schweigens“ aufbrechen zu können.

Auf Initiative der SPÖ wurde 2021 die Einrichtung einer Vertrauensstelle gegen Machtmissbrauch in Kunst, Kultur und Sport (vera\*) im Nationalrat beschlossen. Die Vertrauensstelle ist eine zentrale Anlaufstelle für Personen, die von Machtmissbrauch in der Kunst- und Kulturbranche sowie im Sportbereich betroffen sind. Die Beratungsstelle ist eine wirksame Hilfe für Betroffene und hat sich in der Praxis bewährt. Allerdings zeigt sich, dass die finanziellen und personellen Ressourcen nicht ausreichen. Die Politik muss ihren Beitrag für eine sichere und respektvolle Arbeitsumgebung leisten und jede Form von Belästigung und Gewalt bekämpfen.

Wir fordern daher einen Ausbau der Vertrauensstelle gegen Machtmissbrauch in Kunst, Kultur und Sport (vera\*), um die Beratungstätigkeit sicherzustellen und das Angebot auf Präventivarbeit und bewusstseinsbildende Maßnahmen ausdehnen zu können.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Eine Ausweitung des Berichtswesens über die Verteilung der Fördermittel und Maßnahmen in jenen Bereichen, in denen Frauen nach wie vor unterrepräsentiert sind.
- Gender Incentives in allen Kunstsparten und Bereichen mit Unterrepräsentanz und spezifische Frauenerförder- und Mentoringprogramme.
- Die Aufnahme der spezifischen Situation von Frauen in den Fairness Codex und allgemein Maßnahmen für eine faire Entlohnung künstlerischer Arbeit von Frauen.
- Ein eigenes Maßnahmenpaket zur Vermeidung von Altersarmut von Künstler\*innen und Kulturarbeiter\*innen. Darüber hinaus braucht es Initiativen im Bereich der Kunstförderung, um auch älteren Künstler\*innen Unterstützung leichter zugänglich zu machen. Besonderes Augenmerk muss auch auf die Adaption sozialer Sicherungssysteme gelegt werden, die in der Regel auf kontinuierliche Erwerbsverläufe, die im Kunst- und Kulturbereich nur selten vorliegen, ausgerichtet sind.
- Spezifische Förderangebote für Künstlerinnen mit Betreuungspflichten, den Ausbau von Kinderbetreuungsstätten an Kulturinstitutionen und die Möglichkeit der Anrechnung von Kosten für Kinderbetreuung bei Förderungen.
- Einen Ausbau der Vertrauensstelle gegen Machtmissbrauch in Kunst, Kultur und Sport (vera\*), um die Beratungstätigkeit sicherzustellen und das Angebot auf Präventivarbeit und bewusstseinsbildende Maßnahmen ausdehnen zu können.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

Antrag 3

# Feministische Netzpolitik und Künstliche Intelligenz

Eingebracht von: Bundesfrauenvorstand

Künstliche Intelligenz ist in unserem Alltag angekommen. Aus der „Nerd-Bubble“ raus in unser tägliches Leben. Ob in der Schule, im Job oder im Privaten.

ChatGPT hat KI in aller Munde gebracht. Eine Zeitenwende ist eingeläutet, die Auswirkungen auch auf uns Frauen hat. Eine Zeitenwende, die wir Frauen aktiv mitgestalten können, wenn wir die Chance haben.

Künstliche Intelligenz ist unaufhaltsam. Die Politik hat die Aufgabe, ihre Chancen und Gefahren zu definieren und sie zu regulieren. Und es gilt Ausbildungsoffensiven und Aufklärungskampagnen auf den Weg zu bringen.

Wir alle müssen fit werden, um KI zu verstehen, sie nützen zu können und kritisch zu bleiben. Kritisch vor allem dann, wenn versucht wird, uns zu manipulieren, uns etwas vorzugaukeln.

Fit, wenn es um mehr Gelder in der KI-Grundlagenforschung geht. Österreich und Europa hat das Zeitalter der Digitalisierung verschlafen, die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz wäre noch gestaltbar. Hier gilt es als Bundesregierung Gelder in die Hand zu nehmen und in Forschung, Innovation und Entwicklung zu investieren. In Europa. In Österreich. Um nicht abhängig zu sein von großen ausländischen Konzernen, die in den USA oder China sitzen.

Es braucht den Mut, KI zu regulieren und nicht zu verbieten. Konzerne müssen daher in die Schranken gewiesen werden, um unsere Demokratie zu verteidigen. Der AI-Act auf europäischer Ebene ist ein erster wichtiger gesetzlicher Rahmen, der in Österreich diskutiert werden wird. Es dauert jedoch noch, bis dieser beschlussreif ist. Bis dahin gilt es folgendes zu tun:

## Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Europa und Österreich dürfen KI nicht verschlafen. Wir sind jetzt gefordert, zu handeln. Bisweilen liegt die Konzentration der Macht bei Konzernen in den USA und Asien. Wir fordern einen Aktionsplan für ein digital souveränes Österreich und Europa. Ein besonderer Fokus soll auf den Open Source Bereich, vor allem im Bildungsbereich gelegt werden, damit Schüler\*innen und Pädagog\*innen nicht von der Software internationaler Großkonzerne abhängig sind.
- Um KI zu erfahren, anzuwenden und zu nützen, braucht es den Zugang zu Infrastruktur. Deshalb: Her mit dem Recht auf Internet für alle.
- Mehr Gelder für die KI-Grundlagenforschung auf die Füße zu stellen, mit einem besonderen Augenmerk auf Frauenförderung in der KI-Grundlagenforschung. Sowohl auf Seiten der Forscherinnen, als auch auf Seiten der Nutzerinnen.
- Regulierungen für Konzerne bei AI-Anwendungen: der AI-Act auf europäischer Ebene ist ein unterstützenswerter, aber erster gesetzlicher Schritt.
- Kennzeichnungspflichten beim Einsatz von KI-Anwendungen: Stichwort Beautyfilter auf Social Media, der besonders verfälschte Ergebnisse des weiblichen Körpers liefert und damit negative Auswirkungen auf das Selbstbild von Mädchen und Frauen hat.
- Offenlegung der Algorithmen, sowie der Datensätze mit denen die KI gespeist wurde. Der Spin von KIs ist oftmals weiß und männlich.
- KI-Fitness: Niederschwellige und kostenlose Schulungsangebote, um KI kennenzulernen, mit ihr umzu-

gehen und sie kritisch zu nützen. Für alle Altersgruppen. Außerschulisch und innerschulisch.

- Eine Studie zu fordern, die Auswirkungen von KI auf Frauen im Job und im Privaten beleuchtet und sichtbar macht.
- Das Verbot geschlechterdiskriminierender Algorithmen wie zum Beispiel des „alten“ AMS-Algorithmus.
- Die alte Forderung nach einer Wertschöpfungsabgabe im Kontakt von KI-Anwendungen zu etablieren.
- Das umfassende Bekenntnis, in der SPÖ, sowie in der gesamten Republik, den digitalen Humanismus zu leben. Interdisziplinär und geschlechtergerecht.
- Die Ausbeutung sogenannter Klickarbeiter\*innen zu verurteilen und sich dafür einzusetzen, dass Österreich andere Staaten ermutigt, alle relevanten ILO (International Labour Organisation) Konventionen zu ratifizieren und so auszulegen, dass sie für jede Form von Arbeit anwendbar sind, die nicht klar selbstständig ist.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

#### **Annahme**

,

Antrag 4

## Modell zur Familienarbeitszeit (FAZ)

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Derzeit liegt die Aufgabe der Kinderbetreuung und -bildung in den ersten Lebensjahren des Kindes hauptsächlich in den Händen der Frauen. Bisherige Versuche zur gerechten Aufteilung von Betreuungsaufgaben greifen noch zu wenig. Einerseits weil sie finanziell zu wenig attraktiv für entgangenen Vätergehalt sind und andererseits zu wenig Anreiz für eine Erhöhung der Arbeitszeit von Frauen bieten. Daher besteht weiterhin eine sehr ungleiche Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. In der Folge führt dies zu geringeren Fraueneinkommen und der Gefahr von Altersarmut. Hier setzt das Familienarbeitszeitmodell an, um Frauen zu motivieren ihre Arbeitszeit hinaufzusetzen und Männern die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren und mehr Betreuungsarbeit zu übernehmen. Um eine solche partnerschaftliche Aufteilung der Sorgearbeit zu ermöglichen, wurde seitens der ÖGB-Frauen unter Einbeziehung der Expertise der Arbeiterkammer ein zusätzliches, ergänzendes Modell zu bisherigen Regelungen entwickelt.

### Das Thema Familienarbeitszeit wird in Umfragen bei den Eltern immer wieder sehr positiv beurteilt:

- In einer nicht repräsentativen Umfrage<sup>1</sup> fanden es 60% der Frauen als auch Männer mit Kinderbetreuungspflichten ein interessantes Modell, weitere 25% „vielleicht interessant“.
- Das hohe Interesse geht quer durch alle Berufsgruppen.
- Eine Erhebung von FORBA zeigt, dass nur 26 % aller Paare mit Kindern die Erwerbsarbeitszeit ausgewogen aufteilen, 33 % würden das gerne<sup>2</sup>.
- Eine Studie von SORA<sup>3</sup> ergab, dass Arbeitsverhältnisse zwischen 30 und 32 Stunden hohe Zufriedenheit und gute berufliche Perspektiven bieten. Außerdem ergab die Studie, dass je geringer die AZ, desto eher Wunsch nach mehr - je höher die AZ, desto eher der Wunsch nach weniger Wochenstunden - und zwar unabhängig vom Geschlecht.

### Familienarbeitszeit - Rahmenbedingungen

Die Familienarbeitszeit ist eine zusätzliche Geldleistung, die die finanziellen Einbußen abfedern soll, wenn beide Elternteile die Arbeitszeit in ähnlichem Ausmaß reduzieren.

Es soll Eltern in der Privatwirtschaft zugänglich sein, aber auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Umso mehr, als auch Partnerschaften mit unterschiedlichen Arbeitgebern dieses Modell nützen sollen. Bestehende Regelungen im öffentlichen Dienst (Bund, Land, Gemeinde) aber auch in Kollektivverträgen bleiben davon unberührt.

Bestehende Regelungen der Elternteilzeit, Bildungsteilzeit und Altersteilzeit werden durch das neue Familienarbeitszeit-Modell nicht geändert. Allerdings lassen sich die Regelungen zur Elternteilzeit gut mit dem Familienarbeitszeit-Modell kombinieren.

---

1 AK-Onlinebefragung zur Elternteilzeit 2006; Rückmeldung von 500 Männer und 1300 Frauen mit Kinderbetreuungspflichten

2 Bettina Stadler und Ingrid Mairhuber: Arbeitszeiten von Paaren - Aktuelle Verteilungen und Arbeitszeitwünsche, FORBA 2017; [Arbeitszeiten von Paaren - Portal der Arbeiterkammer und des ÖGB Verlags \(arbeiterkammer.at\)](#)

3 C. Hofinger / B. Leibetseder / D. Schönherr: Arbeitszeit in Österreich - 30 bis 32 Stunden Jobs; SORA 2017; [https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Arbeitszeit\\_in\\_Oesterreich.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Arbeitszeit_in_Oesterreich.pdf)

**Eckpunkte des Modells:**

**1. Arbeitszeitausmaß der Eltern**

- Arbeitszeitausmaß 28 bis 32 Stunden pro Woche. Analog sollen Alleinerziehende, die in diesem Ausmaß arbeiten, den gleichen Zuschlag erhalten, wie ein Elternteil.

**2. Dauer**

- mindestens 4 Monate,
- maximal kann Familienarbeitszeit-Geld bis zum 4. Geburtstag des Kindes bezogen werden.

**3. Entgeltersatz**

- 250 € Pauschale pro Elternteil pro Monat. Ein pauschaler Entgeltsatz ist transparent, einfach zu verwalten und verteilungspolitisch positiv, weil niedrigere Einkommen relativ mehr bekommen.

**4. Steuerliche Auswirkungen**

- Das Familienarbeitszeit-Geld soll steuerfrei sein.

**5. Auswirkung auf die Sozialversicherung**

- Die Sozialversicherungsbeiträge (Kranken-, Unfall-, Pensionsversicherung und Arbeitslosenversicherung) sind wie bei Vollzeitarbeit zu berechnen und werden dem Dienstgeber vom AMS teilweise ersetzt.

**6. Finanzierung**

- Die Finanzierung kann aus dem Familienlastenausgleichsfonds erfolgen.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Familienarbeitszeitmodell von ÖGB und AK umzusetzen und damit einen wichtigen Schritt in Richtung partnerschaftliche Aufteilung der Sorgearbeit zu tun.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

Antrag 5

## Teilzeit ist für viele Frauen kein Privileg und darf nicht bestraft werden!

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Arbeitsminister Kocher präsentierte jüngst seine Vorstellungen zur Erhöhung der Arbeitszeiten zur Beseitigung des Arbeitskräftemangels. Teilzeit sei aus seiner Sicht ein „Privileg“ und müsse durch geringere Sozialleistungen unattraktiv gemacht werden. Diese Vorstellungen sind fernab jeglicher Realität.

Mehr als die Hälfte der Frauen in Österreich arbeitet in Teilzeit – oftmals unfreiwillig. Besonders im ländlichen Bereich fehlen Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um Vollzeitarbeit zu ermöglichen. Sie nun dafür zu bestrafen ist nicht die Lösung. Mehr als 60.000 Frauen würden gerne mehr arbeiten, wenn sie die Kinderbetreuungsplätze hätten.

Zudem tragen Frauen die Hauptlast der unbezahlten Arbeit wie Pflege von Angehörigen, Hausarbeit und Betreuung der Kinder. Um Frauen Vollzeitarbeit bis zur Pension zu ermöglichen, müssen sowohl gesunde Arbeitsplätze, bessere Arbeitsbedingungen und ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag geschaffen werden.

Auch braucht es eine Lösung für ältere Arbeitnehmer\*innen, viele davon mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Frauen dürfen nicht den Preis dafür zahlen, dass die Regierung nicht ihre Hausaufgaben gemacht hat. Es braucht viel mehr gute Investitionen in Bildung, Gesundheit und nachhaltige Jobs, wenn man Vollzeit für Frauen wirklich möglich machen möchte.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- **Ausbau der Kinderbildung**

Mehr als die Hälfte der Frauen in Österreich arbeitet in Teilzeit. Etwa ein Drittel von ihnen würde gerne schon jetzt mehr arbeiten – das bestätigt auch eine Eurostat-Studie. Oftmals scheitert es aber an fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Vor allem im ländlichen Raum gibt es zu wenige Kinderbetreuungsplätze, die mit Vollzeitarbeit vereinbar sind. Um Frauen die Möglichkeit zu geben, Stunden aufzustocken, braucht es neben dem Ausbau der Kinderbildungsplätze auch einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes. Solange die Kinderbildung so lückenhaft vorhanden ist, brauchen wir auch eine bessere und längere Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten (z.B. nach dem ÖGB-Modell), um etwas mehr Einkommensgerechtigkeit im Alter sicherzustellen.

- **Gesunde Arbeitsplätze und erleichterter Übergang in die Pension**

Um Frauen Vollzeitarbeit bis zur Pension zu ermöglichen, müssen sowohl gesunde Arbeitsplätze als auch bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Auch braucht es ein Recht auf Altersteilzeit und die geblockte Altersteilzeit muss bleiben! Bislang hat die geblockte Altersteilzeit ältere Beschäftigte erfolgreich im Job gehalten. Die geplante Abschaffung würde besonders Menschen in psychisch und körperlich sehr belastenden Jobs beeinträchtigen. Vor allem älteren Arbeitnehmer\*innen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen bliebe als einzige Perspektive nur die Invaliditätspension übrig, was dazu führen würde, dass das faktische Pensionsantrittsalter sinkt. Wir wissen auch, dass etwa die Hälfte Frauen – auch aufgrund der belastenden Arbeitsbedingungen – oft nicht bis zur Pension arbeiten.

Für schwer arbeitende Frauen braucht es endlich den Abbau der Hürden zur Schwerarbeitspension, etwa durch die Erfassung aller körperlichen und psychisch schwer belastenden Tätigkeiten von der Schwerarbeitsregelung, den Wegfall der Rahmenfrist und die Berücksichtigung von Mehrfachbelastungen, wenn mehrere Tatbestände der Schwerarbeitsverordnung vorliegen. Außerdem muss klargestellt werden, dass reine Nacharbeit, wenn sie an mindestens sechs Tagen im Kalendermonat geleistet wird, Schwerarbeit darstellt.



- **Gerechtere Aufteilung der Care-Arbeit**

80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Die hohe Teilzeitrates von Frauen ist auch dadurch zu erklären, dass Care-Arbeit wie Kinderbetreuung, Hausarbeit und die Pflege von Angehörigen oftmals in den Händen von Frauen liegen. Während der Corona-Pandemie leisteten Frauen laut einer Studie der WU Wien ganze elf Stunden mehr unbezahlte Arbeit pro Woche als Männer. Bisherige Ansätze für Eltern zur gerechten Teilung der Betreuungsaufgaben greifen noch zu wenig. Es braucht daher dringend familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, etwa das von ÖGB und AK geforderte Familienarbeitszeitmodell: Wenn beide Elternteile nach der Karenz ihre Arbeitszeit auf 28 bis 32 Wochenstunden reduzieren bzw. erhöhen, sieht das Modell eine Pauschale von 250 Euro pro Elternteil und pro Monat vor. Damit verdienen Mütter besser und Väter bleibt mehr wertvolle Zeit für ihre Kinder.

- **Arbeitszeitverkürzung**

Österreich ist einerseits durch sehr lange Arbeitszeiten der Vollzeitbeschäftigten gekennzeichnet und andererseits durch ein hohes Ausmaß an Teilzeitbeschäftigung. Eine Verkürzung der Normalarbeitszeit kann einen wesentlichen Beitrag zu einer gleicheren Verteilung der Arbeitszeiten leisten. Wir fordern daher eine Verkürzung der Normalarbeitszeit im Arbeitszeitrecht und damit einhergehend eine Absenkung der höchstzulässigen Tages-, Wochen- und Jahresarbeitszeit. Ziel muss sein, die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu reduzieren. So bleiben Kaufkraft und Lebensstandard der Arbeitnehmer\*innen gesichert und es kommt zu keiner weiteren Arbeitszeitverdichtung. Internationale Erfahrungen zeigen auch, dass eine Arbeitszeitverkürzung zu einer gerechteren Verteilung von unbezahlter Arbeit führt.

- **Ausbau der Pflege- und Betreuungsstruktur**

Es braucht zudem auch mehr Geld für den flächendeckenden Ausbau der Pflegeheime, Tageszentren und mobilen Dienste. Denn Frauen müssen auch aufgrund eines Pflegefalls in der Familie oft in Teilzeit arbeiten oder ihren Job gänzlich aufgeben – mit teils dramatischen Folgen für die spätere Pension.

- **Finanzbildung**

Frauen in Österreich bekommen 41,1 Prozent weniger Pension als Männer. Während Männer pro Jahr eine monatliche Durchschnittspension von 2.103 Euro beziehen, sind es bei Frauen nur 1.239 Euro. Um Frauen über die Auswirkungen von Bildungs- und Berufsmodellentscheidungen auf die finanzielle Unabhängigkeit und Eigenständigkeit zu informieren, braucht es niederschwellige und mehrsprachige Informationen für Frauen sowie die Entwicklung spezieller betrieblicher Beratungsangebote.

- **Mehrarbeit in der Teilzeitarbeit gehört aufgewertet**

Leistet eine Teilzeitbeschäftigte mehr Stunden als vereinbart, fällt für diese Stunden nicht der 50 Prozent Überstundenzuschlag wie etwa bei Vollzeitbeschäftigten, sondern nur ein Mehrarbeitszuschlag von 25 Prozent an. Fallen Mehrarbeitsstunden an, so können diese in einem festgelegten Zeitraum von drei Monaten durch Zeitausgleich im Verhältnis 1:1 ausgeglichen werden. Wir fordern daher die Erhöhung des Mehrarbeitszuschlags auf 50 Prozent sowie die Anrechnung des Zuschlags auch auf Zeitausgleich. Derzeit gibt es einen dreimonatigen Durchrechnungszeitraum für angefallene Mehrstunden. Dieser muss entfallen und die Mehrleistungen gleich abgegolten werden.

- **Rechtsanspruch auf Vollzeitstellen**

Wir fordern, dass Teilzeitbeschäftigte im Unternehmen ein Vorrecht auf eine Vollzeitstelle bekommen, wenn diese im Unternehmen neu geschaffen bzw. frei wird. Bisher gibt es nur die Informationspflicht. Außerdem muss ein Recht auf eine Anhebung der Arbeitszeit bestehen, wenn regelmäßig mehr als die vereinbarte Arbeitszeit gearbeitet wird.

## **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

Resolution

# **Für einen Arbeitsmarkt der Zukunft und nieder mit der frauen- und arbeiter\*innenfeindlichen Politik der Regierung!**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Der Arbeitsmarkt ist für unser Miteinander von zentraler Bedeutung. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik hat Einfluss auf unser Einkommen, auf die Zeit, die wir mit unseren Familien, Freund\*innen und Bekannten verbringen, auf die Zeit, die uns für ehrenamtliche und politische Arbeit bleibt, was wir konsumieren (können), bis hin zu unserer Gesundheit. Unser monatliches Einkommen definiert – grob gesagt – wie wir wohnen und wie wir uns in der Gesellschaft bewegen können. Selbstverständlich kann ein starker Sozialstaat eingreifen, Menschen in harten Situationen auffangen, den Wohnungsmarkt regulieren, Care-Arbeit übernehmen, Freizeitmöglichkeiten für alle schaffen und viel mehr. Dennoch bleibt der Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung, denn er bestimmt unsere materielle Grundlage.

Mitte Februar verkündete der Arbeits- und Wirtschaftsminister er wolle Vollzeit „attraktiver gestalten“. Aber anstatt Maßnahmen vorzuschlagen, wie eine Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhungen, plädierte der Minister für eine Bestrafung von Teilzeitbeschäftigten durch die Kürzung von Sozialleistungen.

## **Teilzeit ist weiblich**

Solch ein Vorschlag bedeutet eine Bestrafung von Frauen und kann demnach ausschließlich als frauenfeindlich eingestuft werden. 80% aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Knapp 50% aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit. Das ist eine erschreckend hohe Zahl, die nicht daher rührt, dass Frauen in Österreich nichts arbeiten wollen und nur auf ihre „Work-Life-Balance“ achten, wie insinuiert wurde. Von „Work-Life-Balance“ sind wir nämlich weit entfernt: Die meisten Frauen arbeiten Teilzeit, weil die Betreuungspflichten nach wie vor von Frauen getragen werden müssen. Österreichweit fehlen ganztägige und leistbare Kinderbildungsplätze. Von Halbe/Halbe sind wir weit entfernt. Oft ist es innerhalb des Betriebes gar nicht möglich von Teilzeit auf Vollzeit umzusteigen und einige Unternehmen bieten erst gar nicht ausreichende Vollzeitstellen an, da Teilzeit für Unternehmen attraktiver ist. Anstatt Arbeiter\*innen und Angestellte zu schikanieren, müsste man dort ansetzen, wo Teilzeit verwendet wird, um hart erkämpfte Arbeitsrechte zu umgehen.

## **Arbeit neu organisieren**

Als Sozialdemokratie müssen wir weiterdenken und einen Arbeitsmarkt einfordern – und wo wir können gestalten –, der Menschen ins Zentrum stellt und dabei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Elternteile ermöglicht, der Alleinerzieher\*innen Perspektiven bietet, der auch behinderte Menschen daran teilhaben lässt, der Menschen Zeit für sich und für andere gibt. Ein Arbeitsmarkt, der Teil der dringend notwendigen ökologischen Wende ist und diese mit grünen Jobs und der Möglichkeit für Menschen sich durch Weiterbildungen in Berufen der Zukunft zu entfalten, vorantreibt. Wir brauchen einen Arbeitsmarkt der Familien entlastet, mit ausreichenden Jobs im Bildungs-, Betreuungs- und Pflegebereich. Wir brauchen eine Gesellschaft, die es aushält, wenn Menschen einmal nicht können, aber die auch nicht zusieht, wenn Menschen durch Langezeitarbeitslosigkeit in Frustration versinken. Dass das möglich ist, hat das AMS Niederösterreich 2020 gezeigt: Anstatt Arbeitslosengeld zu bezahlen, wurden (und werden nach wie vor) Gemeindejobs für den Übergang während der Arbeitssuche gefördert und danach bis zu 9 Monate bei der regulären Arbeitsstelle ebenso. Dieses Modell kostet dem Staat letztlich nicht mehr oder weniger als Arbeitslosigkeit, stellt aber Menschen in den Mittelpunkt und ermöglicht ihnen ein Leben in Unabhängigkeit.

## **Wenn wir zusammen gehen, geht mit uns ein besserer Tag**

Deshalb bekräftigen wir mit diesem Resolutionsantrag bereits bestehende Forderungen, wie jener einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Wir fordern eine aktive Arbeitsmarktpolitik ein, die in nachhaltige und „grüne“ Berufe investiert. Diese sollen von der Pflege bis zur Elektrotechnik rei-

chen, denn wir müssen die Auswahl der Jobs an die aktuellen Bedingungen anpassen, um Menschen vor Arbeitslosigkeit zu schützen! Um Langzeitarbeitslosigkeit vorzubeugen und nachhaltig zu verhindern, müssen konkrete Maßnahmen gesetzt werden. Von der Stadt Wien gefördert bietet der waff (Wiener Arbeitnehmer\*innen Förderungsfonds) unterschiedliche Projekte an, um Menschen weiterzubilden und sie so leichter wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren – hier gibt es vor allem auch Projekte für Arbeitssuchende über 50 und Frauen. Die AK fordert die Umsetzung ihres Modells „Chance 45“, das mit ausreichender Finanzierung 45.000 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen könnte. „Chance 45“ ist eine AK Wien-Weiterentwicklung des Projektes „Aktion 20.000“. Bei diesem Projekt sollten Langzeitarbeitslose über 50 durch öffentliche Jobs wieder am Arbeitsmarkt vermittelt werden. Nach zwei Jahren und 4000 vergebenen Jobs wurde das Projekt von FPÖVP im Jahr 2019 eingestellt. Modelle wie die „Aktion 20.000“, „Chance 45“ in Wien, oder auch dem niederösterreichischen Vorzeigemodell „MAGMA“ (Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal) zeigen, dass eine Jobgarantie wirksam und finanzierbar ist.

Als Gesellschaft können wir es uns nicht mehr leisten, dass durch Arbeitslosigkeit Menschen krank werden. Wir können uns auch nicht leisten, dass Multimillionär\*innen nicht ausreichend beitragen. Eine ordentliche Besteuerung von Erbschaften sowie von Vermögen ab 1 Mio. €, sind dabei zentral. Nur so können wir uns den Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen, einen Rechtsanspruch auf qualitätsvolle Kinderbetreuung oder die Investitionen in klimafitte Städte und Gemeinden leisten.

Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratie, Arbeitsrechte zu verteidigen und auszubauen. Wir müssen dafür kämpfen, dass auch Generationen nach uns, sowie jene Generationen die gerade heranwachsen einen lebenswerten Planeten vorfinden. Gemeinsam mit unseren Genossinnen und Genossen in Österreich und darüber hinaus, werden wir diese Zukunft schaffen.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

Antrag 6

# Die Pädagogikausbildung muss queer- und geschlechtergerecht werden!

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Die Konfrontation mit Vorurteilen ist speziell in jungen Jahren eine prägende, denn diese Vorurteile wird man im weiteren Leben nicht mehr so einfach los. Um den Schutz von marginalisierten Gruppen sicherzustellen, ist es von hoher Relevanz, eine vorurteilsfreie Erziehung bereits in jungen Jahren zu gewährleisten. Während manche Eltern sich bereits an einer vorurteilsfreien Erziehung ihrer Kinder versuchen, ist die Erziehung anderenorts noch stark von Geschlechterstereotypen und Vorurteilen geprägt. In den Bildungsinstitutionen stoßen diese verschiedenen Ausrichtungen dann aufeinander. Ein guter Umgang mit den daraus möglicherweise entstehenden Konflikten, ist höchst relevant. Die Pädagog\*innen sollen menschenwürdige Werte vermitteln und in Konflikten eine moderierende und begleitende Rolle einnehmen. Kinder sollen so die Möglichkeit haben, unabhängig von ihrem Elternhaus, eine möglichst stereotypfreie Erziehung zu genießen. Sie können somit tolerante Menschen werden, die niemanden aufgrund der Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung diskriminieren.

Deswegen ist es von höchster Relevanz, dass die Ausbildungen der Personen, die mit Kindern arbeiten und maßgeblich zu deren Entwicklung beitragen, bezüglich dieser Themen nach wissenschaftlichen Standards ausgerichtet sind.

Diskriminierung aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit oder sexueller Orientierung kann schwerwiegende Folgen haben, nicht umsonst haben Transpersonen die höchsten Selbstmordraten. Es ist von höchster Relevanz, Bildungsstätten zu einem Ort zu machen, wo sich auch diese Personengruppen wohl fühlen und keine diskriminierenden Meinungen über sich ergehen lassen müssen, ohne auf Unterstützung von allen Pädagog\*innen zählen zu können.

Die wissenschaftliche Geschlechterforschung bietet in Hinblick auf geschlechtsspezifische Hierarchisierungs- und Diskriminierungsprozesse neue Analysemöglichkeiten und kann auch bezüglich Geschlechterdifferenzen und Geschlechterdiskriminierungen Perspektiven zur Naturalisierung und Normalisierung aufzeigen. Wenn Pädagog\*innen sich der Wirkungsmacht von Geschlechterkonstruktionen und den dazugehörigen Machtverhältnissen bewusst sind, können sie diese auch besser reflektieren und zu deren Neutralisierung beitragen.

Geschlechtergerechte Sprache, die keine stereotypischen Normen reproduziert, sorgt für die Repräsentation von marginalisierten Gruppen und schafft Anerkennung. Diese Themen werden in den Gender- und Queer-Studies erforscht und stellen somit eine wissenschaftliche Disziplin dar, die sich mit Gleichbehandlung befasst.

Bis jetzt wird dieses Thema zwar in den Lehrplänen von angehenden Pädagog\*innen berücksichtigt, jedoch wird es oft nur als Querschnittsmaterie innerhalb eines Unterrichtsmoduls behandelt oder es gibt die Möglichkeit, sich im Rahmen von Spezialisierungen vertiefend mit dem Thema zu beschäftigen. Dadurch passiert es mitunter, dass sich angehende Pädagog\*innen nur wenig und oberflächlich mit dem Thema auseinandersetzen. Da dieses Thema im Sinne einer diskriminierungsfreien Bildung so relevant ist, sollte es in der Pädagogikausbildung als eigenes Unterrichtsmodul, welches verpflichtend und aufbauend ist sowie über reflexive Prüfungsmodalitäten verfügt, verankert werden.

## Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Ausbildung für Elementarpädagogik soll ein eigenes, verpflichtendes Ausbildungsmodul bekommen, welches den angehenden Pädagog\*innen eine Grundbildung bezüglich Geschlechtergerechtigkeit, Geschlechtsidentität und Lebensweisen abseits heteronormativer Strukturen vermittelt und sie schult, dieses Wissen im Sinne der Gleichbehandlung anzuwenden.

- Das Studium für die Primär- und Sekundärbildung soll ein eigenes, verpflichtendes Ausbildungsmodul bekommen, welches den angehenden Pädagog\*innen eine Grundbildung bezüglich Geschlechtergerechtigkeit, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung vermittelt und sie schult, dieses Wissen im Sinne der Gleichbehandlung anzuwenden.
- Verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Pädagog\*innen, die in den jeweiligen Fachbereichen arbeiten.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

Antrag 7

## Inklusiver Feminismus

Eingebracht von: VSStÖ, AKS

Als Feminist\*innen stellen wir uns jeder Form von patriarchaler Unterdrückung und Ausbeutung entschlossen entgegen und kämpfen für die Rechte und Freiheiten der Betroffenen. Dabei gilt es, die verschiedenen Lebensrealitäten, in denen Personen von patriarchalen Strukturen und Denkweisen benachteiligt und diskriminiert werden, anzuerkennen. Die Anfänge feministischer Bewegungen wurden geprägt durch privilegierte, weiße Frauen, die auf Grundlage der Erfahrungen innerhalb ihres Lebensalltags die Schwerpunkte feministischer Kämpfe setzten. Vorkämpfer\*innen feministischer Bewegungen machten darauf aufmerksam, dass dieses anfängliche Verständnis nicht alle Betroffenen miteinbezieht. Audre Lorde, welche auf die Lebensrealität von Women of Colour aufmerksam macht und Simone de Beauvoir, die feststellt, dass "man nicht als Frau geboren", sondern mittels sozialer und kultureller Konstruktion "dazu gemacht" wird, sind einige Beispiele dafür. In Gender Trouble stellt Judith Butler fest, dass es "unmöglich [ist], „Geschlecht“ von den politischen und kulturellen Verflechtungen zu trennen, in denen es unweigerlich produziert und aufrechterhalten wird." Zusammenfassend: Die Lebensrealitäten der Personen, die von patriarchaler Diskriminierung betroffen sind, sind vielfältig und Geschlecht wird aktiv konstruiert, um patriarchale Ausbeutung überhaupt erst zu ermöglichen.

Im politischen Kontext der österreichischen Sozialdemokratie wird zur Beschreibung der Personengruppe, die durch das Patriarchat benachteiligt und ausgebeutet wird, der Begriff Frau\* verwendet. Damit sind cis- und trans-Frauen gemeint, durch die Verwendung des Sterns wird darüber hinaus angedeutet, dass auch Personen die nicht als Frauen\* bezeichnet werden und bezeichnet werden wollen, ebenfalls von patriarchaler Marginalisierung betroffen sein können. Dabei handelt es sich vorwiegend, aber nicht zwangsweise ausschließlich, um nicht-binäre, intergeschlechtliche, geschlechtliche sowie transmännliche Personen. Diese Diversität innerhalb der Gruppe der vom Patriarchat benachteiligten Personen muss im Rahmen feministischer Kämpfe anerkannt werden und Berücksichtigung finden. Das bedeutet für uns inklusiver Feminismus.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Als Sozialdemokrat\*innen bekennen wir uns zu einem inklusiven Feminismus, welcher alle Personen einschließt, die von patriarchaler Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind.

### Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

Annahme

## Antrag 8

**Käthe-Leichter-Staatspreis muss bleiben!**

✓ erledigt

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

1991 wurde der jährlich verliehene Käthe-Leichter-Staatspreis für Frauengeschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung durch Johanna Dohnal ins Leben gerufen. Ab 2001 wurde die Verleihung unterbrochen. Frauenminister Herbert Haupt (FPÖ) wollte den Käthe-Leichter-Staatspreis durch den EVA Preis für Frauen, die Hervorragendes in vielen Bereichen des täglichen Lebens geleistet haben, ersetzen.

Die Umbenennung des Käthe-Leichter-Staatspreises konnte durch den Widerstand von Frauenorganisationen und Wissenschaftler\*innen verhindert werden – auch die SPÖ Frauen Josefstadt haben einen Antrag gegen die Abschaffung gestellt. 2005 wurde die Verleihung des Käthe-Leichter-Staatspreises für Frauen- und Geschlechterforschung wieder aufgenommen und fortgesetzt.

2023, über zwanzig Jahre später, müssen wir unseren Antrag wiederholen. Die ÖVP-Frauenministerin Susanne Raab strich 2022 den Namen Käthe Leichters aus dem Staatspreis, ohne mit der Preisjury Rücksprache zu halten. Somit wandelt Raab auf den Spuren von Herbert Haupt, indem achtzig Jahre nach Käthe Leichters physischer Vernichtung durch die Nationalsozialist\*innen nun auch das Gedenken des offiziellen Österreichs an Käthe Leichter ausgelöscht werden soll.

**Käthe Leichter war eine österreichische Sozialreformerin, Feministin und politische Aktivistin, die von 1895 bis 1942 lebte:**

- 1914 Matura in Wien und erfolgreiche Klage am Reichsgericht zur Zulassung zum Studium mit anschließender Inskription für Staatswissenschaften an der Universität Wien.
- 1918 Promovierung an der Universität Heidelberg mit Unterstützung von Max Weber, da zu dieser Zeit an der Universität Wien ein Abschluss für Studentinnen nicht vorgesehen war. Sie war somit die erste Österreicherin mit dem Dokortitel in Staatswissenschaften.
- 1918 bis 1919 war sie im Außenministerium enge Mitarbeiterin Otto Bauers und arbeitete auf dessen Veranlassung in der Staatskommission für Sozialisierung mit.
- 1919 Konsultantin von Finanzminister Joseph A. Schumpeter und Einberufung in den Zentralverband für Gemeinwirtschaft.
- 1925 baute sie das Frauenreferat in der Arbeiterkammer auf und spielte als Gewerkschafterin eine bedeutende Rolle für die Verbesserung der Situation der Arbeiterinnen.
- Zwischen 1927 und 1932 wurden mehrere wissenschaftliche Arbeiten und Texte Käthe Leichters publiziert, u.a. das Handbuch der Frauenarbeit, das heute noch eine sozialwissenschaftliche Pionierleistung ist.
- 1934 im austrofaschistischen Widerstand lebte sie im Untergrund.
- 1939 wurde sie ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verschleppt.
- 1942 wurde sie im Zuge des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms in der Psychiatrischen Anstalt Bernburg/Saale ermordet.

Käthe Leichters Vermächtnis inspiriert weiterhin Feminist\*innen und Wissenschaftler\*innen in Österreich und darüber hinaus. Sie muss als mutige und engagierte Verfechterin von Frauenrechten und sozialer Gerechtigkeit in Erinnerung behalten werden.



## **Gesellschaftspolitik/Gedenkkultur**

Es ist bezeichnend für diese Bundesregierung, dass gerade das Andenken an eine Frau, die sich um die Überwindung der traditionellen Frauenrolle und die Bekämpfung des Elends der Arbeiter\*innen verdient gemacht hat, abgeschafft werden soll.

Die Würdigung Käthe Leichters durch die Republik Österreich in Form eines Staatspreises muss umgehend wiederhergestellt werden!

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Die Erhaltung des Käthe-Leichter-Staatspreises und die Vergabe mit sofortiger Wirkung.
- Die sofortige Wiedereinberufung der Jury zur Auswahl der Preisträgerinnen.
- Die Herstellung einer umfassenden Dokumentation der Käthe-Leichter-Preise, die jeder Preisträger\*in und den zuständigen Regierungsmitgliedern zur Information bei der Preisverleihung übergeben wird.



## Antrag 9

**Bestrafung der Erstellung von Deepfake-Porn**

Eingebracht von: Junge Generation Bund

Mit der fortschreitenden Digitalisierung und der ständigen Verbesserung von KI ist es immer leichter möglich, gefälschte Videos von Personen zu erstellen. Hierfür reicht lediglich ein Foto der jeweiligen Person. Diese sogenannten „Deepfake“-Videos schauen dabei täuschend echt aus. Einem Bericht der Firma Deeptrace zufolge waren im Jahr 2019 14.678 Deepfake-Videos online.[1] Dabei war die Verteilung der Videos zwischen pornographischen und nicht pornographischen Inhalts 96 zu 4 Prozent. Die Opfer sind hauptsächlich Frauen und Kinder. Da die digitale Entwicklung stark voranschreitet, ist davon auszugehen, dass diese Zahlen stark gestiegen sind und auch weiter steigen werden.

Aktuell ist dieser Straftatbestand lediglich durch § 107c StGB (Fortdauernde Belästigung im Wege einer Telekommunikation oder eines Computersystems) und § 78 UrhG (Bildnisschutz) gedeckt. Dies ist unserer Meinung nach nicht ausreichend, um die Opfer gezielt zu schützen. Die Täter nutzen KI auf eine entwürdigende Art, um Personen in einer der vulnerabelsten Weisen darzustellen, und dies nur für ihre eigene Lustbefriedigung und zur Machtausübung gegenüber den Opfern. Nur mit einem eigenen Straftatbestand kann die Strafe der Schwere der Tat gerecht werden.

Zusätzlich dazu benötigt es spezielle Taskforces, die sich alleinig mit der Aufspürung solcher Videos und Ahndung der Täter auseinandersetzen. Denn oft wissen die Opfer nicht, dass sie für solche Videos missbraucht werden. Außerdem braucht es auch einen Ausbau der Beratungsstellen und eine entsprechende Schulung der jeweiligen Mitarbeiter\*innen, die sich mit eben dieser Thematik auseinandersetzen sollen, rechtlichen und psychischen Beistand leisten können und helfen, etwaige Traumata, welche mit solchen Taten einhergehen, aufzuarbeiten.

[1] <https://sciencemediahub.eu/2021/10/13/fighting-abusive-deepfakes-the-need-for-a-multi-layered-action-plan/>

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Die Aufnahme als eigenen Straftatbestand im StGB, welcher die Erstellung und Verbreitung von Deepfake-Pornos unter Strafe stellt.
- Dass bei der Festsetzung des Strafmaßes auf eine effektive Strafverfolgung mit abschreckendem Effekt geachtet wird.
- Eigene Taskforces zur Aufspürung und Verfolgung eben dieser Videos auf polizeilicher und staatsanwaltlicher Seite.
- Zusätzliche finanzielle Förderungen für Beratungsstellen zum Ausbau und Schulung der Mitarbeiter\*innen. Dieser Antrag soll zur Information an den SPÖ Parlamentsklub weitergeleitet werden.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

Antrag 10

# Unterhaltsgarantie für alle Kinder in Einelternhaushalten

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Kinder haben laut Artikel 26 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Die UN-Kinderrechtskonvention trat 1992 in Österreich in Kraft und ihre zentralen Bestimmungen wurden 2011 in den Verfassungsrang gehoben. Trotzdem hat die Republik Österreich es bisher verabsäumt, wie in Artikel 26, Absatz 3 festgehalten, bei Bedürftigkeit materielle Hilfs- und Unterstützungsprogramme insbesondere im Hinblick auf Ernährung, Bekleidung und Wohnung vorzusehen. Der derzeit geltende Unterhaltsvorschuss zielt nicht darauf ab, die Lebensgrundlage für Kinder von Einelternhaushalten zu sichern. Laut Unterhaltsbefragung 2021 der Statistik Austria bekommen 78% der Kinder, die keine Halbwaisenpension und keinen Unterhalt durch den geldunterhaltspflichtigen Elternteil bekommen, auch keinen Unterhaltsvorschuss.<sup>4</sup> Laut ABGB § 231 leistet der Elternteil, der den Haushalt führt, in dem er das Kind betreut, dadurch seinen Beitrag.

Darüber hinaus hat die Befragung ergeben, dass der durchschnittliche Kindesunterhalt<sup>5</sup> weit unter dem derzeitigen Regelbedarf liegt: Der Regelbedarf wird seit vielen Jahrzehnten durch das Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien auf Basis der valorisierten Kinderkosten aus der Kinderkostenstudie 1964 festgesetzt. Verschiedene Vereine und Stakeholder hatten seit Jahren eine neue Kinderkostenanalyse gefordert, da die in der Studie von 1964 enthaltenen Warenkörbe nicht mehr der Realität der heutigen Familien entsprechen. Die Kinderkostenanalyse 2021 hat zum ersten Mal die Kinderkosten jeweils für Einelternhaushalte und Zweielternhaushalte getrennt berechnet. Das Ergebnis: Der Median der Kinderkosten bei einem Kind in einem Einelternhaushalt betrug 2021 mit 900€ fast doppelt so viel wie die Kinderkosten in einem Zwei-Erwachsenenhaushalt. Der Median des Unterhalts lag 2021 bei etwa einem Drittel der tatsächlichen Kinderkosten, nämlich bei 304€, wobei überhaupt nur die Hälfte der Kinder Unterhalt vom unterhaltspflichtigen Elternteil bekommt.

## Folgend die Kinderkosten pro Kind in einem Einelternhaushalt in €\*

Alter	2021	2023
0-3 Jahre	493	550
4-5 Jahre	493	550
6-9 Jahre	751	838
10-14 Jahre	985	1100
15-19 Jahre	1243	1388
20-24 Jahre	1525	1703

\* auf Basis der Kinderkostenanalyse 2021 der Statistik Austria, für 2023 valorisiert mit dem Verbraucherpreisindex 2021 und 2022 für 2023.

Die aufgestockte Unterhaltsgarantie war von 2008 bis zur letzten Regierungsperiode durchgehend im Regierungsprogramm. Seit der aktuellen ÖVP/Grünen-Regierung wurde diese Maßnahme zur zielgerechten Bekämpfung der Kinderarmut in Österreich abgesagt. Wir wissen: Armut ist weiblich, Kinderarmut ist Trennungsarmut. Hält man sich an die Ergebnisse der Kinderkostenanalyse 2021 bezüglich der Kinderkonsumeinheiten, so sind etwa 70% der Kinder von Alleinerzieherinnen von Armut oder Ausgrenzung betroffen. Der Hauptgrund ist fehlender, unregelmäßiger oder zu geringer Unterhalt. Während, laut Unterhaltsbefragung 2021, das Gros der Care-Arbeit bei getrennten Eltern vom betreuenden Elternteil erledigt wird, müssen die

4. Der Unterhaltsvorschuss (Alimentationsbevorschussung) dient der Sicherstellung des Unterhalts von minderjährigen Kindern, wenn ein Elternteil seinen Verpflichtungen zur Zahlung nicht (oder nicht regelmäßig) nachkommt: [https://www.oesterreich.gv.at/themen/familie\\_und\\_partnerschaft/alleinerziehung/5/Seite.490550.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/familie_und_partnerschaft/alleinerziehung/5/Seite.490550.html)

5. Die Höhe des Unterhaltsanspruches des Kindes ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Eltern (Vermögen, Einkommen, Ausbildung, Arbeitsfähigkeit, Arbeitsmarktlage etc.) und dem Bedarf des Kindes (Alter, Anlagen, Fähigkeiten, Entwicklungsmöglichkeiten etc.).

Alleinerzieherinnen zusätzlich mehr als die Hälfte der Kinderkosten allein tragen. Der fehlende Unterhalt hat weitreichende Folgen: Zum einen die Frauenarmut und infolgedessen auch Altersarmut, weil dadurch zum Beispiel eine höhere Erwerbstätigkeit durch zu hohe Kinderbetreuungskosten verunmöglicht wird. Obwohl Alleinerzieherinnen im Schnitt in höherem Ausmaß beschäftigt sind als Mütter in Partnerschaften, droht ihnen Altersarmut, weil sie nicht mit der Pension oder Witwenpension des Partners rechnen können. Kann sich die Alleinerzieherin die Kosten der Kinderbildungsstätte nicht leisten, erwartet sie durch geringere Beschäftigung eine geringere Pension und so die Altersarmut. Andererseits hat der fehlende Unterhalt Kinderarmut zur Folge, die wiederum schlechte Bildung, schlechte Gesundheit und schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt nach sich ziehen. Die daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Kosten sind nicht nur direkt spürbar, sie setzen sich auch über mehrere Generationen fort. Fehlender Kindesunterhalt und die daraus resultierende Armut ist finanzielle Gewalt. Es ist Aufgabe des Staates, das Kindeswohl zu wahren und diese finanzielle Gewalt von den Kindern abzuwehren.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Auf Basis des von den Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek und Eva-Maria Holzleitner eingebrachten Antrags 39/A XXVII. GP vom 13.11.2019, schlagen wir die sofortige Umsetzung der Unterhaltsgarantie für alle Kinder die Anspruch auf Unterhalt in Österreich haben, vor.
- Um Altersarmut vorzubeugen und Anreiz zur Vollbeschäftigung der Frauen zu schaffen, sowie um den tatsächlichen Kinderkosten, dem Gender Pay Gap und der Inflation gerecht zu werden, soll sich das maximale Einkommen jenes Elternteils, das für das Kind die Unterhaltsgarantie bezieht, an der Höhe des 3. Quartils des aktuellen Bruttojahreseinkommens ganzjährig vollbeschäftigter Männer laut jährlicher Publikation der Statistik Austria orientieren.

Die Höhe der Unterhaltsgarantie wird mit den altersentsprechenden Kinderkosten laut Kinderkostenanalyse 2021 (Statistik Austria) festgelegt und jährlich mit dem Verbraucherpreisindex laut Statistik Austria valorisiert. In Abzug gebracht werden alle direkt dem Kind zurechenbaren Geldleistungen und Transferleistungen, die vom betreuenden Elternteil oder dem Kind selbst erhalten werden (zB. Unterhalt, Halbwaisenrente, Familienbonus, Familienbeihilfe). Für 2023 würde das bedeuten:

Alter	2023
0-3 Jahre	550
4-5 Jahre	550
6-9 Jahre	838
10-14 Jahre	1 100
15-19 Jahre	1 388
20-24 Jahre	1 703

- Die Unterhaltsgarantie soll bis zum Ende der Ausbildung zustehen, insbesondere auch für erwachsene Kinder von Alleinerzieherinnen (z.B. Koppelung an die Familienbeihilfe).
- Der Regelbedarf soll mit sofortiger Wirkung auf die altersentsprechenden Kinderkosten angehoben werden und als absolute Untergrenze an Kindesunterhalt gesetzlich festgelegt werden.
- Ebenfalls sollen die Prozentsätze zur Unterhaltsberechnung angepasst werden, um den Ergebnissen der Kinderkostenanalyse 2021 gerecht zu werden.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

Antrag 11

## **Jedes Kind hat ein Recht auf ein Zuhause, was durch das Doppelresidenz-Modell verhindert wird!**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Wenn sich Eltern trennen, bedeutet das nicht, dass der familiäre Zusammenhalt zerstört werden muss. Es gibt unendlich viele Möglichkeiten, eine gesunde Eltern-Kind-Beziehung aufzubauen, zu erhalten und zu leben. Es ist auch für ein Kind mit getrennten Eltern möglich, die Werte und den Lebensalltag beider Elternteile mitzerleben – und dies mit einem Zuhause und klaren Rahmenbedingungen, die Halt und Struktur geben. Das modern gewordene Doppelresidenzmodell ist sicher nur in sehr wenigen speziellen Fällen als geeignet zu betrachten. Da Regelungen des Gesetzgebers fehlen, sind Regelungen aus höchstgerichtlichen Verfahren zum Maßstab geworden.

Aus dieser Tatsache kann abgeleitet werden, wie konfliktträchtig dieses Doppelresidenzmodell ist und somit sicher nicht zur friktionsfreien, entspannten Atmosphäre beitragen kann, in der Kinder aufwachsen sollen. So wird zum Beispiel als gleichmäßige Betreuung das Verhältnis ein Drittel zu zwei Drittel geleistete Betreuungszeit pro Elternteil angesehen, was aber bedeutet, dass ein Elternteil die doppelte Betreuungszeit zu leisten hat. Das entspricht keiner gleichberechtigten Aufteilung. Realitätsfremd ist die Festlegung von 76 Tagen als übliche „Besuchszeit“, die eigentlich eine qualitätsvolle Betreuung durch den anderen Elternteil sein sollte. Sowohl die Diktion „Besuchszeit“ ist hier nicht angebracht als auch die festgelegte Dauer: bei 52 Wochenenden im Jahr entsprechen also 52 Tage die Hälfte der Wochenenden, 31 Tage die Hälfte der Sommerferien und 10 Tage etwa die Hälfte der Weihnachts-, Semester- und Osterferien. Daher wären 91 Tage als mindestens übliche Besuchszeit bzw. Betreuungszeit anzunehmen.

Ein Doppelresidenzmodell sieht vor, dass Kinder zwischen den Haushalten wechseln müssen, ohne die Möglichkeit zu haben, zu Hause zur Ruhe zu kommen, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Für die Mehrzahl der Familien in Österreich ist diese Form der geteilten Betreuung ungeeignet. Dass ein solches Modell verpflichtend eingeführt werden soll, muss daher grundsätzlich abgelehnt werden.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Ein klares Bekenntnis gegen die gesetzliche Verankerung des Doppelresidenz-Modell!
- Die Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe auf Bundesebene, die in Bezugnahme und unter Rücksichtnahme aller diesbezüglich relevanten Kriterien Vorschläge für zukünftige Rahmenbedingungen erarbeiten soll.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

## Resolution

# Alles versprochen und nichts gehalten: Resolution zur automatischen Angleichung des Pensionsalters von Frauen und Männern ab 2024

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Es war DAS Argument für die „Gleichstellung“ von Frauen: Das Pensionsantrittsalter muss für Frauen und Männer gleich sein.

Der Verfassungsgerichtshof schloss sich diesem Argument an und hob 1990 das unterschiedliche Pensionsalter für Männer (65) und Frauen (60) als dem Gleichheitsgrundsatz widersprechend auf. Johanna Dohnal und die SPÖ-Frauen stellten klar, dass es nicht angehe, Frauen zwar beim Pensionsalter gleich zu behandeln, ansonsten aber zu benachteiligen. Leider gelang es den damals weitsichtigen Politiker\*innen nicht die Wucht der „Gerechtigkeits“-argumente aufzuhalten.

Es gelang dennoch 1993 ein arbeitsrechtliches Begleitgesetz mit Maßnahmen zur Absicherung der beruflichen Gleichstellung sowie einen periodischen Bericht über die Gleichstellung der Frauen durchzusetzen.

## Das Gesetz sah vor:

Der Bund bekennt sich zum schrittweisen Abbau von bestehenden gesellschaftlichen, familiären und wirtschaftlichen Benachteiligungen von Frauen.

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat jedes zweite Kalenderjahr, jeweils spätestens bis zum 30. Juni, über die im Berichtszeitraum gesetzten Maßnahmen zum Abbau der Benachteiligungen zu berichten.

## Maßnahmen sind:

- Die Schaffung von Einrichtungen, die es Männern und Frauen ermöglichen, ihre familiären Verpflichtungen mit ihrer Berufstätigkeit zu vereinbaren;
- Sozialpolitische Maßnahmen, die Benachteiligungen von Frauen im Hinblick auf den Umstand, dass sie Mütter sind oder sein können, abbauen;
- Aktive Frauenförderungsmaßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen (insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wissenschaft, Kunst und Kunstförderung sowie im öffentlichen Dienst);
- Allgemeine Maßnahmen zur Existenzsicherung, vor allem für die Fälle des Alters, der Invalidität und der Arbeitslosigkeit;
- Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichbehandlung im Arbeitsleben.

Durch den Bericht soll der Nationalrat in die Lage versetzt werden, den jeweiligen Stand der Verwirklichung des Abbaus der Benachteiligungen festzustellen.

Leider trat dieses Bundesgesetz mit Ablauf des 31. Dezembers 2018 außer Kraft. Seitdem gibt es keine umfassende Darstellung der Situation der Frauen in Österreich mehr.

Bei der Angleichung des Pensionsalters konnte nur ein langer Übergangszeitraum verfassungsrechtlich abgesichert werden.

Dagegen wurde immer wieder angestürmt! So auch im April 2021, da argumentierte die Wirtschaftskammer: „Dennoch hat man das ungleiche Pensionsantrittsalter um weitere 43 Jahre fortgeschrieben und

damit jüngeren Generationen eine schwere Last auferlegt. Dabei hat sich international schon lange die Erkenntnis durchgesetzt, dass Frühpensionen ein extrem teures und ungeeignetes Instrument für sozialpolitische Ziele sind. Das niedrige Frauenpensionsalter sollte Nachteile ausgleichen, ist aber ganz im Gegenteil Ursache dafür, dass die Fraueneinkommen niedriger und die Frauenpensionen durchschnittlich um mehr als 650 Euro geringer sind als jene der Männer. Durch das frühere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gehen viele Versicherungsmonate verloren, dazu meist die einkommensstärksten, die ja in der Regel am Ende des Berufslebens kommen. Das Privileg wird zur Falle!“

Soweit und unverfälscht die Wirtschaftskammer.

Das „Privileg“ geht von der Fiktion aus, dass Frauen die „zumeist einkommensstärksten“ und „vielen Versicherungsmonate“ (WKO) auch tatsächlich erwerben können. Dazu zeigte eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer (WIFO 2021), dass circa die Hälfte der Frauen nicht direkt vom Beruf in die Pension geht und somit stärker von Altersarmut betroffen ist. Damit sind die ab 1992 geäußerten Befürchtungen, dass sich an der realen Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben nicht so schnell etwas ändern wird, leider noch immer Realität.

Wieder einmal zeigte sich, wenn viele Frauen dank ihres Hausverstands und ihrer Lebenserfahrung scheinheilige Gleichheitsargumente ablehnen, so haben sie recht und dürfen sich nicht beirren lassen.

Es muss daher endlich für die vielen Frauen, die nicht einmal das derzeitige Pensionsalter in Erwerbstätigkeit erreichen können eine ebenso intensive Kampagne in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer und des ÖGB anlaufen, sodass sie nicht nur über den Schaden informiert werden, sondern auch die Pension aus dem Erwerbsleben heraus antreten können. Dazu müssen auch Unternehmen und Betriebe verpflichtet werden, passende Maßnahmen für altersgerechtes Arbeiten und entsprechende Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die SPÖ-Frauen standen und stehen immer auf der Seite der vielen Frauen.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**



## Antrag 12

## Gegen Ausbeutung und Lohndumping - mehr Gerechtigkeit für 24h-Betreuer\*innen!

Eingebracht von: Sozialistische Jugend Österreich

Dass die österreichische Gesellschaft überaltert, ist lange kein Geheimnis mehr. Laut Statistik Austria sind bis 2050 27,8% der Bevölkerung über 65 Jahren, über 8%-Punkte mehr als noch 2021. Schon jetzt bemerken wir, dass das österreichische Pensions- und Pflegesystem dem nicht gerecht werden. Ohne Pflegekräfte aus Ost-Europa wäre der aktuelle Notstand in der Pflege noch katastrophaler ausgefallen. Besonders spürbar ist der Mangel an österreichischen Arbeitskräften im Bereich der 24h-Pflege. 2018 gab es weniger als 100 österreichische Pflegerinnen für 22.000 betreute Personen. Hier begegnen wir einem Phänomen, das im ganzen Globalen Westen sichtbar ist: Care-Arbeit wird immer mehr ausgelagert an Fachkräfte aus wirtschaftlich schwächeren Ländern.

Im Herkunftsland bleibt meist die im Ausland arbeitende Mutter hauptverantwortlich für die Betreuung der eigenen Kinder und muss ihrerseits "outsourcen": etwa an die älteste Tochter oder gegen Bezahlung auch eine andere Verwandte. Es kommt somit nicht zu einer Umverteilung der Betreuungsaufgaben zwischen den Geschlechtern, sondern die Aufgaben werden global unter Frauen\* aufgeteilt. In jeder Stufe dieser Betreuungskette aus drei oder mehr Frauen nimmt der Geldwert der Betreuung ab und spätestens in der letzten Stufe ist sie meist unbezahlt.

Doch auch in Österreich ist die Situation von Pflegepersonal, vor allem ausländischen 24h-Pflegerinnen mehr als prekär. 98% der 24h Betreuerinnen sind als Ein-Personen-Unternehmen gemeldet, also selbständig, und sind der WKO angehörig. Das Problem dabei: der ohnehin geringe Arbeitnehmer\*innenschutz für diesen Bereich gilt nur für angestellte Betreuerinnen, selbständige fallen weder unter die Zuständigkeit der Arbeiterkammer, noch der Gleichbehandlungsanwaltschaft und sind in der Realität auf die Gunst einer der beinahe 1000 Vermittlungsagenturen angewiesen.

Diese dürfen nicht nur die Tagessätze festlegen (die seit der Legalisierung 2008 fast ausschließlich gesunken sind), sondern kassieren hohe Vermittlungsgebühren und kümmern sich nach der Vermittlung nicht mehr um die Betreuerinnen. Hier wird aktiv Lohn-Dumping betrieben! Seit 2023 gibt es ein "Qualitätssiegel" für solche Agenturen. Dieses wird aber durch einen Verein verliehen, in dem einerseits die Wirtschaftskammer und andererseits Funktionäre\*innen von ebensolchen Agenturen sitzen. Bei der Verleihung werden großteils die Arbeitsbedingungen für Vermittelte nicht beachtet, was sogar ein großer Teil der ausgezeichneten Agenturen als problematisch ansieht.

In Wahrheit sind die Betreuerinnen sogenannte "Scheinselbständige", da sie in großer Abhängigkeit von den Arbeitgeber\*innen leben, über kaum wirtschaftliche Mittel verfügen und auch immer nur einen "Kunden" betreuen können. Durch die selbständige Tätigkeit sind ihre Abgaben unverhältnismäßig hoch, während sie mangels KV und Schutzbestimmungen kaum genug verdienen, um sich und die Familien im Herkunftsland zu ernähren. So richtig spüren Betreuerinnen die Ungerechtigkeit dann im Alter. Die österreichische Pensionsleistung, die ihnen zusteht, beträgt selbst nach 10 bis 15 Jahren Tätigkeit in Österreich selten mehr als 200€ monatlich und sie leiden an Altersarmut. Mindestpensionsanspruch gibt es keinen, da sie nicht mehr in Österreich leben.

Es ist untragbar, dass in Österreich auf diese Weise eigentlich moderne Sklaverei betrieben wird: Frauen\* werden nicht nur in Geschlechterrollen festgehalten, sondern gleichzeitig in die Altersarmut getrieben. Personen, die unser Pflegesystem aufrechterhalten, werden von der Politik ignoriert: Die Förderung von Anstellungsverhältnissen für 24h-Pflegerinnen wurde aus der Pflegereform kurzerhand wieder gestrichen.

Gerade als SPÖ, und gerade als feministische Organisation können wir diesen Zustand nicht weiter hinnehmen und befördern! Die Interessensgemeinschaft der 24h-Betreuerinnen (IG24) sowie Amnesty International stellen schon lange Forderungen für eine Verbesserung der Lage, deren Umsetzung überfällig ist!

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Soziale Absicherung von 24h-Betreuer\*innen, Förderung ordentlicher Anstellungen und Ende der Scheinselbständigkeits-Fälle: Ausarbeitung eines Systems, in dem 24h-Betreuer\*innen über den Staat angestellt werden, statt auf private Agenturen und Selbständigkeit angewiesen zu sein!
- Arbeitsrechtlichen Schutz und Kontrolle desselben für 24h-Pfleger\*innen
- Schluss mit Lohndumping und Ausbeutung: Einrichtung neutraler Beratungsstellen und psychosoziale Betreuung für Familien und Dienstleister\*innen sowie eine sinnvolle Regelung der Vermittlung
- Eine Überarbeitung des Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetzes zugunsten 24h-Betreuer\*innen

### Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

**Annahme**



## Antrag 13

# Pflege: Frauen & Migrant\*innen sind keine Arbeiter\*innen zweiter Klasse

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Unsere Gesellschaft wird immer älter, somit steigt auch der Bedarf an Pflege und Betreuung immer weiter an – ganz im Gegensatz zu den finanziellen Mitteln, die der Staat Österreich für diesen Bereich vorsieht. Die finanziellen Mittel für Pflege werden nämlich nicht weiter ausgebaut: Im Zentrum der aktuellen Pflegestrategie steht Pflege als Leistung, die sich in einem familiären Kontext abspielt. Daran etwas zu ändern, ist unter anderem auch aus budgetären Gründen von den Konservativen nicht gewünscht.<sup>1</sup>

Das Problem ist jedoch kein neues, schon in den 1990er Jahren gab es Bedarf an Pflege und Betreuung, der nicht ohne Hilfe aus dem Ausland gedeckt werden konnte: Das Leisten von Pflege- und Betreuungsarbeit durch Migrant\*innen aus Osteuropa etablierte sich in Jahren ohne rechtliche Rahmenbedingungen, die 24-Stunden-Betreuung war geboren. Ohne rechtliche Absicherung des Berufs gibt es weder einen Mindestlohn, geregelte Arbeitszeiten oder Anspruch auf Sozialleistungen.

Um eine rechtliche Grundlage für den Beruf der 24-Stunden-Betreuung zu schaffen, gibt es seit 2007 das Hausbetreuungsgesetz, BGBl. I Nr. 33/2007, das Regelungen für das Gewerbe der Personenbetreuung und arbeitsrechtliche Sonderbestimmungen für Pflege- und Betreuungsarbeit in einem Arbeitsverhältnis zu Privaten und zu Trägerorganisationen enthält. Damit wurde jedoch nur die gängige Praxis legalisiert: Für den Großteil der 24-Stunden-Betreuer\*innen gibt es noch immer keine arbeitsrechtlichen Standards oder Mindestlöhne, weil die Betreuer\*innen in den meisten Fällen selbständig tätig sind. Meist pendeln die Betreuer\*innen im 14-tägigen Rhythmus zwischen Österreich und dem Herkunftsland und betreuen in dem Zeitraum, in dem sie sich in Österreich aufhalten, durchgehend eine Person. In vielen Fällen müssen 24-Stunden-Betreuer\*innen wirklich 24 Stunden zur Verfügung stehen, somit haben viele von ihnen keine Möglichkeit Pausen zu machen und ausreichend zu schlafen.<sup>2</sup> Trotzdem verdienen sie durchschnittlich nur ca. 80€ am Tag – das kommt einem Stundenlohn von weniger als 3,5€ gleich.<sup>3,4</sup>

Von ihrem Gehalt müssen sie nicht nur Sozialversicherungsbeiträge selbst bezahlen, sondern auch ihre Vermittlungsagenturen bezahlen. Diese Agenturen stehen oft in der Kritik, weil sie intransparent sind und keinen Regularien unterstehen; auch schlechte Qualität in der Serviceleistung und unfaire Vertragsbedingungen werden oft bemängelt. Die Abhängigkeit der 24-Stunden-Betreuer\*innen von den Agenturen verschärft den prekären Charakter dieser Arbeit.<sup>5</sup> In Österreich haben sie oft wenige Möglichkeiten auf soziale Kontakte, dies kann neben der Zeitintensität der Arbeit auch an mangelhaften Sprachkenntnissen liegen. Auch in den Herkunftsländern der Betreuer\*innen führt diese Form der Beschäftigung oft zu Problemen: Wer übernimmt die Betreuungspflichten für Kinder und pflegebedürftige Personen in diesen Ländern? Wir finden diese Bedingungen absolut unwürdig für ein Land wie Österreich, das in den meisten Berufssparten Mindestlöhne und andere arbeitsrechtliche Bestimmungen hat, sowie bei der Vertretung der Arbeiter\*innenrechte vielen anderen Ländern einiges voraushat.

Aber wie schaut es bei den österreichischen Pflegekräften aus? Diese können jetzt und auch in Zukunft den Pflegebedarf nicht decken. Um das Interesse an Pflegeberufen zu steigern, ist es dringend notwendig, den Beruf gesellschaftlich und vor allem durch bessere Bezahlung aufzuwerten. Fest steht, dass Pflegeberufe in Österreich sehr schlecht bezahlt sind, wenn man die Dauer der Ausbildung berücksichtigt: Vergleichbar ausbildungsintensive Jobs sind viel besser bezahlt oder werden teilweise auch schon während der Ausbildungszeit entlohnt. Dafür müsste der Staat das staatliche Angebot für Pflege ausbauen und das Gehalt erhöhen.<sup>6</sup>

1. Bachinger, A., (2015). 24-Stunde-betreuung als Praxis: Identitätskonstruktionen, Arbeitsteilungen und Ungleichheiten – eine Intersektionalitätsanalyse. SWS-Rundschau, 55(4), 279-298. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59667-6>
2. Bauer, G. & Österle, A. (2013). 24-Stunden-Betreuung für ältere Menschen. Entwicklungen und Wirkungen der Regularisierung der Betreuung in privaten Haushalten in Österreich. Sozialer Fortschritt, 62(3), 71-77.
3. Caritas Rundum Zuhause betreut. (2021). 24-Stunden Betreuung. Angebote und Preise. [https://www.caritas-rundumbetreut.at/fileadmin/storage/global/user\\_upload/Preisliste\\_Angebote\\_und\\_Peise\\_2021.pdf](https://www.caritas-rundumbetreut.at/fileadmin/storage/global/user_upload/Preisliste_Angebote_und_Peise_2021.pdf)

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die arbeitsrechtliche Absicherung der Pflegenden nach österreichischen Standards wie Mindestlohn und Ruhezeiten, Vorschriften für Pausen und Zulagen für nächtliche Arbeit. Wir wollen in diesem Bereich keine Scheinselbstständigen.
- Aufwertung von Pflegeberufen allgemein, durch eine Anhebung des Gehalts entsprechend des Ausbildungsniveaus sowie dem Anspruch auf eine Schwerarbeiter\*innenpension.

### Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

- 
4. Hilfswerk Österreich. (2021). Kosten Langzeitbetreuung. <https://www.hilfswerk.at/oesterreich/24-stunden-betreuung/kosten-und-foerderungen/kosten-langzeitbetreuung/>
  5. Marschitz, W. (2017). Die „24-Stunden-Betreuung“ in Österreich. In: Arend, S., Klie, T. (Hrsg.) Wer pflegt Deutschland? Transnationale Pflegekräfte - Analysen, Erfahrungen, Konzepte. 65-90. Vincentz Network. ISBN: 978-3866300611
  6. Bachinger, A., (2015). 24-Stunde-betreuung als Praxis: Identitätskonstruktionen, Arbeitsteilungen und Ungleichheiten - eine Intersektionalitätsanalyse. SWS-Rundschau, 55(4), 279-298. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59667-6>

## Antrag 14

# Raus aus dem Abseits: Halbe Halbe im Sport

Eingebracht von: Bundesfrauenvorstand

## Equal Play - Equal Pay - Halbe Halbe

Doppelt so hohe Preisgelder für Männer als für Frauen im (Profi)Sport. Die Liste der Sportarten, in denen Frauen nach wie vor weniger verdienen als Männer, ist endlos lang.

Dass Frauen noch immer weniger verdienen hat System - auch im Sport. Dort wo Gehälter bezahlt werden, sollen Frauen und Männer gleich bezahlt werden.

Argumente, nach denen Frauen deshalb schlechter bezahlt werden, weil die Zuschauer\*innenquote nicht entsprechend sei, sind mittlerweile obsolet. Das Finale der Frauenfußball EM war die meistgesehene Sendung im deutschen Fernsehen 2022.

Nach und nach gründen sich immer mehr Frauenmannschaften innerhalb der großen Sportvereine auch in Österreich. Für ihren Einsatz für eine Rapid-Mädchenmannschaft wurde beispielsweise deshalb Clara Gallistl mit dem Wiener Frauenpreis 2023 ausgezeichnet.

Unter dem Motto „Equal Play - Equal Pay“ sollte die Lohnschere im Sport wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft geschlossen werden. Vorbildliche Vereine und Initiativen müssen verstärkt vor den Vorhang geholt werden!

## Coaching - Halbe Halbe

Noch immer gibt es weniger Frauen als Trainerinnen oder Schiedsrichterinnen als Männer. Schätzungen sprechen davon, dass EU-weit nur 20 bis 30 Prozent aller Sporttrainer\*innen Frauen sind. Die Politik ist gefordert Ausbildungsprogramme zu unterstützen und auszubauen.

## Sport-Fachverbände - Halbe Halbe

In Österreich gibt es 60 Fachverbände, aber nur 6 Präsidentinnen. Wie in allen anderen Präsidiums- und Vorstandsetagen ist auch in Sportgremien Gleichstellung gefordert. Programme wie das „Gender-Trainee-Programm“ für Trainer\*innen und Funktionär\*innen müssen ausgebaut werden.

Sportstätten, Gremien, Veranstaltungen müssen sichere Räume für alle, insbesondere Frauen und Mädchen sein. Die SPÖ-Frauen unterstützen die Forderungen der Initiative „Safe Sport“ <https://safesport.at/> wonach haupt- und ehrenamtliche Funktionär\*innen, Trainer\*innen, Sportler\*innen und Erziehungsberechtigte beitragen, ein sicheres und inklusives Sportumfeld zu schaffen.

Neben dem Schließen der Lohnschere im Sport ist uns SPÖ Frauen ein großes Anliegen Frauen und Mädchen zu unterstützen, die von Gewalt, sexistischen und diskriminierenden Übergriffen in ihren Vereinen betroffen sind. Mit [vera-vertrauensstelle.at](http://vera-vertrauensstelle.at) gibt es in Österreich bereits eine Vertrauensanlaufstelle, die Betroffene von sexueller Gewalt unterstützt.

Anti-Diskriminierungsschulungen sollen für Funktionär\*innen und Trainer\*innen angeboten werden. Kampagnen sollen die Forderungen nach einem sicheren Umfeld im Sport unterstützen.

## Sportberichterstattung - Mehr Frauen im Sportjournalismus

Medien spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht Geschlechterstereotypen im Sport festzuschreiben bzw. aufzubrechen. Über weibliche Sportler\*innen wird noch immer sexualisiert berichtet. Erst 2021 entfachte sich eine Debatte rund um sexistische Kleidervorschriften für Frauen im Beachhandball. Das nor-

## **Gesellschaftspolitik/Sport**

wegische Team wollte in längeren Hosen und Tops antreten und wurde deshalb mit einer Geldstrafe durch den internationalen Verband pönalisiert. Aufgrund von mehr Frauen im Sportjournalismus ist eine leichte Verbesserung eingetreten, derartige Berichte finden in den Medien Platz und bekommen Aufmerksamkeit. Internationale Sportveranstaltungen wie zum Beispiel die Olympischen Spiele sollten angewiesen werden bei Akkreditierungen auf Geschlechterausgewogenheit zu achten. Die Ausbildung im Bereich der Sportberichterstattung muss anti-diskriminierend und anti-sexistisch sein.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Dort wo Gehälter im Sport bezahlt werden – gleiches Einkommen für gleiche Arbeit.
- Quote und Gleichstellung in Sportgremien.
- Kampagnen für Gender-Trainee-Programme.
- Sichere Sportstätten, Anti-Diskriminierungsschulungen, 6-Augen-Prinzip in Besprechungssituationen, Vertrauenspersonen im Fall von Gewalt und Übergriffen sollen ein sicheres Umfeld im Sport schaffen.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

## Antrag 15

# Sport frei von Geschlechterstereotypen

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Nach wie vor ist Sport machen für viele Menschen ein belastendes Thema, da es mit Leistungsdruck, Selbstoptimierung, Sexismus und finanziellen Abhängigkeiten einhergeht. Das derzeitige System, schließt nicht nur Frauen aus, sondern schadet auch Männern. Darüber hat der schwedische Fußballstar Zlatan Ibrahimovic im Rahmen von sogenannten „Locker Room Talks“, übersetzt Kabinengesprächen, mit sportbegeisterten Buben gesprochen. Unter anderem wie man diesen rauen, oftmals diskriminierenden Ton vermeiden kann und dass man nicht so reden muss, um Teil eines Teams zu sein. Die Vorstellungen davon was es heißt ein Mann zu sein und wie man seine Emotionen nicht in Gewalt umwandelt, waren auch Teil der Gespräche. Solche niederschweligen Gespräche sollten von den jeweiligen Trainer\*innen oder (ehemaligen) Sportler\*innen geleitet werden, zu denen die Kinder aufschauen und einen direkten Bezug haben. Diese „Kabinengespräche“ braucht es auch in Sportvereinen und im Turnunterricht. Diese festgefahrenen gesellschaftlichen Geschlechterstereotypen führen dazu, dass es zu strukturellen Ausgrenzungen und vermindertem Angebot und Unterstützung von Frauen kommt. Während viele von Männern ausgeführte Sportarten vom Staat oder kleinen Unternehmen soweit finanziell unterstützt werden, dass sie die Sportler angemessen unterstützen (Räumlichkeiten, Material, Trainer, Kleidung...) und ihnen sogar teilweise die Zeit finanziell ausgeglichen wird, können sich Frauen diese Unterstützung nicht erhoffen. Dadurch sind sie nur allzu oft dazu gezwungen, sich in finanzielle Abhängigkeiten zu begeben (auf Partner, Förderungen, Eltern, etc. zurückgreifen). Oft können sie gar nicht erst so viel Sport machen wie sie gerne würden, da sie zu wenig Zeit dafür neben einer zusätzlichen Erwerbsarbeit und/oder Betreuungsaufgaben innerhalb der Familie haben. Das geringere Trainieren führt dazu, dass ein „mitspielen“ auf dem ohnehin sehr kleinen und raren, geförderten Bereich, unmöglich wird. Die Entscheidung für den Werdegang im Profisport ist daher meist eine Frage des Geldes (statt der Frage, ob das gewollt wird und möglich wäre). Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist, dass Frauen im Sport endlich genauso bezahlt werden wie ihre männlichen Kollegen. So bekommen beispielsweise Spielerinnen im norwegischen Frauennationalteam das gleiche Gehalt wie das Männernationalteam. Das braucht es auch in Österreich.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Ein bundesweites Bewegungsprogramm an Schulen und Kindergärten, in dem Sportpädagog\*innen mit einem gesellschaftskritischen Ansatz alle Kinder gleichermaßen abholen und mit neuen Zugängen zu Sport und Bewegung animieren. Das Ziel ist selbstbewusste, starke und sowohl physisch als auch psychisch gesunde Menschen zu begleiten - nicht Leistungsdruck und Schönheitsideale schon im Unterricht einzuzementieren.
- Eine Kampagne im öffentlichen Raum und in Sportvereinen am Vorbild der „Lockerroom-Kampagne“ (z.B.: „Bewegung, Bewusstseinsbildung und Gesundheitsvorsorge statt Stereotype und Body Shaming“).
- Den Gender-Pay-Gap zwischen Sportler\*innen schließen!
- Verbände verpflichten sich gleichermaßen weibliche wie männliche Trainer\*innen und Schiedsrichter\*innen anzustellen und auszubilden.
- Eine spezifische Förderung für Vereine, die Mädchen und Frauen für männlich dominierte Sportarten begeistern, unterstützen und ausbilden.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

# Sicherer, leistbarer Wohnraum - für alle, immer und überall!

Eingebracht von: Sozialistische Jugend Österreich

Kaum ein Thema betrifft Menschen in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung so sehr wie das Thema Wohnen. Leider zeigt sich auch in kaum einem Bereich so stark das Versagen des "freien Marktes": Nicht die Versorgung aller Menschen, sondern das Scheffeln von Profit steht im Vordergrund. Während unzählige Menschen massive Probleme haben, ihre Miete zu zahlen oder gar ihre Wohnungen verlieren, stehen bundesweit tausende Wohnungen leer - sie dienen als reine Spekulationsobjekte. Wohnraum darf keine Ware sein, Wohnen ist ein Menschenrecht!

Von der prekären Situation am Wohnungsmarkt sind überproportional besonders Frauen\* betroffen. Einerseits, da sie aufgrund von ungleicher Bezahlung, Feststecken in Teilzeitjobs und dem Leisten von Reproduktionsarbeit oft ökonomisch schlechter gestellt sind als Männer. Andererseits haben 16% der Frauen in Österreich in ihrem Leben schon mal körperliche und / oder sexualisierte Gewalt innerhalb einer intimen Partnerschaft erlebt und 37% waren von psychischer Gewalt durch den oder die Partner\*in betroffen. Diese Übergriffe passieren meist in den eigenen vier Wänden, aus denen ein Ausziehen aufgrund oben genannter Gründe oft nicht möglich ist. Daher können wenige Betroffene dieser Gewalt nicht entkommen, denn sie verlieren mit einer Trennung nicht nur ihre familiäre oder partnerschaftliche Beziehung, sondern oftmals auch den Wohnraum.

Die aktuelle Inflation, die auch die Mieten massiv ansteigen lässt und eine Regierung, die dabei zusieht, anstatt zu handeln, macht es Frauen\* aber aktuell besonders schwer, unabhängig zu bleiben oder zu werden und dieses essenzielle Bedürfnis für sich zu erfüllen. Dabei wären die politischen Maßnahmen nicht so kompliziert, nur fehlt hier augenscheinlich der Wille.

Der Befund ist klar: Es muss sich dringend etwas ändern. Dazu braucht es mehrere Instrumente. Einer der zentralen Eckpfeiler einer neuen Wohnungspolitik betrifft die Deckelung der Mieten im ganzen Land, wie sie beispielsweise in Spanien schon Praxis ist. Dabei ist ein sinnvolles, effektives System gefragt, statt einer Schein-Abhilfe, wie sie Schwarz-Grün kürzlich angekündigt hat!

Doch ein Mietdeckel alleine kann das Problem nicht zur Gänze lösen. Wohnungspolitik ist zu wichtig, um sie dem freien Markt zu überlassen. Der freie Markt schützt die Mächtigen auf Kosten von uns allen. Es braucht daher dringend bundesweit die rechtlichen Rahmenbedingungen für Gemeinden, um Leerstandsabgaben und Zweitwohnsitzabgaben einzuführen, die auch einen Lenkungseffekt erzielen. Denn Wohnraum ist zum Leben da - und nicht zum Spekulieren!

Dabei reicht es nicht, den Leerstand einfach nur zu bestrafen. Eine effektive Wohnungspolitik muss das Ziel verfolgen, dass zur Verfügung stehender Wohnraum auch genutzt wird, insofern man ihn braucht. Dafür soll für die öffentliche Hand die Möglichkeit bestehen, bewusst ungenutzten Wohnraum bei Bedarf in öffentliches Eigentum zu überführen. Voraussetzung dafür ist, dass jener Wohnraum seit mindestens fünf Jahren leer steht.

Besonders für junge Menschen braucht es Lösungen, wie etwa das 5x5 Modell. Hierbei würde Bruttomiete für (z.B. Gemeinde-) Wohnungen bei 5€ pro Quadratmeter liegen und durch die öffentliche Hand gefördert werden. Dies gilt für die ersten 5 Jahre, danach kann die Wohnung zum normalen genossenschaftlichen oder durch die Gemeinde festgelegten Zins weiter bezogen werden. In einigen Gemeinden Österreichs, etwa in Steyr, ist das 5x5-Modell bereits gelebte Praxis.

Für Frauen braucht es politische Maßnahmen abseits des Gewaltschutzgesetzes und Hilfsangebote abseits der sowieso kaputtgesparten Frauenhäuser, damit sie unabhängig von ihrer finanziellen Lage einen sicheren Wohnraum für sich haben können. Maßnahmen, die nicht nur bereits Betroffene unterstützen, sondern

gleichzeitig präventiv wirken. Sodass Frauen gar nicht aufgrund der finanziellen Situation in eine solche Abhängigkeit kommen, die sie später zwingt, in einer Gewaltbeziehung zu verbleiben, weil sie keine anderen Optionen sehen. Zusätzlich braucht es mehr feministische Wohnbauprojekte, die sich direkt an Frauen\* richten und eine unbürokratische Unterstützung von Frauen\* bei der Wohnungssuche!

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Ein bundesweit einheitliches Mietrecht mit klaren Mietzinsobergrenzen und einem nachvollziehbaren System für Zu- und Abschläge
- Die Möglichkeit für Gemeinden, eine Zweitwohnsitzabgabe und eine progressiv ansteigende Leerstandsabgabe für Wohnungen, die länger als ein Jahr durchgehend leer stehen, einzuheben, die deutlich über den Preissteigerungen liegen muss
- Die Möglichkeit für die öffentliche Hand, Wohnungen die länger als fünf Jahre durchgehend leer stehen, in öffentliches Eigentum zu überführen
- Die bundesweite Etablierung von Startwohnungen nach dem 5x5-Modell mit einer starken Reduktion möglicher Genossenschaftsbeiträge
- Die Durchführung einer bundesweiten Leerstandserhebung
- Frauen sollen am Wohnungsmarkt mit Hilfe einer Geschlechterquote bevorzugt werden - bei Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen sollen 10 Prozent der Wohneinheit automatisch an Niedrigverdienerinnen, vergeben werden
- Bei der Errichtung von Gemeindebauten, gefördertem Wohnbau und Genossenschaftsprojekten sollen Planungen, in denen Betreuungsmodelle für ältere Menschen und Kinder, Gemeinschaftsküchen und gemeinschaftlich organisierte Wohnflächen im laufenden Betrieb vorgesehen sind staatlich subventioniert werden

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

### **Zuweisung an den Bundesparteitag**



## Omas und Enkeltöchter vereinigt euch!

Eingebracht von: SPÖ-Floridsdorf

Die Lebensrealitäten älterer Frauen und Pensionistinnen werden in unserer Gesellschaft sehr häufig unsichtbar gemacht. Dabei haben gerade diese Generationen Frauen ihr ganzes Erwachsenenleben mit Doppel- und Mehrfachbelastung zu kämpfen gehabt und ihre Familien oftmals ohne soziale Unterstützung großgezogen und gepflegt. Sie haben systemrelevante Bereiche am Laufen gehalten und mussten trotzdem mit sehr niedrigen Einkommen umgehen – das erkennt man mit einem Blick auf die Durchschnittspensionen in Österreich. Der Gender Pension Gap hat mit 40,55% österreichweit immer noch ein Ausmaß, das immens ist. Soziale Absicherung gibt es für viele Pensionistinnen nicht – sie leben am absoluten Minimum und müssen im Alter auf beinahe alles verzichten. Ebenso mussten die Senior\*innen in diesem Land erleben, dass sie de facto seit Jahren keine ordentliche (echte) Pensionserhöhung bekommen haben – denn effektiv blieb nie mehr im Börserl. Auch das Aussetzen der Aliquotierung für die nächsten 2 Jahre ist hier nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung und längst nicht genug.

Immer wieder müssen wir uns dennoch von neoliberaler Seite anhören, dass das Pensionssystem zu teuer ist, Pensionserhöhungen zu Lasten der nachkommenden Generationen gehen würden und die ältere Generation auf Kosten der jüngeren leben würde. Solche Äußerungen sind angesichts der bitteren Lebensrealität vieler Senior\*innen einfach nur blanker Zynismus. Wir wissen, dass von konservativ-rechter Seite keine Verbesserungen für Senior\*innen und auch nicht für Frauen kommen werden – dazu haben wir in der Vergangenheit viel zu viele Angriffe auf eben diese Gruppen erleben müssen. Ganz im Gegenteil, sie streben ein privatfinanziertes Pensionssystem an, einen Abbau von staatlichen Leistungen und damit ein weiteres Auseinanderklüften von Wohlstand und Armut.

Neben den Themen der sozialen Absicherung sind auch Themen von Repräsentation aber auch Zusammenleben wichtige Punkte, wenn wir ältere Frauen mehr in den Fokus rücken wollen. Oft herrscht ein Mangel an Vernetzungsmöglichkeiten für ältere Frauen, sowohl untereinander als auch generationenübergreifend. Doch auch die mediale Präsenz, wie auch ihre Einbindung in Interessensvertretungen ist unzureichend.

Beschwerden tun sich alte Menschen, allen voran Frauen, trotzdem nicht. Umso wichtiger ist es, dass wir als SPÖ-Frauen entgegenhalten und ihre Leben, Leistungen und täglichen Herausforderungen sichtbar machen. Ebenso lassen wir uns nicht auseinanderdividieren – wir sagen: Omas und Enkeltöchter vereinigt euch! Wir wollen ein gutes Leben für alle!

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ein System von Anlegerpensionen kann nicht zukunftsweisend sein und wird von uns klar abgelehnt!
- Care-Arbeit in den Vordergrund! Kindererziehungszeiten und Pflegetätigkeiten sind besser anzurechnen
- Gerade in Zeiten massiver Teuerung brauchen wir effektive Maßnahmen gegen Altersarmut – das bedeutet auch ordentliche, echte Pensionserhöhungen!
- Ausweitung des Senior\*innenwarenkorb
- Das Aussetzen der Aliquotierung für die nächsten 2 Jahre ist nicht genug – sie muss generell ausgesetzt werden!
- Ein System des verpflichtenden Pensionssplittings wird abgelehnt – wir wollen echte Absicherung für alle!
- Um nachhaltige Verbesserungen zu erreichen braucht es verstärkte Maßnahmen im Berufsleben, um



die Einkommensschere endlich zu schließen und damit auch den Gender Pension Gap schließen zu können!

- Leistbares Wohnen für Senior\*innen – Senior\*innen müssen die Möglichkeit bekommen, auf kleinere, adäquate Wohnräume umsteigen zu können, so, dass es sich auch finanziell lohnt.
- Es braucht mehr Sichtbarkeit! Ältere Frauen müssen sowohl in der Kampagnenarbeit der Sozialdemokratie als auch öffentlicher Einrichtungen in ihrer Vielfalt repräsentiert werden.
- Voller Diskriminierungsschutz – Levelling Up!
- Die gleiche Vertretung von Frauen in Senior\*innen Interessensvertretungen
- Angebote für Senior\*innen zu schaffen, wo sie noch nicht ausreichend existieren – von Bewegung über Kultur und Vernetzungsmöglichkeiten. Dort, wo sie bereits ausreichend vorhanden sind, müssen sie besser kommuniziert werden.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**



**Gesundheit**

Antrag 18

## Keine Kosten für Verhütungsberatung!

Eingebracht von: Junge Generation Bund

In einer Zeit wo viele Menschen auf ihre Gesundheit achten, ist die ärztliche Beratung unerlässlich geworden. Zwar kann man sich weitestgehend über das öffentliche Gesundheitsportal Österreichs "gesundheit.gv.at" umfangreich über diverse Themen informieren, jedoch braucht jede Person ihre eigene individuelle Auskunft. Ärztliche Beratungen werden üblicherweise von der Krankenkasse übernommen. Sei es bei Fragen zu einer Impfung oder eines chirurgischen Eingriffs beim Ziehen eines Weisheitszahns. Wer schon mal den Beipackzettel einer Antibabypille durchgelesen hat, versteht vielleicht, dass aufgrund der zahlreichen aufgezählten Nebenwirkungen hier auch eine ärztliche Beratung sehr zu empfehlen ist. Die Frage ist jedoch, warum Frauen, die sich über Verhütungsmethoden beraten lassen wollen, für diese Dienstleistung selbst aufkommen müssen? Denn heutzutage müssen Frauen bei Gynäkolog\*innen einen Kostenbeitrag von 20- 40 EUR zahlen, wenn sie dieses Beratungsgespräch in Anspruch nehmen möchten. Erste Durchbrüche zu diesem Thema gab es, als man sich dazu entschlossen hat, für Mädchen bis zum 18. Geburtstag Verhütungsberatungen von der Krankenkasse übernehmen zu lassen. Es wäre an der Zeit, diesen Ansatz auszuweiten und generell die Kosten für Verhütungsberatungen der Gynäkolog\*innen von der Sozialversicherung bezahlen zu lassen.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Eine gänzliche Kostenübernahme der Leistung der Verhütungsberatung, bei Gynäkolog\*innen, von der Krankenkasse.

### Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

## Antrag 19

## Der Kristeller-Handgriff muss verboten werden!

Eingebracht von: Junge Generation Bund

Der sogenannte Kristeller-Handgriff (alias Fundusdruck) wurde 1867 von Samuel Kristeller entwickelt, um in der letzten Geburtsphase einen stockenden Geburtsverlauf oder bei einer zu geschwächten Gebärenden die Geburt zu beschleunigen und um bei etwaigen Komplikationen das Kind ohne Kaiserschnitt rasch aus dem Mutterleib herauszudrücken. Dabei sieht die Handhabung meist folgendermaßen aus: Das medizinische Personal stützt sich auf dem Bett ab und wendet dann wehensynchron und möglichst stufenweise Druck auf dem Bauch der halb-aufrecht sitzenden gebärenden Person an - entweder mit beiden Händen, mit einer Hand oder mit dem Unterarm. Zwar mag das Kennzeichen des Kristeller-Handgriffs das lokale Pressen der Hände auf dem Bauch sein, die genaue Anleitung und detaillierte Richtlinien sind jedoch undurchsichtig oder gar nicht vorhanden. Zum Beispiel ist unklar, wie viel Druck angewendet werden soll, wo exakt die Hände liegen sollen und in welchen Situationen dieser Griff einzusetzen ist. Ebenso wird durch diesen Griff (insbesondere wenn mit dem Unterarmknochen gearbeitet wird) nicht garantiert, dass das Baby in einer guten Führungslinie gehalten werden kann.

Es gibt nach 150 Jahren nicht genügend Studien, die die Effektivität dieses Handgriffs belegen. In dieser Zeit kamen auch alternative und schonendere Methoden in Umlauf, die ebenfalls in solchen Situationen angewandt werden können und somit weniger Risiken für Mutter und Kind bieten, z.B. äußerer Beckendruck, sanfte Saugglocke des Typs Kiwi, Schaukeln und Rollen des Beckens in verschiedensten Ausführungen, Gaskin-Manöver.

Die Forschung ist sich jedenfalls einig, dass mit mehr Geduld in der letzten Geburtsphase, durch wechselnde Geburtspositionen und mit speziellen Beckenbewegungen der Kristeller-Handgriff hinfällig wird. Die WHO empfiehlt diesen Handgriff nicht, Großbritannien hat ihn verboten, Spanien hat ihn aus seinen medizinischen Leitlinien schon 2007 gestrichen und in den USA wird er kaum angewandt, weil eben die Richtlinien für diesen Handgriff und der genaue Ablauf nicht präzise genug definiert sind.

### Die physischen und psychischen Konsequenzen für Mutter und Kind

Bei der Anwendung des Kristeller-Handgriffs empfinden Frauen deutliche bis enorme Schmerzen im Bauch und im Unterleib, welche in manchen Fällen noch tagelang nachhallen. Weitere mögliche physische Spuren bei der gebärenden Person sind: Hämatombildungen am Bauch, Rippenverletzungen (bis zum möglichen Bruch), Schäden der Beckenbodenmuskulatur, Rupturen der Bauchdecke, der Gebärmutter und weiterer innerer Organe (z.B. Leber), höhere Wahrscheinlichkeit von Damm- und Scheidenrissen bis zu einer möglichen verfrühten Plazenta-Ablösung.

Beim Kind kann es zu Kopfverletzungen kommen (Kopfquetschung oder -stauchung, Hämatombildung), zu Extremitätenlähmungen und zu Hirnschäden, welche das Neugeborene lebenslang einschränken können und so auch eine psychische Belastung für das Kind selbst und die Eltern darstellen kann.

Spätfolgen von jenem Handgriff können unter anderem chronische Schmerzen sein, die die Gebärende durch das Geburtstrauma entwickelt hat und dann dementsprechend auf Therapie oder medizinischen Hilfsmittel angewiesen (Rollator, Stützgurt des Bauches, schmerzstillende Medikamente) ist. Eventuell muss die Mutter mit Bewegungseinschränkungen leben, da bestimmte Bewegungen nur noch unter Vorsicht und/oder Schmerzen funktionieren (z.B. Schweres Heben oder Laufen, Toilettengang). Die psychischen Leiden entstehen insbesondere durch die fehlende oder schlechte Aufklärung des überbeanspruchten medizinischen Personals und durch fehlenden Konsens. So reicht es zum Beispiel nicht, der Schwangeren spärlich zu schildern, dass "kurz gedrückt wird" und die gebärende Person das Ausmaß dieser Schmerzen (und der womöglich bleibenden Schäden) gar nicht erwartet oder realisiert hat. Dementsprechend wirkt diese Methode für viele Frauen brutal und übergriffig, sodass schließlich ein Geburtstrauma für Mutter und Kind entsteht. Die Folgen sind dann psychische Erkrankungen wie Angststörungen, Störungen der Mutter-Kind-Beziehung, Versagensängste oder Depressionen.

## Gesundheit

Quellen: Zeitungsartikel → Standard-Artikel zum Kristeller-Handgriff vom 1. April 2023 <https://www.derstandard.at/story/2000143998357/wenn-die-geburt-zur-gewalterfahrung-wird> → Artikel aus "Courthouse-News" vom 12. Dezember 2019 <https://www.courthousenews.com/dangerous-childbirth-practices-persist-in-europe/> → Doccheck - Artikel zum Kristeller-Handgriff - Alternative Kiwi Saugglocke® <https://www.doccheck.com/de/detail/articles/23392-haende-weg-vom-kristeller-handgriff> Leitlinien/Stellungnahmen/Forschungsberichte → S3 Leitlinien bei vaginaler Geburt am Termin (von Interessenvertretungen aus Schweiz, Deutschland und Österreich erstellt) - gültig bis 21.12.2025 [https://register.awmf.org/assets/guidelines/015-083k\\_S3\\_Vaginale-Geburt-am-Termin\\_2021-01\\_1.pdf](https://register.awmf.org/assets/guidelines/015-083k_S3_Vaginale-Geburt-am-Termin_2021-01_1.pdf) → Alternativen zu Kristeller Handgriff/Kurzer Einblick in Studienlage <https://www.thieme-connect.de/products/ejournals/html/10.1055/s-0042-120077#N10E4F> <https://www.thieme-connect.de/products/ejournals/pdf/10.1055/s-0042-120077.pdf> → Rechtlicher Rahmen in UK (von Brown & Barron) <https://www.brownbarron.com/blog/2022/may/fundal-pressure-birth-injury-everything-youneed/#:~:text=Broken%20bones%20and%20ruptured%20organs,practitioners%20in%20the%20United%20States> . → Medizinische/Juristische Stellungnahme zum Kristeller-Handgriff (in den USA) <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/29466899/> → OEGGG - Österreichische Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe <https://oeggg.at/leitlinien/geburtshilfe/>

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Der Kristeller-Handgriff muss in den österreichischen Leitlinien genau definiert und im Folgenden verboten werden, damit das medizinische Personal zwischen den potenziell gefährlichen Handgriffen und risikoarmen Alternativen unterscheiden kann.
- Wenn es zu einer Gefahrensituation bei der Geburt für die Mutter und für das Kind kommt, soll die gebärende Person bestmöglich beraten werden und schonende Methoden z.B. durch äußeren Beckendruck, durch die Handvakuum-Saugglocke oder durch andere Geburtspositionen sollen erklärt und angeboten werden.

### Empfehlung der Antragskommission: Zuweisung - Arbeitsgruppe „Feministische Gesundheitspolitik“

Beschluss der Konferenz

### Zuweisung - Arbeitsgruppe „Feministische Gesundheitspolitik“

## Antrag 20

# Meine Fruchtbarkeit gehört mir

Eingebracht von: Junge Generation Bund

Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist seit Jahren ein Schauplatz feministischer Kämpfe. Das Recht darauf, mit dem eigenen Körper selbstbestimmt und mündig zu verfahren, haben wir uns über Jahrhunderte hart erkämpft und immer noch dauert der konservative Widerstand dagegen an. Dieses Recht muss auch das Recht auf Selbstbestimmung der eigenen Fruchtbarkeit umfassen, denn bis heute können Menschen nur eingeschränkt über zwei wichtige Aspekte bestimmen: das Einfrieren von Eizellen bzw. Samenzellen sowie eine Sterilisation.

Beides trifft insbesondere Frauen\*, da sich einerseits der Kinderwunsch kontinuierlich nach hinten verschiebt (nicht zuletzt aufgrund der immer noch prekären Situation am Arbeitsmarkt und fehlender Betreuungseinrichtungen) und gleichzeitig der klare Wunsch von Frauen\* nach einem kinderlosen Leben gesellschaftlich immer noch nicht akzeptiert wird.

Während eine kaum wahrnehmbare Frauenministerin glaubt, dass mit "Mehr Frauen in Führungspositionen" die Gleichstellung erreicht ist, werden unzählige Frauen\* immer noch tagtäglich in ein konservatives, bevormundendes und antifeministisches Rollenbild gezwungen. Frauen\* ohne Kinderwunsch werden entweder tabuisiert, öffentlich angeprangert oder es wird ihnen sogar die Mündigkeit über ihre Entscheidung abgesprochen.

Sterilisation ist in Österreich erst ab dem 25. Lebensjahr möglich, während dies in Ländern wie Deutschland oder der Schweiz ab dem 18. Lebensjahr legal ist. Doch die Praxis zeigt, dass sehr oft trotz medizinischer Indikation der Eingriff verweigert wird und in Österreich auch Frauen\* weit über 25 immer noch darüber diskutieren müssen, dass sie über ihren eigenen Körper entscheiden wollen, denn sie „könnten ja später doch noch ihre Meinung ändern“. Gleichzeitig kommt bei einer Schwangerschaft, Vertragsabschluss, Kreditaufnahme oder anderen ebenso tiefgreifenden Entscheidungen niemals die Diskussion über Entscheidungsmündigkeit auf. Auch das Argument, dass ein Gehirn ja erst mit 25 Jahren ausgereift sei, wird beim Thema Sterilisation unter 25 Jahren selektiv angewendet und hebt sich selbst in dem Moment aus, indem eine vielleicht später einmal kommende unglückliche Kinderlosigkeit, die nur die Person selbst betrifft, als ein größeres Risiko dargestellt wird als eine vielleicht einmal später kommende unglückliche Elternschaft, wo die Konsequenzen auch von anderen, tatsächlich unmündigen Kindern, ausgebadet werden. Diese willkürlich zugesprochene Unmündigkeit volljähriger Menschen ist für progressive, sozialdemokratische und feministische Organisationen nicht tragbar. In unserem Weltbild muss es möglich sein, konsequent die Selbstbestimmung junger Menschen zu fordern und ihnen auch zuzugestehen, mit den Konsequenzen ihrer mündig getroffenen Entscheidungen zu leben - alles andere wäre patriarchale Bevormundung.

Ohne Social Freezing hingegen werden Menschen dazu angehalten, entweder bereits in jungen Jahren Eltern zu werden oder aufgrund sinkender Fruchtbarkeit bzw. Ei- /Samenzellenqualität im „höheren“ Alter nur schwer oder sogar gar keine Kinder mehr bekommen zu können. Das sogenannte Social Freezing, also Einfrieren von Ei- und Samenzellen ohne medizinischen Grund, ist in zahlreichen europäischen Ländern möglich, nicht aber in Österreich. Nur das Einfrieren von Samenzellen ist in Österreich uneingeschränkt erlaubt - für das Einfrieren von Eizellen muss ein triftiger medizinischer Grund vorliegen. Dazu kommen noch die finanziellen Hürden, welche sowohl beim Social Freezing als auch bei medizinisch indizierter Kryokonservierung (z.B. bei einer Krebsdiagnose) gestemmt werden müssen.

Der ganze Diskurs um Selbstbestimmung und Fruchtbarkeit basiert zusätzlich auf zahlreichen Ärzt\*innen, die durch veraltetes oder fehlendes Wissen besonders Frauen\* falsch (bzw. aufgrund veralteter Informationen) beraten oder ihnen eine mündige Entscheidung über den eigenen Körper absprechen. Egal ob Mythen rund um die Spirale, fehlende Aufklärung über Nebenwirkungen der Pille oder eben das Beschämen und Bevormunden von Menschen, die schon im jungen Alter wissen, dass sie keine oder erst später Kinder haben wollen - als sozialdemokratische Organisation wissen wir, was gegen diese Probleme hilft: Bildung, Bildung, Bildung!

## Gesundheit

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Social Freezing soll gesetzlich möglich werden, sowohl für Eizellen als auch für Samenzellen.
- Sterilisation soll ab 18 Jahren sowohl für Frauen\* als auch für Männer\* ermöglicht werden.
- Für Social Freezing und Sterilisation soll eine umfassende Aufklärungs- und Bewusstseinskampagne ausgerollt werden, speziell auch für Ärzt\*innen.
- Staatliche Förderangebote für den Bereich der künstlichen Befruchtung (von der Eizellenentnahme, Kryokonservierung von Eizellen & Spermien, Insemination und dem Wiedereinsatz) – Kinderwunsch darf kein finanzielles Privileg sein!
- Kostenlose Kryokonservierung von Ei- und Samenzellen für Krebspatient\*innen.

### **Empfehlung der Antragskommission: Zuweisung - Arbeitsgruppe „Feministische Gesundheitspolitik“**

Beschluss der Konferenz

### **Zuweisung - Arbeitsgruppe „Feministische Gesundheitspolitik“**



## Antrag 21

## Frauenspezifische Mehrkosten abfangen und den Zugang zu Monatshygieneprodukten verbessern

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Auf Grund ihres Geschlechts sehen sich Frauen in vielen Bereichen mit höheren Kosten konfrontiert als Männer. Neben dem Mehrpreis, der bei speziell für Frauen angebotenen Produkten und Dienstleistungen gegenüber gleichartigen Produkten und Dienstleistungen für Männer verlangt wird (die sogenannte „Pink Tax“ oder auch „Gender Pricing“ genannt), fallen vor allem die Kosten für Monatshygieneprodukte und Verhütung für Frauen ins Gewicht.

Einer Schätzung zufolge geben Frauen in Österreich pro Zyklus ca. 5 bis 10 Euro für Monatshygieneprodukte aus. Das sind zwischen 60 und 120 Euro pro Jahr. Auf ein Leben gerechnet sind das Mehrkosten in der Höhe von 3.000 bis 6.000 Euro.

Auch Verhütung ist für Frauen ein relevanter Kostenfaktor. Weil es abgesehen vom Kondom kaum Verhütungsmethoden für den Mann gibt, ist Verhütung oftmals Frauensache. Während potenzsteigernde Mittel wie Viagra mit nur 10 % besteuert werden, gilt die Antibabypille als Medizinprodukt und wird mit 20 % besteuert. Auch das Einsetzen einer Kupfer- oder Hormonspirale ist mit etwa 500 Euro sehr kostspielig; die Pille kostet je nach Präparat 4 bis 15 Euro pro Monat.

Schätzungen zu Folge geben Frauen in Österreich im Lauf ihres Lebens für Verhütung, Tampons, Binden, Slipeinlagen und Schmerzmittel rund 10.000 Euro aus. Auf Grund der Mehrkosten ist nicht nur der Zugang zu Monatshygieneprodukten und Verhütungsmitteln für viele Frauen problematisch; neben dem finanziellen Aspekt muss auch die Wissensvermittlung über die unterschiedlichen Arten und Möglichkeiten der Monatshygiene sowie der verschiedenen Verhütungsmethoden in den Schulen stärker forciert werden.

Die SPÖ-Frauen Kärnten ersuchen im Rahmen der Bundesfrauenkonferenz die Bundesregierung möge sich dafür einsetzen, frauenspezifische Mehrkosten in adäquater Weise abzufangen und dadurch die finanzielle Mehrbelastung von Frauen zu senken, sowie den Zugang zu Monatshygieneprodukten als auch den Umgang damit zu verbessern durch:

- Setzung von Maßnahmen, die ungerechtfertigte Preisunterschiede gleichartiger Hygieneprodukte für Frauen beseitigen (Pink Tax)
- Senkung bzw. Angleichung der Steuern auf Verhütungsmittel auf 10 %, wie bei potenzfördernden Mitteln
- Kostenlose Bereitstellung von Monatshygieneprodukten an öffentlichen Orten Bildung und Wissensvermittlung über Monatshygiene und Verhütungsmethoden an den Schulen – im Sinne der Gleichstellung – verbessern.

### Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

### Annahme

# Geschlechterspezifische Medizin

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Lange Zeit war nicht nur das allgemeine Weltbild männlich dominiert, auch in der Medizin diente der Mann als Prototyp des Menschen. Das medizinische Wissen hinsichtlich Krankheitsbilder, Diagnose und Therapie orientierte sich an diesem einen Modell: 35 Jahre alt, 80 kg, weiß, männlich. Die geschlechterspezifische Medizin befasst sich mit beidem – mit Männern und Frauen. So lassen sich Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten feststellen. Unterschiede zwischen Männern und Frauen ziehen sich durch das gesamte medizinische Spektrum – von Gesundheitsverhalten und Prävention über Symptome, Krankheitsverlauf und Diagnose bis zu Therapie und Rehabilitation. Als ganzheitlicher Ansatz beschäftigt sich die Geschlechterspezifische Medizin mit allen Organen und Krankheitsbildern.

Herz-Kreislaufkrankungen, Depressionen, akute Infektionen und Entzündungen, Leber-, Nieren-, aber auch Schilddrüsenerkrankungen sowie Schlaganfälle – um nur einige zu nennen – bei denen geschlechtsspezifische Unterschiede eine entscheidende Rolle spielen. Ebenso an Medikamentenstudien sind meist lediglich 25 bis 30 Prozent der teilnehmenden Personen weiblich – und dies auch erst seit ein paar Jahren. Zyklusbedingte Hormonschwankungen, Verhütungsmittel und die Wechseljahre werden als Störfaktoren angesehen.

Langsam sickert das Wissen in den medizinischen Alltag, dennoch findet sich dieses wichtige Thema bis heute noch immer nicht in der ärztlichen Ausbildung wieder. Daher muss sichergestellt werden, dass geschlechterspezifische Medizin österreichweit in den Lehrplan und als Pflichtfach im Medizinstudium aufgenommen wird, denn geschlechterspezifische Medizin kann Leben retten. Ebenso müssen für Ärzt\*innen österreichweit adäquate Fort- und Weiterbildungsangebote sichergestellt und überall angeboten werden.

## Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Geschlechterspezifische Medizin österreichweit in den Lehrplan und als Pflichtfach im Medizinstudium aufzunehmen.
- Österreichweit adäquate Fort- und Weiterbildung für Ärzt\*innen

## Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

## Antrag 23

# Gendermedizin muss zur Norm werden

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Oberösterreich

Frauen sind durch wirtschaftliche und soziale Krisen, wie sich auch in der aktuellen Pandemie zeigt, hinsichtlich finanzieller, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Faktoren stärker als Männer betroffen. Insbesondere in der Medizin zeigt sich eine starke Ungleichheit. Medikamente und medizinische Behandlungen werden überwiegend für Männer erforscht und getestet. Zahlreiche Studien zeigen, dass Frauen weitreichend schlechter medizinisch versorgt werden wie Männer. Das Männliche wird zur menschlichen Norm und bildet die Grundlage für Forschung, Behandlung und Therapiemöglichkeiten. Frauen werden in der Medizin systematisch ignoriert: an der männlichen Zelle und am männlichen Tier orientiert sich die gesamte Grundlagenforschung. Dabei ist längst erwiesen, dass Frauen und Männer medizinisch unterschiedlich zu erforschen und zu behandeln sind.

Für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung muss sich die Medizin auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen ausrichten. Auch in hoch entwickelten und modernen Gesundheitssystemen wie dem österreichischen werden aufgrund der männerorientierten Medizin Krankheiten bei Frauen oft spät oder gar falsch diagnostiziert sowie Schmerzen und andere Beschwerden nicht ernst genommen.

## Gendermedizin rettet Leben

Gendermedizin ist keine neue Wissenschaft, die WHO - Weltgesundheitsorganisation hat bereits in den 1980er Jahren eine Empfehlung herausgegeben, geschlechtsspezifische Gesundheitsvorsorge zu entwickeln, ebenso hat eine amerikanische Ärztin in diesem Jahrzehnt ihre Forschungsergebnisse zu den Herzinfarktsymptomen bei Frauen publiziert und 1992 wurde das erste Frauengesundheitszentrum in Wien eröffnet. Obwohl wir heute wissen, dass sich Krankheiten bei Frauen und Männern viel unterschiedlicher äußern, als lange Zeit angenommen wurde. Auch die Wirkung von Medikamenten variiert je nach Geschlecht, wird der Gendermedizin immer noch zu wenig Wichtigkeit zugeschrieben. Sogar Medikamente werden nur an Männern getestet und wir wissen nicht, wie die Medikamente bei Frauen wirken oder welche eventuellen Nebenwirkungen es gibt. Auch wenn Frauen einen Herzinfarkt erleiden, zeigen sie meist andere und oft weniger deutliche Symptome. Herzinfarkte können sich bei Frauen durch unspezifische Symptome äußern, wodurch er erst gar nicht oder oft zu spät erkannt wird. Laut einer Schweizer Studie werden Frauen im Durchschnitt wertvolle 45 Minuten später als Männer in die Klinik eingeliefert. Das führt dazu, dass sie dann bereits in einem schlechten Zustand sind, später auf dem OP-Tisch landen und im Fall der Fälle länger auf der Intensivstation liegen. Der stechende Brustschmerz, der in den linken Arm ausstrahlt, bleibt bei Frauen oft aus. Stattdessen klagen sie häufig über Übelkeit. Ein Symptom, das aber auch Ärzt\*innen nicht gleich mit einem Herzinfarkt in Verbindung bringen würden. In den 1990ern wurde Aspirin zum weltweit meistverkauften Medikament, wobei es bis zu diesem Zeitpunkt an keiner einzigen Frau getestet worden war. Das Medikament Nr.1 um das Risiko für Herzinfarkte zu verringern, Aspirin, wirkt bei Frauen allerdings anders und kann zu schweren Nebenwirkungen führen.

## Gendermedizin verkürzt das Leiden

So wie es unterschiedliche Symptome von Frauen und Männern gibt, gibt es auch „typische“ Frauenerkrankungen, wie zum Beispiel Endometriose. In unserer Gesellschaft wird vermittelt, dass Schmerzen während der Regelblutung einerseits völlig normal sind und andererseits wird suggeriert, man übertreibe. Immer wieder müssen Betroffene von Endometriose erleben, dass sie nicht ernst genommen werden, weil Frauenkörper immer noch tabuisiert werden. Um die Erkrankung tausender Frauen früher zu erkennen, zu behandeln und das Leiden der Betroffenen zu verkürzen braucht es dringend mehr Aufklärung und Forschung über eine der meist verbreitetsten Frauenkrankheiten.

### Soziokulturelle Aspekte

Hinzu kommen gesellschaftsbedingte Faktoren. So waren und sind Frauen in unserer Gesellschaft dem Mann nicht gleichgestellt. Viele Hürden sind auch heute noch sichtbar. Es braucht neben der Forschung auch soziale Aspekte wie die Entlastung durch Kinderbetreuung und die faire Aufteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern. Ziel der Gendermedizin ist die gerechte Behandlung von Mann und Frau, so dass jeder Mensch die medizinische Versorgung bekommt, die er geschlechtsspezifisch benötigt - von sozialen Aspekten, Vorsorge über Diagnose von Symptomen und Krankheitsverlauf bis hin zur Therapie. Frauengesundheit ist ein intersektionales Thema und muss auch als solches erforscht werden. Der Bildungsstand, Arbeitssituationen, Migrationshintergrund, Sprach- und Systembarrieren, sowie zunehmendes Alter, haben enorme Auswirkungen auf die medizinische Versorgung und Gesundheit von Frauen. Frauen brauchen in vielerlei Hinsicht eine eigene Medizin, die umfassend gedacht werden muss. Sowohl im Medizinstudium als auch in der Forschung muss Gendermedizin zum Schwerpunktthema werden. Gendermedizin soll künftig ein fester Bestandteil medizinischer Ausbildung sein. Sämtliche medizinische Lehrbücher müssen genderspezifische Unterschiede der Symptomatik von Krankheiten thematisieren. Gendermedizin muss zur Norm werden, damit keine Frau mehr sterben muss, nur weil sie kein Mann ist. Geschlechterspezifische Forschung ist dringend notwendig, denn dadurch ist eine verbesserte Gesundheitsförderung, Prävention und Krankheitsbehandlung für beide Geschlechter möglich.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Expert\*innen für Gender Medizin sollen Vorschläge erarbeiten, die Gender Medizin in der Aus-, Fort- und Weiterbildung in den medizinischen Berufen gewährleisten und in Weiterbildungen wie in Erste-Hilfe-Kursen mitberücksichtigt werden.
- Gendermedizin soll künftig ein fester Bestandteil medizinischer Ausbildung sein. Sämtliche medizinische Lehrbücher müssen genderspezifische Unterschiede der Symptomatik von Krankheiten thematisieren
- Einrichtung verpflichtender Lehrstühle an allen medizinischen Fakultäten
- Umsetzung des bundesweiten Aktionsplans Frauengesundheit. Dieser umfasst etwa 40 Maßnahmen, die Frauengesundheit auf unterschiedlichen Ebenen fördern sollen.
- Die Versorgungsleistungen der Krankenkassen müssen gendergerecht gestaltet werden.
- Durch Kampagnen soll der Wissensstand in der Bevölkerung zu frauenspezifischen Krankheiten verbessert werden.
- Bei medizinischen Diagnoseverfahren müssen geschlechtsspezifische Unterschiede stärker beachtet werden.

### Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

### Annahme

## Antrag 24

# Wir bluten aus! Frau sein darf nicht arm machen

Eingebracht von: Sozialistische Jugend Österreich

3400 Euro gibt jede Frau\* (bzw. menstruierende Person) durchschnittlich in ihrem Leben aus, für Menstruationsartikel und Produkte, die direkt mit der Periode zusammenhängen, also etwa Schmerzmittel oder Wärmepflaster. Diese Kosten sind de facto unvermeidbar und eine finanzielle Mehrbelastung für Frauen\*.

Von Periodenarmut spricht man dann, wenn diese Kosten dazu führen, dass soziale Einschränkungen auf einem gewissen Level notwendig sind (z.B. der Verzicht einer Schülerin\* auf einen Kinobesuch mit Freund\*innen), um sich Menstruationsartikel leisten zu können. Der Begriff der Periodenarmut wird momentan noch von Aktivist\*innen und NGOs geprägt und hat bisher nicht die notwendige wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Das Phänomen ist gerade bei jungen Frauen\* bekannt, die während ihrer Periode oftmals dem Schulunterricht fern bleiben müssen, da sie sich keine Menstruationsartikel leisten können. Periodenarmut ist auch in Österreich ein verbreitetes Problem und ist eine geschlechtsspezifische Komponente von Armut im Allgemeinen. Rund 14% der österreichischen Bevölkerung gilt als arm oder armutsgefährdet. Der Anteil von Frauen\* überwiegt hier (501.000 Frauen zu 430.000 Männer in absoluten Zahlen bei Personen ab 18 Jahren).

Für Frauen\* bedeutet der natürliche Vorgang der Menstruation somit eine zusätzliche geschlechtsspezifische finanzielle Belastung. Auch für Jugendliche sind die Kosten für Menstruationsartikel eine echte Belastung. Jedes fünfte Kind in Österreich lebt in Armut oder ist armutsgefährdet. Besonders für jene Jugendlichen kann die Monatsblutung daher zu einer echten finanziellen Belastung werden - besonders in Zeiten der Teuerung. In Ländern des globalen Südens ist die Situation noch drastischer: Frauen\* können aufgrund der Periodenarmutssituation an zwanzig Prozent der Unterrichtseinheiten nicht teilnehmen. In Indien verpassen rund 40% der Schülerinnen\* rund 3 Schultage pro Monat aufgrund ihrer Monatsblutung. Zudem müssen viele Frauen\*, die sich keine notwendigen Hygieneartikel leisten können, auf beispielsweise unreine Tücher oder Socken zurückgreifen, was Infektionen und Krankheiten verursachen kann.

Keine Frau\* sucht sich aus, ob sie blutet oder nicht. Genauso wie es auf allen Klos etwa Klopapier und Seife gibt, um die hygienischen Grundbedürfnisse zu decken, sollten auch Menstruationsprodukte zur Verfügung gestellt werden. In Wien und im Burgenland gibt es bereits die Möglichkeit, kostenfrei an Menstruationsartikel zu kommen. In Schottland sind solche Produkte bereits an allen Schulen zugänglich. Periodenarmut ist bekämpfbar, wenn der politische Wille dazu besteht!

## Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Gratis Menstruationsartikel an allen öffentlichen Orten, an denen sich Frauen\* aufhalten: Schulen, Lehrstellen, Museen, etc.
- Eine Ausweitung der Pilotprojekte für kostenlose Menstruationsartikel auf das gesamte Bundesgebiet - das Tabu um Menstruation brechen
- Bessere Bildungsarbeit und Aufklärung über das Thema!

## Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

## Annahme

# Kostenloser HPV-Test zur Krebsfrüherkennung

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Tirol

Krebs gehört zu den häufigsten Todesursachen weltweit. Das Risiko für Frauen und Männer unterscheidet sich dabei sehr stark. Aktuellen Studien zufolge gibt es bei Frauen großen Nachholbedarf, was Früherkennung und Therapie betrifft, wie das medizinische Fachmagazin „The Lancet“ aktuell im September 2023 berichtet. „2,3 Mio. Frauen sterben zu früh“, titelt ORF-Science am 27.9.2023 und ortet Verbesserungsbedarf bei der Krebsvorsorge für Frauen.

Rund ein Viertel der Krebserkrankungen ist auf Infektionen zurückzuführen. Das betrifft unter anderem HPV (Humane Papillomaviren). Seit dem Jahr 2022 ist in Österreich eine kostenlose Impfung bis zum 21. Geburtstag möglich, die zahlreichen Krebserkrankungen vorbeugen kann. In Österreich ist bislang allerdings nur jede 2. Frau geimpft. Diskutiert wird außerdem, ob eine Impfung auch bei mit HPV-infizierten Personen der Krebsprävention dienen könnte.

Mediziner\*innen sprechen sich zudem für eine standardmäßige Testung auf eine HPV-Infektion aus. Dies sei ab dem 30. Lebensjahr alle drei bis fünf Jahre sinnvoll und würde eine erheblich bessere Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs ermöglichen als der gängige PAP-Abstrich.

„Ein Überblick über die vorhandene internationale Evidenz belegt jedoch eindrucksvoll, dass ein HPV-Test in der Detektion von Krebsvorstufen um über 50% sensitiver als ein vergleichbarer PAP-Test sein kann“, so das Austrian Institute for Health Technologie.

Die österreichische Krebshilfe empfiehlt zur Gebärmutterhalskrebs-Früherkennung für Frauen ab dem 30. Lebensjahr zumindest alle drei Jahre einen gültigen HPV-Test. Dies gilt für HPV-geimpfte und nicht HPV-geimpfte Frauen. Dabei soll eine Doppeltestung vermieden werden, d. h. Krebsabstrich und HPV-Test sollen abwechselnd vorgenommen werden.

Aktuell ist ein solcher Test (Ausnahmen gibt es nur im Verdachtsfall) privat zu bezahlen. Die Kosten belaufen sich auf rund 50,- bis 100,- Euro. In Deutschland sind diese Tests kostenfrei möglich (alle drei Jahre ab einem Alter von 30 Jahren).

1 Vgl.: Krebs: 2,3 Mio. Frauen pro Jahr sterben zu früh - science.ORF.at

2 Vgl.: AIHTA - Zervixkarzinom Prävention: Implementierung eines HPV-Screening-Tests in die Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs

3 Vgl.: Empfehlungen für Männer & Frauen - Österreichische Krebshilfe Österreich zählt zu den wenigen Ländern der EU, in denen ein opportunistisches System, angewendet wird. Das heißt, es beruht auf Eigeninitiative der Frau bzw. des behandelnden Arztes/der behandelnden Ärztin.

## Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Im Sinne der Krebsprävention ist ein HPV-Test für alle Frauen ab dem 21. Lebensjahr zumindest alle drei Jahre kostenlos bzw. auf Kosten der Krankenkasse anzubieten.
- Frauen sollen aktiv über dieses Angebot informiert werden.
- Da meist Männer Überträger des Virus sind, soll ein HPV-Test für Männer entwickelt und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

## Empfehlung der Antragskommission: Annahme

### Annahme



## Resolution

**#GesundheitNEUDENKEN**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Gesundheit ist die kleinste Einheit des menschlichen Wohlbefindens. Sobald die Gesundheit durch eine Krankheit oder Umweltereignisse bedroht ist, zeigt sich die Vulnerabilität jedes\*jeder Einzelnen. Gesundheit ist für uns, als Erb\*innen von Victor Adler, der Ausgangspunkt für den steten Einsatz nach der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen.

Wir leben in einem der besten Gesundheitssysteme weltweit. Unsere Gesundheitspolitik schreckt vor niedrigeren Einkommen nicht zurück und der stete Kampf gegen die zunehmende Klassenmedizin wird von uns Sozialdemokrat\*innen konstant geführt. Aber dieser Satz von einem der besten Gesundheitssysteme wird in der Zukunft nur dann weiterhin Gültigkeit haben, wenn wir unser System auch weiterentwickeln, auf Fehlentwicklungen reagieren und mutig den Fortschritt wagen.

Leider wird das Ende unseres guten Gesundheitssystems dauerhaft und medienwirksam von neoliberalen Hetzmeistern prophezeit. Die häufigsten genannten Ursachen sind:

- Zunahme des Lebensalters
- Zunahme der chronischen Erkrankungen
- Hohe Kosten für neue Therapien

Wir müssen das Vorhaben der Populist\*innen, mit dem Thema Gesundheit auf niederträchtige Art und Weise die tiefsten Ängste der Menschen zu schüren, unbedingt entlarven. Ihre Argumentationen führen zu nichts anderem als einem Generationenkonflikt, einer „Schuld-Debatte“ bei chronischen Erkrankungen, sowie einer Infragestellung des Zugangs zu lebensnotwendigen Therapien, sowie zu einem Verteilungskampf zwischen denen, die es sich ohnehin leisten können und jenen die am Existenzminimum leben.

Des Weiteren wird mit der geschürten Angst der Boden für schlechte Politik bereitet und katastrophale Maßnahmen, wie die Zusammenlegung der Krankenkassen, können durchgesetzt werden, Selbstbehalte sind plötzlich denkbar, der Ökonomisierung von Gesundheit wird Tür und Tor geöffnet. Wir haben uns in Wien stark gegen diese Art der Argumentation gestellt und müssen dies auch weiterhin tun! Auch in Bezug auf Gesundheitserhaltung, Krankheitsversorgung und Betreuung hat Wien zahlreiche und innovative Angebote. Dennoch muss eingesehen werden, dass einige Ressourcen besser gebündelt, verteilt, organisiert oder angeboten werden müssten. Oftmals denken auch wir nur in den Grenzen des bestehenden Systems, anstatt die historische Rolle der Sozialdemokratie, Systeme als Vorreiterin neu zu denken, fortzuführen.

In Bezug auf Gesundheit sehen wir einen (raschen) Wandel der Bedürfnisse der Menschen. Die Zeit bis der\*die Betroffene die richtige Behandlung, zum richtigen Zeitpunkt, von der richtigen Expert\*in erhält, ist häufig zu lange. Patient\*innen aber auch Mitarbeiter\*innen des Gesundheitswesens durchblicken den Dschungel an Angeboten immer weniger, überlastetes Spitalspersonal kann die Leistung, die sie erbringen wollen, nicht mehr erbringen, notwendige Lebensstilmodifikationsmaßnahmen werden für manche Menschen unerreichbar. Das in sich enorm verworrene System, das Gesundheitspolitik mit all den Stakeholdern und den hochkomplexen Finanzierungsströmen die Leistungserbringung steuert, ist unter Umständen für die Herausforderung moderner Gesundheitsversorgung in Großstädten wie Wien, nicht mehr das richtige. Eine Debatte ob die Trennung zwischen Spitals- und niedergelassenem Bereich und deren immer mehr verschwimmenden Zuständigkeiten noch sinnvoll ist, muss vorurteilsfrei geführt werden, auch über das Projekt der Primärversorgungszentren hinaus.

Denn Realität heute ist auch, dass eine Angestellte im Einzelhandel nur mehr schwer für einen Besuch beim Hausarzt ihren Arbeitsplatz während der Arbeitszeit verlassen kann. Das Angebot zu Tagesrand- und Wochenendzeiten im niedergelassenen Bereich ist jedoch verschwindend gering. Damit bleibt vielen Men-

## **Gesundheit**

schen in Wien nur mehr der Gang in eine Notaufnahme oder Ambulanz, wo sie im Gesundheitssystem ein Vielfaches an Kosten verursachen und eigentlich in der völlig falschen Versorgungsstufe landen. Für nachhaltige Reformen braucht es auch eine Diskussion über die Aufteilung der Zuständigkeiten, die Art der Finanzierung in Bezug auf deren Komplexität, sowie die inhaltliche Schwerpunktsetzung unserer Gesundheitsversorgung - und das ohne Vorbehalte.

Um der populistisch geführten Debatte um Gesundheit und dem Gesundheitssystem stark entgegen zu treten, müssen wir Gesundheit neu erzählen und nicht vor Überlegungen echter Systemveränderungen zurückschrecken.

So kann es gelingen, eine positive Auseinandersetzung mit der Sammlung von positiven Beispielen, Best-Practice-Modellen und neuen Ansätzen ins Leben zu rufen und der Angstmacherei von Kurz und Co. selbstbewusst entgegenzutreten.

Das Narrativ unserer Gesundheitspolitik, im Sinne der besten sozialdemokratischen Politik muss (wieder) nachvollziehbar sein! Den ersten Schritt hierfür müssen wir bei uns selbst machen - trauen wir uns Gesundheit neu zu denken.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**



## Antrag 26

# Ambulante Rehabilitationsplätze sichern Frauengesundheit!

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Frauen werden zwar älter als Männer, verbringen aber weniger Anteil ihrer Lebenszeit in Gesundheit. Daher haben Frauen weltweit weniger gesunde Lebensjahre. Die Ursachen hierfür sind zahlreich und müssen wissenschaftlich untersucht, medizinisch behandelt und politisch gelöst werden.

Die Zahlen zu Frauen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, wie Bluthochdruck, Herzinfarkt oder chronische Herzschwäche sind mittlerweile Dank Gendermedizin immer mehr bekannt. Frauen sind von diesen häufiger betroffen als Männer, aber der Zeitraum bis sie den „Best-Point-of-Care“ erreichen, ist vergleichsweise länger. Daher ist die Sterblichkeit bei herzkranken Frauen nach wie vor erhöht. Eine weitere Ursache ist, dass Frauen nach einem akuten Ereignis häufig die wichtige Nachbehandlung (Rehabilitation) nicht wahrnehmen (können). Als häufiger Grund werden hier Betreuungspflichten genannt. So kommen die Frauen um die so wichtige „Zeit des Genesens“, wie sie im Rahmen einer Rehabilitation möglich ist. Zweifelsohne benötigt die Umstellung des Lebensstils bei Risikoverhalten, aber auch die psychische Rehabilitation und der Neu-Entwurf des Selbst nach einem akuten Ereignis nicht nur, aber besonders, in einer Lebensrealität mit Doppel- bis Vierfachbelastung, Zeit. Diese kann im Rahmen einer Rehabilitation sichergestellt werden. Können Frauen diese Zeit nicht in Anspruch nehmen, wird ihnen die Möglichkeit zur langfristigen Verbesserung genommen.

Um den Anteil an Frauen, die nach einem akuten Ereignis, wie Herzinfarkt, Schlaganfall oder Unfall eine Rehabilitation wahrnehmen, zu erhöhen, sind die Angebote an die Realität von den Betroffenen anzupassen.

## Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Anzahl von Frauen, welche eine Rehabilitation nach einer schweren Krankheit in Anspruch nehmen können, soll erhöht werden.
- Das Angebot von ambulanter Rehabilitation soll ausgebaut werden.
- Die Information über diese Möglichkeit soll verbessert werden, und den Patientinnen aktiv angeboten werden.

## Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

# Gratis-HPV Impfung für alle

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

## Was ist HPV?

Es gibt mehr als 120 Humane Papillomavirus-Typen, die bei Menschen Krebsvorstufen, Krebs sowie Genitalwarzen verursachen können. Diese Viren werden durch direkten Schleimhautkontakt übertragen wie bei sexuellen Kontakten oder manchmal auch während der vaginalen Geburt von der Mutter auf das Kind.

Circa 80% aller Menschen weltweit werden im Laufe ihres Lebens mit genitalen HPV infiziert, denn auch Kondome bieten keinen sicheren Schutz vor einer Ansteckung.

Eine der schwerwiegendsten möglichen Folgen bei einer Ansteckung mit sogenannten „Hochrisiko-Typen“ von HPV ist bei Frauen der Gebärmutterhalskrebs. Diese HPV-Typen sind für ca. 90% aller Fälle von Gebärmutterhalskrebs verantwortlich. Gleichzeitig ist das die dritthäufigste krebsbedingte Todesursache bei Frauen weltweit.

Circa 400 Frauen erkranken allein in Österreich jährlich an Gebärmutterhalskrebs, in den letzten 10 erfassten Jahren (2008 - 2018) sind 1611 Frauen an Gebärmutterhalskrebs gestorben.

## Was kann die HPV-Impfung?

Alle Geschlechter sind von Erkrankungen durch HPV betroffen, für Frauen ist das Risiko einer Krebserkrankung jedoch um einiges höher. Zur Unterbrechung der Infektionskette in der Bevölkerung ist die Impfung von Personen jeden Geschlechts wichtig. Die Impfung senkt das Risiko für Genitalwarzen und Gebärmutterhalskrebs um bis zu 90 % und auch das Risiko für Krebs an Rachen, Kehlkopf, Scheide, Anus und Penis wird deutlich gesenkt.

Die Impfung gegen Humane Papillomaviren schützt vor jenen Virustypen, die die genannten Erkrankungen am häufigsten verursachen und ist momentan in Österreich für alle Personen bis zum vollendeten 30. Lebensjahr empfohlen, danach optional.

Die größte Wirksamkeit hat die Impfung vor Aufnahme von sexuellen Aktivitäten, doch auch bereits sexuell aktive Personen können von der Impfung profitieren und dazu beitragen, dass die Infektionskette unterbrochen wird.

## Aktuelle Lage in Österreich

Seit dem Jahr 2023 ist die HPV Impfung bis zum 21. Lebensjahr gratis. Danach müssen die Kosten für die Impfung selbst getragen werden, diese sind für viele Personen zu teuer und nicht leistbar.

Zeitgemäße Medizin muss präventiv sein und allen Menschen die gleiche Chance auf ein gesundes Leben ermöglichen. Eine kostenfreie Impfmöglichkeit verhindert einerseits die immens hohen Kosten der verhinderbaren Krebsbehandlungen und ihrer Nachbehandlung, erspart Frauen aber auch die gravierenden körperlichen und psychischen Folgen der Diagnose und der angewandten Therapien.

Hinzu kommt, dass das Wissen über die Möglichkeit einer Impfung auch im Erwachsenenalter nicht sehr verbreitet ist. Vor allem Männer sind sich zum Großteil nicht darüber im Klaren, dass auch sie HPV bekommen und übertragen können, wenn sie nicht geimpft sind. Männer können sich durch eine Immunisierung nicht nur selber, sondern auch ihre Geschlechtspartner\*innen schützen.

Daher braucht es eine Informationskampagne, in der sowohl über die HPV-Impfung, als auch über Vorbeugungsuntersuchungen wie den PAP-Abstrich, auch Krebsabstrich genannt, aufgeklärt wird. Hier wird schmerz-

los Gewebe vom Muttermund und dem Gebärmutterhals entnommen und auf Zellveränderungen untersucht. So kann man Auffälligkeiten früh erkennen und Schlimmeres verhindern. Der Abstrich selbst soll nicht in der Schule selbst stattfinden, sondern lediglich die Information darüber ausgegeben werden.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Kostenlose HPV-Impfung für alle Personen in Österreich.
- Österreichweite Aufklärungskampagnen, die über die HPV-Impfung in Kombination mit regelmäßigen Vorbeugeuntersuchungen (z.B. PAP-Abstrich) sowohl in Schulen, als auch in Jugendzentren und medizinischen Einrichtungen, informiert. Auch die Stadt Wien soll durch Informationskampagnen mehr Bewusstsein schaffen.
- Ein Schwerpunkt muss auf der Aufklärung von Jungen\* und Männern\* liegen, um Infektionsketten effektiv stoppen zu können.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

Antrag 28

## **Beratungsgespräche dürfen keine Hürde für Schwangerschaftsabbrüche sein!**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Eine Schwangerschaft zu beenden ist eine sehr persönliche Entscheidung, bei der außer der Person, die es betrifft, niemand anders mitbestimmen sollte. Auch die aktuelle gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch sieht dies so vor, denn es gibt in Österreich – im Gegensatz zu anderen Ländern – keine vorgeschriebene Wartezeit, die vor einem Abbruch verstreichen muss und auch kein verpflichtendes Beratungsgespräch, das dem Abbruch vorausgehen muss.

Trotzdem gibt es Anbieter\*innen von Schwangerschaftsabbrüchen, die nur dann einen Abbruch durchführen, wenn zuvor ein Beratungsgespräch stattfindet und zwischen diesem Gespräch und dem tatsächlichen Abbruch eine bestimmte Anzahl an Tagen verstreicht. Dies erschwert den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, denn mehrere Termine wahrnehmen zu müssen bedeutet einen zeitlichen und oftmals auch einen ökonomischen Aufwand, wenn man beispielsweise an die Anfahrt denkt. Oft sind es leider die günstigeren Anbieter\*innen von Schwangerschaftsabbrüchen, bei denen man nur einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen kann, wenn man im Vorhinein ein Beratungsgespräch führt.

Da es keine Vorgaben gibt, wer dieses Gespräch anleitet, kann die Fachkompetenz des Personals nicht garantiert werden und eine Einflussnahme auf diese persönliche Entscheidung nicht ausgeschlossen werden. Eine Beratung, die von den Anbieter\*innen vorgeschaltet wird, ist nicht notwendig, denn ein Schwangerschaftsabbruch ist eine Entscheidung, die man niemandem erklären muss. Verpflichtende Beratungsgespräche vor einem Schwangerschaftsabbruch stellen Hürden und Schikanen für Personen dar, die das Recht der Freiheit auf den eigenen Körper in Anspruch nehmen.

Da eine Beratung aber durchaus sinnvoll sein kann, ist die Bereitstellung von angemessener und niederschwelliger Beratung und psychologischer Betreuung essenziell. Hierbei geht es selbstverständlich um die Möglichkeit, diese freiwillig in Anspruch zu nehmen. Diese sollte sowohl vor als auch nach dem Schwangerschaftsabbruch kostenfrei in Anspruch genommen werden können.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Das Beratungsgespräch vor einer Abtreibung darf nicht dazu dienen, Betroffene bei ihrer Entscheidung zu verunsichern. Die Selbstbestimmung der Frau über ihren eigenen Körper steht an erster Stelle.
- Dabei soll ein rein medizinisches Aufklärungsgespräch unmittelbar vor dem Eingriff stattfinden. Dieses Gespräch darf keine moralische Beeinflussung sein.
- Die Sicherstellung von kostenfreier, freiwilliger psychologischer oder therapeutischer Begleitung vor und nach einem Schwangerschaftsabbruch.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

## Antrag 29

# Reproduktive Rechte schützen - die Netzwerke der Abtreibungsgegner\*innen zerschlagen!

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Das letzte Jahr war kein einfaches für Frauenrechte. Nicht erst durch die Aufhebung des Urteils „Roe vs. Wade“ durch den Supreme Court der Vereinigten Staaten wurde klar, dass all die Fortschritte, die frauenpolitisch erkämpft wurden, immer und immer wieder auf dem Spiel stehen, wenn konservative Mehrheiten gebildet werden. Nicht nur in den USA, sondern auch innerhalb Europas wird der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen immer mehr Frauen verwehrt. Der Zugang zu diesen ist quer über den Kontinent äußerst prekär. Immer mehr Beispiele zeigen, welche fatalen Auswirkungen diese Politik auf Frauenleben haben kann.

In Österreich greifen konservative Kräfte immer wieder die hart erkämpfte Fristenlösung an – 2019 etwa in Form der Bürger\*inneninitiative #Fairändern, die von ÖVP und FPÖ unterstützt wurde und seitdem weiterhin gegen die Anerkennung von Schwangerschaftsabbrüchen als Gesundheitsleistung lobbyiert. Christlich-fundamentalistische Gruppen wie „Aktion Leben“, die sich gegen feministische Forderungen für einen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen stellen, werden sogar von öffentlicher Hand finanziert und tragen ihre Agenda in Form von „Sexualpädagogik-Workshops“ in Schulen hinein. Jedes Jahr treffen sich Abtreibungsgegner\*innen in Wien und organisieren den „Marsch für's Leben“. Ihr Ziel ist dafür zu sorgen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen schlechter oder sogar stärker unter Strafe gestellt wird. Außerdem kämpfen sie gegen die Rechte der LGBTIQ-Community und die Selbstbestimmung von Frauen.

Bekannte Gesichter von „Aktion Leben“ sind ÖVP-Nationalratsabgeordnete wie Gudrun Kugler und Norbert Sieber. Auch der Österreichische Cartellverband (ÖCV) unterstützt den „Marsch für's Leben“. Der ÖCV ist ein Dachverband der katholischen Studentenverbindungen und ist mit der ÖVP eng verbunden. Radikal christliche Aktivist\*innen sind also gut vernetzt mit dem kirchlichen Teil der ÖVP, der auch im Parlament vertreten ist.

## Das internationale Netzwerk der Abtreibungsgegner\*innen

Hinter dem Netzwerk der Abtreibungsgegner\*innen stecken Unmengen an Geld – finanziert wird die erzkonservative Lobby von einflussreichen (religiösen) Stiftungen und Privatpersonen, wie ein Bericht des EPF (2021), des Parlamentarischen Forums für Bevölkerung und Entwicklung, zeigt. In den letzten 10 Jahren hat sich die Finanzierung der Abtreibungsgegner\*innen vervierfacht. Es ist vor allem Geld aus Amerika, das die Netzwerke in Europa stark unterstützt. Eine bekannte Geldgeberin, die im Bericht genannt wird, ist die ehemalige US-Bildungsministerin unter Trump: Betsy DeVos. Aber auch Zahlungen vonseiten russischer Oligarchen haben stark zugenommen.

Großzügige internationale Geldgeber\*innen haben dazu geführt, dass sich die Arbeit der Abtreibungsgegner\*innen professionalisiert und erweitert hat. Sie bekämpfen die Selbstbestimmung von Frauen auf der Straße, durch Onlinepetitionen und beeinflussen Gesetze. Das Netzwerk agiert auf nationaler Ebene, länderübergreifend oder auf EU-Ebene und in naher Zusammenarbeit mit Rechtsextremen. Österreich war in der Vergangenheit oft Zentrum internationaler Vernetzungstreffen. Die einflussreiche Lobbyorganisation „Agenda Europe“, hat seit ihrer Gründung 2013 Unterstützer\*innen, Geldgeber\*innen, sowie Akteur\*innen in Form von jährlichen Vernetzungstreffen (auch in Österreich) versammelt. Maßgeblich an der Gründung beteiligt war ÖVP-Abgeordnete Gudrun Kugler.

## Frauen schützen, Widerstand leisten!

Obwohl Österreich eine große Rolle in diesem Netzwerk spielt, kann aufgrund großer Intransparenz nicht nachgewiesen werden, wieviel Geld in unser Land fließt, um die Aktivitäten der rechtsextremen Abtreibungsgegner\*innen zu finanzieren, oder auch wieviel Geld konservative und monarchistische Kreise aus Österreich in Organisationen anderer Länder investieren. Auch die ÖVP und Frauenministerin Susanne

Raab zeigen kein Interesse daran, die Machenschaften des Netzwerks offenzulegen. Stattdessen meint die ÖVP, es bräuchte eine Studie zu den Beweggründen von Frauen für Schwangerschaftsabbrüche. Daten zu den Beweggründen von Frauen gibt es aber reichlich. Was in Österreich dringend fehlt ist eine adäquate medizinische Versorgung von und eine Verbesserung der rechtlichen Lage für Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen.

Dafür braucht es lauten und starken Widerstand gegen das Netzwerk der Abtreibungsgegner\*innen und eine Zerschlagung ihrer Lobbys! Es braucht feministische Bündnisse gegen den erstarkenden Backlash. Die Proteste in Polen und in anderen europäischen Städten gegen eine erneute Verschärfung des dortigen Abtreibungsgesetzes haben gezeigt, dass starke Proteste Druck erzeugen können und so restriktive Gesetzgebung, die sich gegen die Selbstbestimmung von Frauen richtet, verhindert werden kann. Die Gesetzesvorschläge zu den Restriktionen des Abtreibungsrechtes in Polen, aber auch in Ländern wie Spanien, wurden von „Agenda Europe“ maßgeblich gefördert.

In Österreich müssen wir Organisationen wie der „Aktion Leben“, die für ihr Engagement gegen eine selbstbestimmte Entscheidung von Frauen bekannt ist, entschieden entgegentreten. Dass diese katholisch-fundamentalistische Gruppe mit Geldern der öffentlichen Hand gefördert wird, ist ein Skandal. Organisationen, die die Rechte von Frauen einschränken, dürfen nicht mit staatlichen Geldern finanziert werden! Es braucht eine Offenlegung der Gelder, die die europäische Lobbyorganisation „Agenda Europe“ bezieht. Die Aktivitäten und Arbeitsweise der über 100 Organisationen, NGOs und Stiftungen, die in einem einflussreichen Netzwerk länderübergreifend zusammenarbeiten, müssen eingehender erforscht werden. Um ihre Macht zu zerschlagen, müssen wir die Machenschaften des Netzwerks der Abtreibungsgegner\*innen ans Licht führen.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- „Aktion Leben“ und andere religiös-fundamentalistische Gruppen, welche das Selbstbestimmungsrecht von Frauen beschränken wollen, sollen nicht mehr mit staatlichen Geldern gefördert werden.
- Eine Offenlegung der Machenschaften der „Agenda Europe“, deren Nachfolgeorganisation „Vision Networks“ und ihre Netzwerke, allen voran von Geldflüssen nach und von Österreich.
- Widerstand gegen Desinformation über Schwangerschaftsabbrüche! Eine österreichweite Informationskampagne, die aufklären soll über unterschiedliche Methoden der Verhütung und des Schwangerschaftsabbruchs, sowie Falschinformationen vonseiten der Abtreibungsgegner\*innen richtig stellt. Diese Kampagne soll vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz finanziert werden.
- Ausbau staatlicher, mehrsprachiger, unabhängiger und niederschwelliger Beratungsstellen zum Zugang von Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich und darüber hinaus zu Verhütungsmethoden.
- Keine Werbung mehr für vermeintliche Beratungsstellen für ungewollt schwangere Frauen von Abtreibungsgegner\*innen an allen Verkehrsknotenpunkten! Diese Beratungsstellen wollen Frauen nicht helfen, sondern verbreiten Desinformation über Schwangerschaftsabbrüche und Abtreibungskliniken.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

### **Annahme**

# **Gewaltschutz**



# Gewaltschutz: ILO-Konvention 190 umsetzen

Eingebracht von: Gewerkschafterinnen in der SPÖ

Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist leider ein Dauerthema in der feministischen Frauenarbeit. In Österreich ist jede dritte Frau von psychischer, körperlicher und/oder sexueller Gewalt (erlebt ab dem Alter von 15 Jahren) betroffen – das sind nahezu 35% der weiblichen Bevölkerung. Mehr als jede vierte Frau musste eine Form von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz erfahren (26,59%). Mehr als jede fünfte Frau ist im Laufe ihres Lebens von Stalking betroffen (21,88%). Derzeit gibt es zwei international wichtige Initiativen auf Ebene der ILO und der EU, die sich dem Kampf gegen Gewalt widmen. Leider lässt die Österreichische Bundesregierung bei beiden Initiativen an Unterstützung mangeln. Wir fordern einen Kurswechsel!

## **1. Maßnahmen gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt setzen - die ILO 190 Konvention endlich ratifizieren und umsetzen!**

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Arbeitswelt ohne Gewalt und Belästigung. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Die reale Arbeitswelt sieht oft anders aus. Arbeitnehmer\*innen werden belästigt, beleidigt, gedemütigt, bespuckt, beschimpft, tätlich angegriffen, gemobbt, bedroht, erpresst. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Die Lage hat sich während der Corona-Pandemie besonders verschärft, insbesondere in den systemrelevanten Berufen wie etwa für Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich, im Lebensmitteleinzelhandel, im Bankensektor und anderen Dienstleistungsberufen. Gerade in diesen Bereichen arbeiten viele Frauen – sie waren und sind daher besonders von Gewalt betroffen.

Weltweit haben 35 Prozent der Frauen Gewalterfahrungen gemacht. Zwischen 40 und 50 Prozent der Frauen erleben sexuelle Belästigung bei der Arbeit, so der Internationale Gewerkschaftsbund. Gewerkschafter\*innen haben sich daher schon lange Jahre innerhalb der International Labour Organisation (ILO) für ein internationales Übereinkommen gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt eingesetzt. Nach zähen Verhandlungen wurden das Übereinkommen Nr. 190 und die damit zusammenhängende Empfehlung Nr. 206 schließlich auf der Konferenz der ILO im Juni 2019 beschlossen. Damit wurde erstmals ein internationales Recht auf eine Arbeitswelt ohne Gewalt und Belästigung verankert.

Das Übereinkommen wird erst bei Ratifikation – d. h. der jeweilige Staat verpflichtet sich völkerrechtlich – verbindlich. Mittlerweile haben bereits 32 Länder diese ILO-Konvention ratifiziert, unter anderem auch Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien und Irland. (Ratifizierungsliste, Stand Sept 2023)

Mit der Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nr. 190 gehen auch einige Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten einher. Die Staaten müssen Gewalt und Belästigung gesetzlich verbieten, eine umfassende Strategie zu deren Verhinderung und Bekämpfung umsetzen, Unterstützung und Zugang zu Gerichten für Betroffene vorsehen, Leitlinien, Ressourcen und Schulungen bereitstellen und Sensibilisierungskampagnen durchführen.

Auch die Arbeitgeber\*innen müssen Verantwortung für Schutz und Prävention übernehmen. Sie sollen eine Arbeitsplatzpolitik zu Gewalt und Belästigung annehmen und umsetzen, wobei dies in Beratung mit den Arbeitnehmer\*innen und ihren Vertreter\*innen, also z.B. Betriebsrät\*innen, erfolgen soll. Die Arbeitgeber\*innen aller Staaten werden unter anderem verpflichtet, Gewalt und Belästigung und damit verbundene psychosoziale Risiken beim Arbeitnehmer\*innenschutzmanagement zu berücksichtigen. Hierbei sind konkrete Gefahren zu ermitteln, Risiken zu bewerten und wirksame Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz zu setzen.

Österreich hat das ILO-Übereinkommen 190 und die dazugehörigen Empfehlungen Nr. 206 bis dato noch nicht ratifiziert.

Dies ist nicht nur für die Arbeitnehmer\*innen in Österreich von zentraler Bedeutung. Eine Ratifizierung hat auch eine Vorbildwirkung für viele andere Staaten. Sie dient damit auch dem gemeinsamen internationalen



Kampf gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt. Damit Leben und Arbeiten in Würde möglich sind!

### **2. EU-Gewaltschutzpaket ohne Vergewaltigung hat diese Bezeichnung nicht verdient - Österreich muss seine Position ändern und für umfassenden Gewaltschutz plädieren**

Die spanische Ratspräsidentschaft hat angekündigt, die Umsetzung der im Vorjahr präsentierten EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt voranzutreiben. Die Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat haben bereits begonnen. Diese Richtlinie hat allerdings einen gravierenden Makel, wenn es nach der Position des Europäischen Rats geht: Die Mitgliedsstaaten haben sich Anfang Juni darauf geeinigt, den Artikel zu Vergewaltigung aus dem Kommissionsvorschlag zu streichen, Österreich hat dieser Einigung zugestimmt.

Die geplante Richtlinie ist eine einmalige Möglichkeit, Frauen in der gesamten EU vor Gewalt zu schützen. Es ist inakzeptabel, dass eine Richtlinie zum Gewaltschutz verabschiedet werden könnte, die eine so gravierende Form von Gewalt nicht umfassen soll.

#### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- die Österreichische Bundesregierung dringend auf, die ILO-190 Konvention zu ratifizieren und die vorgeschriebenen Maßnahmen rasch und umfassend umzusetzen.
- Ein klares Bekenntnis der Österreichischen Bundesregierung, die Vergewaltigung als Straftatbestand wieder in die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu inkludieren.

#### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

#### **Annahme**

# Verstärkte Prävention im Gewaltschutz

Eingebracht von: SPÖ Bezirksfrauenorganisation Steyr

Gefordert wird eine verstärkte Prävention im Bereich Gewaltschutz für Mädchen zumindest ab der 8. Schulstufe - wenn möglich früher - in Form von leichterem Zugang und regionalen Angeboten zu Selbstverteidigungskursen. Dazu sind auch die nötigen finanziellen Mittel bereit zu stellen. Des Weiteren fordern wir einmal mehr die Gesellschaft auf, nicht wegzusehen, da die Gewaltakte ein gesellschaftliches Problem sind.

Stoppt Gewalt an Frauen sind nicht nur Schlagworte, sondern eine Forderung der SPÖ-Frauen die aufzeigen, wie wichtig das Thema Gewaltschutz für Frauen ist. Gewalt an jungen Mädchen und Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem und wir als Gesellschaft dürfen nicht wegschauen.

Die jüngsten Ereignisse und die Zahlen bestätigen die traurige Wahrheit. So lag die Zahl der Femizide in Österreich im Vorjahr bei 31 laut der Statistik der Autonomen Frauenhäuser, das Innenministerium zählt 29 Frauenmorde (Stand 2022). Das sind mehr als zwei ermordete Frauen jeden Monat.

Die Zahl der Vergewaltigungen ist noch viel höher. Allein in Oberösterreich stieg die Zahl der Vergewaltigungsanzeigen um 14,8 Prozent auf 163. Auch bei den Übergriffen im häuslichen Bereich, nicht zuletzt verstärkt durch die COVID-19-Pandemie, sind die Zahlen erschreckend hoch. Nicht zu vergessen die Dunkelziffern, da viele Frauen und Mädchen sich nicht trauen, Anzeige zu erstatten und mit ihren Erlebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Diese Fakten zeigen einmal mehr wie wichtig Gewaltprävention ist, die nicht erst im Erwachsenenalter beginnen soll. Im Gegenteil - alle Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen leisten einen wertvollen Beitrag in der Verhinderung von möglichen Übergriffen.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Selbstverteidigungskurse, denn Selbstverteidigungskurse können einen Beitrag dazu leisten und stärken auch das Selbstbewusstsein und vermitteln das Handwerkzeug in Falle von krisenhaften Situationen.
- Verstärktes Setzen präventiver Maßnahmen: Neben Selbstverteidigungskursen, die im Anlassfall vor (sexualisierter) Gewalt schützen können, sind das vor allem Aufklärungsarbeit und verschiedene Gewaltformen an Schulen, der Ausbau von Burschenarbeit zum Thema Männlichkeit, Fortbildung von Lehrpersonal sowie Schaffung von Ressourcen, auf die direkt und indirekt Betroffene zurückgreifen können.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

## Antrag 32

## #nichtokay - Sicherheit im Alltag (und in der Nacht!)

Eingebracht von: Sozialistische Jugend Österreich

Catcalling auf der Straße oder beim Fortgehen, sexistische und abwertende Kommentare im Bekanntenkreis, die angeblich nur „scherzhaft“ gemeint sind, oder das Nichternstnehmen und Unterschätzen von Frauen\* und Mädchen\*. All das beschreibt Alltagssexismus, der täglich aufzeigt, welch abwertendes und misogynen Frauen\*bild in unserer Gesellschaft immer noch weit verbreitet ist und kontinuierlich reproduziert wird und bei dem es sich um die unterste Stufe der Gewaltpyramide handelt. Wenn sich eine Frau\* dazu äußern möchte und ihre Erfahrungen teilen will, steht diese in scharfer Kritik, ihre Erfahrungen werden als „nur halb so schlimm“ abgestempelt.

Wie sehr sich die Gewaltpyramide allerdings zuspitzt, das zeigen auch die Zahlen zu sexueller Belästigung: in den letzten drei Jahren haben 7% aller Frauen\* in Österreich sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt, im Bildungsbereich sind es sogar ganze 17%. Eine Studie der Statistik Austria aus dem vergangenen Jahr ergab, dass jede dritte Frau körperliche und/oder sexualisierte Gewalt in ihrem Leben erfahren haben soll. Die Zahl der Femizide bleibt stetig hoch, während gleichzeitig Victim-Blaming und Inschutznahme von Tätern im Diskurs immer lauter werden.

Besonders im Nachtleben ist sexualisierte Gewalt ein präsent Thema, hierzu hat eine Studie aus Zürich ergeben, dass jede dritte Frau\* bereits übergriffiges Verhalten beim Fortgehen erlebt hat. Junge Frauen\* müssen sich Strategien und Codewörter überlegen damit sie sich schützen können. Oft werden Schutzmaßnahmen wie ein K.O. Tropfentest vor dem Fortgehen besorgt, der Standort wird untereinander geteilt oder man geht zusammen auf die Toilette, damit man auch dort sicher vor Tätern ist.

Konzerte und Veranstaltungen sind ebenfalls nicht sicher für Frauen\*, auch dort kommt es immer wieder zu Übergriffen, wie zuletzt auch die Rammstein-Fälle beweisen. Auch hier sind oft immer noch Frauen\* in der Verantwortung, sich vor Übergriffen zu schützen, statt bei Prävention bei den meist männlichen Tätern anzusetzen.

Einzelne Bundesländer, wie Wien, gehen einen Schritt gegen Gewalt an Frauen\* und haben verschiedene Präventionsmaßnahmen gesetzt. Es wurden Deeskalations- und Präventionskonzepte für Clubs erstellt, diese beinhalten zum Beispiel, dass das Sicherheitspersonal und das Gastronomiepersonal eine spezielle Schulung absolvieren müssen, um sich bestmöglich vorzubereiten. Weitere Konzepte, wie „Angel Shots“ oder „Ask for Angela“ sind aus dem Ausland bekannt und bieten potentiellen Opfern schnellen Schutz, auch wenn sie das gesellschaftliche Problem kaum ansprechen können.

Wichtig wäre es, antisexistische Maßnahmen in allen Clubs und Bars verpflichtend zu machen, oder in einem ersten Schritt beispielsweise jene Lokale zu subventionieren, die solche implementiert haben. Außerdem ist es untragbar, dass K.O.-Tropfen immer noch als „Putzmittel“ im Internet bestellt werden können und keinerlei Regulierung im Handel unterliegen! Denn das Nachtleben soll eine sichere, vielfältige und wertvolle Erfahrung für alle sein können. Die Tanzfläche gehört uns allen!

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Verbesserte Datenerhebungen zum Thema „Sexualisierte Gewalt“ im Alltag und speziell beim Fortgehen
- Verpflichtende Anti-Sexismus Schulungen und sensibilisierende Workshops für Sicherheitspersonal und Gastronomiepersonal in Nachtclubs, diese sollen von Arbeitgeber\*innen bezahlt werden
- Härtere strafrechtliche Verfolgung beim Gebrauch von K.O.-Tropfen

## **Gewaltschutz**

- Substanzen, die als K.O.-Tropfen eingesetzt werden können, sollen Bitterstoffe beigefügt werden, damit sie in Getränken erkennbar werden
- Entwicklung von sicheren K.O.-Tropfen Teststreifen, die ein breites Spektrum von Substanzen erkennen und in Folge dessen gratis zur Verfügung gestellt werden.
- Aufstockung von Sicherheitspersonal und/oder geschulten Awareness-Teams in Clubs und bei Parties, damit sexualisierte Gewalt schnell entdeckt und verhindert werden kann.
- Koppelung von öffentlichen Förderungen an antisexistische Maßnahmen (z.B. Personalschulungen, Bereitstellen von Informationsmaterial auf Toiletten, Präventionskonzepte)
- Ausbau von Gewaltschutzambulanzen mit den notwendigen Ressourcen

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

### **Annahme**

## Antrag 33

**Echter Gewaltschutz statt Symbolpolitik!**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

In den letzten 10 Jahren wurden 400 Frauen\* und Mädchen in Österreich ermordet. Die Täter waren fast immer Männer aus dem engsten sozialen Umfeld. Rund zwei Drittel aller Gewaltverbrechen an Frauen werden im eigenen Zuhause verübt und immer noch erfährt fast jede 5. Frau in Österreich körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. (Stand 2021) Häusliche Gewalt ist folglich auch in Österreich ein Problem, das auf die patriarchalen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft zurückzuführen ist und kein Sicherheitsproblem von außen, das als "kulturell bedingte Gewalt" abgetan und mit Abschiebungen bekämpft werden kann. Deshalb ist es mehr als notwendig, das gesellschaftliche Bewusstsein im Kampf gegen häusliche Gewalt mit konkreten Maßnahmen zu stärken, um Frauenmorde zukünftig zu verhindern. Spätestens seitdem das türkis-blaue Gewaltschutzpaket im September 2019 beschlossen wurde, sehen Expert\*innen den Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt in Österreich - auch durch mehr als fragwürdige Maßnahmen und Vorschläge seitens der konservativen und neoliberalen Parteien - als massiv gefährdet an.

Während Österreich früher für seinen richtungsweisenden Gewaltschutz bekannt war, sind es nun die Frauenmorde die uns zu einem traurigen internationalen Spitzenreiter machen: In keinem anderen EU Land werden im Vergleich mehr Frauen als Männer ermordet.

Nach den vielen Femiziden, die im ersten Halbjahr des Jahres 2021 verübt wurden, erhöhte die Bundesregierung ihre Ausgaben für den Opferschutz auf 24,6 Millionen Euro, doch die Aufstockung der Finanzierung ist bei den Einrichtungen bis jetzt (August 2021) immer noch vielerorts nicht angekommen. Auch wenn im Bundesbudget 2024 eine Aufstockung auf 33,6 Millionen Euro vorgesehen ist, wird das dem Bedarf eines qualitativ hochwertigen Gewaltschutzes nicht ansatzweise gerecht. Opferschutzorganisationen wurden anfangs gar nicht zu dem "Sicherheitsgipfel" eingeladen, ihre Forderung nach 228 Millionen nicht einmal annähernd umgesetzt. Die unter Kurz 1 abgeschafften Fallkonferenzen zwischen der Justiz, der Polizei und den Gewaltschutzorganisationen, konnten jedoch wieder eingeführt werden.

Weiters ist zu erwähnen, dass das Budget des Frauenministeriums in erster Linie für Gleichstellungsmaßnahmen nicht aber für Gewaltschutzmaßnahmen verwendet werden müsste: Laut einem Interview mit Rosa Logar, Geschäftsführerin der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie, würde der Gewaltschutz genau genommen in die Ressortzuständigkeit des Innenministeriums fallen. Es braucht also sowohl eine Erhöhung der finanziellen Mittel des Frauenministeriums, um die Ursache von geschlechtsspezifischer Gewalt, das Patriarchat, zu bekämpfen, als auch von allen anderen Ministerien mehr finanzielle Mittel, die dem Ziel dienen die Gleichstellung von Mann und Frau voranzutreiben.

Zeitgleich schrieb eine Salzburger Landesrätin der NEOS 2020 die Leitung der Salzburger Frauenhäuser europaweit aus und kündigte die 30 Mitarbeiter\*innen um die Frauenhäuser „weiterzuentwickeln“. Frauenhäuser an die Meistbietenden zu versteigern und bestehende funktionierende Institutionen zu gefährden, ist ohne Frage skandalös. Aber ja es stimmt, Weiterentwicklungsbedarf gibt es definitiv im Großteil der Bundesländer: In den meisten Bundesländern gelten Tagsatzvereinbarungen. Das bedeutet, die Kosten einer Frauenhausbewohnerin werden pro Tag abgerechnet und nur jene Frauen, die Anspruch auf Sozialhilfe oder Mindestsicherung haben, können dort betreut werden. Ganz anders in Wien, wo die Förderung des Landes Wien zur Gänze einem fachlich kompetenten Trägerverein übermittelt wird, der die nötigen Plätze bedarfsgerecht allen Frauen, die Hilfe benötigen zur Verfügung stellen kann - egal ob sie Anspruch auf Sozialleistungen haben oder nicht, egal ob sie aus Österreich kommen oder nicht.

Deshalb fordern wir eine österreichweit einheitliche Förderung von Frauenhäusern nach dem Wiener Modell, um allen Frauen die Hilfe zukommen zu lassen, die sie im Ernstfall eventuell benötigen. Ziel muss es sein, in jedem Bundesland ein dichtes Gewaltschutznetz aufzubauen, um so die Vorgaben der Istanbulkonvention zu erfüllen und allen Frauen und Kindern Schutz vor Gewalt zu bieten. Wien hat als einziges Bundesland die Vorgaben der Istanbulkonvention erfüllt und kann so als Best-Practice Beispiel für die anderen Bundesländer dienen. Allgemein unterstützt die Stadt Wien frauen- und genderspezifische Aktivitäten, die ihre Wirkung auf Wien

## Gewaltschutz

beziehen, mittels Projektförderungen z.B. im Rahmen der Kleinprojektförderung oder mittels Jahresförderungen für den laufenden Betrieb von bereits länger geförderten Vereinen von bis zu drei Jahren. Unter anderem gelten diese Förderungen Vereinen und Organisationen im Gewaltschutzbereich wie dem Verein Wiener Frauenhäuser. Mit einer solchen langjährigen Unterstützung bekommen diese Vereine endlich Planungssicherheit. Die Vernetzung der einzelnen Vereine und Partnerinnen ist ein wesentlicher Eckpfeiler des Gewaltschutznetzes in Wien. Zusätzlich dazu gibt es in der Stadt noch einen eigenen 24h Frauennotruf als Teil des Wiener Frauenservice, der das Gewaltschutznetz noch einmal verdichtet.

Die Grundprinzipien der Förderung sind Prävention, Intervention und Nachhaltigkeit. Sie haben ein sicheres, unabhängiges, selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben von Mädchen und Frauen in Wien zum Ziel. Konkret sollen geschlechtsspezifische Rollenbilder aufgebrochen, effektiver Schutz vor Gewalt gewährleistet sowie ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in allen gesellschaftlichen und beruflichen Bereichen angestrebt werden.

Gleichzeitig gilt es vor allem auch bei Männern das nötige Bewusstsein zu schaffen und verschiedene Formen der Prävention anzubieten. Männerberatungsstellen sind oft eine gute erste Anlaufstelle und können in vielen Fällen schon zur Deeskalation und zu einer Verbesserung der Situation für akut Betroffene beitragen. Leider findet sich in den meisten Bundesländern oft nur eine einzige Männerberatungsstelle, die meist chronisch unterfinanziert ist und den tatsächlichen Bedarf nicht im Geringsten decken kann. Deshalb braucht es ein gut budgetiertes und flächendeckendes Angebot von Männerberatungsstellen, die essentiell sind, wenn wir präventiv gegen Gewalt vorgehen wollen und die Ursache für häusliche Gewalt und sexualisierte Übergriffe nicht bei den Betroffenen, sondern den Täter\*innen suchen. Die Wurzel dieser Gewalt liegt aber nicht einfach in der Natur der einzelnen Täter\*innen, sondern ist zu einem Großteil ein Produkt gesellschaftlich anerzogener Verhaltensweisen und Eigenschaften. Wenn wir also Gewalt gesamtgesellschaftlich bekämpfen wollen, müssen wir auch Geschlechterrollen kritisch hinterfragen. Dies kann einen wichtigen Teil der Präventionsarbeit im Gewaltschutz ausmachen.

Ende September 2019 wurde das noch unter Türkis-Blau ausgearbeitete Gewaltschutzpaket, trotz massiver Kritik von Expert\*innen, im Nationalrat beschlossen. Laut türkis-grünem Regierungsprogramm scheint die Rücknahme der noch beschlossenen Anzeigepflicht oder der Strafverschärfungen aktuell nicht realistisch – ist doch im Regierungsprogramm lediglich von einer „Präzisierung der Anzeigepflicht“ die Rede. Dabei vergessen ÖVP und Grüne offenbar vollständig auf die Situation der Betroffenen, für die der geschützte Raum des Krankenhauses bzw. der Arztpraxis oft die erste Möglichkeit ist Hilfe zu suchen oder Erlebtes auszusprechen. Wenn sie fürchten muss, dass diese vertraulichen Informationen ohne ihre Zustimmung weitergegeben werden, so ist stark anzunehmen, dass durch eben jene Ausweitung der Anzeigepflicht künftig weniger Betroffene medizinische Hilfe in Anspruch nehmen werden.

Viele Expert\*innen warnen auch vor Straferhöhungen, da abschreckende Effekte auf potentielle Täter nicht nachgewiesen werden können. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die Betroffenen aufgrund eines Nahverhältnisses zum Täter und gerade aufgrund der hohen potentiellen Strafe von einer Anzeige absehen. Hinzu kommt, dass schon davor in den wenigsten Fällen die vorhandenen Strafraumen überhaupt ausgeschöpft wurden, was die Verschärfung noch stärker zu einer reinen Symbolpolitik macht. Der überwiegende Teil der Anzeigen endet in der Einstellung des Verfahrens oder in Freisprüchen. Hier braucht es zusätzlich einen Ausbau von Ressourcen im Sinne von Sensibilisierungsschulungen für Richter\*innen und Staatsanwält\*innen. Die Ausarbeitung eines Verbesserungsvorschlags des im Herbst 2019 umgesetzten Gewaltschutzpakets durch ausgewiesene Expert\*innen ist deshalb aus unserer Sicht unumgänglich.

Doch nicht nur in Österreich ist Gewalt gegen Frauen ein massives Problem, das durch eine Vielzahl an sinnvollen Maßnahmen verringert werden könnte. Das 2014 in Kraft getretene „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch Istanbul-Konvention genannt, gilt momentan als wichtigstes internationales Rechtsinstrument gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt. Die damit geschaffenen verbindlichen Rechtsnormen setzen es sich zum Ziel, Gewalt an Frauen endgültig zu beenden. Die an der österreichischen Umsetzung geäußerte Kritik muss daher ernst genommen werden. Die GREVIO Empfehlungen müssen also so schnell wie möglich in Taten übersetzt werden. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Unterzeichnende aus der Übereinkunft aussteigen wollen, muss Österreich mit gutem Beispiel vorangehen – denn alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht

oder ihrem sozialen Status, haben das Recht auf ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Das Forcieren einer österreichweit einheitlichen Förderung von Frauenhäusern nach dem Wiener Modell: Ein fachlich geeigneter Trägerverein erhält finanzielle Förderungen von der öffentlichen Hand und stellt damit eine bedarfsgerechte Anzahl an Plätzen in den Frauenhäusern zu Verfügung. So kann allen Frauen in allen Bundesländern – unabhängig ihrer Herkunft oder ihrer sozialen Absicherung – der Schutz geboten werden, den sie in einer solchen Extremsituation benötigen.
- Flächendeckenden Ausbau von Männerberatungsstellen und Burschenarbeit österreichweit nach Wiener Vorbild, um ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein für kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen zu schaffen.
- Ausarbeitung eines Verbesserungsvorschlags des im Herbst 2019 beschlossenen türkis-grünen Gewaltschutzpakets mit Expert\*innen aus den Gewaltschutzeinrichtungen und Frauenberatungseinrichtungen insbesondere in Bezug auf die bestehende Anzeigepflicht für Gesundheitsberufe sowie der Erhöhung des Strafrahmens in Fällen von sexualisierter Gewalt.
- Verpflichtende Sensibilisierungsschulungen im Bereich der häuslichen Gewalt für Richter\*innen, Staatsanwält\*innen und die Exekutive sowie die dafür notwendige personelle Aufstockung.
- Die GREVIO Empfehlungen zur Umsetzung der Istanbul Konvention realisieren.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**



# Gewalt gegen Frauen endlich stoppen

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Der gefährlichste Ort für Frauen in Österreich sind immer noch die eigenen vier Wände. Im Jahr 2021 gab es 30 Femizide, 2022 gab es 28 Femizide und im Jahr 2023 wurden bereits 22 Frauen von Männern aus ihrem nahen Umfeld ermordet (Stand 23.10.2023)

Jede dritte Frau ab 15 Jahren in Österreich wurde laut Statistik Austria<sup>1</sup> bereits Opfer von körperlicher oder sexualisierter Gewalt. Diese Zahl zeigt, dass Gewalt an Frauen kein Randthema ist, sondern ein immenses gesamtgesellschaftliches Problem darstellt. Die Gründe für das Entstehen von Gewalt an Frauen im sozialen Nahebereich sind vielschichtig. Ursachen sind häufig ein patriarchales Rollenbild innerhalb der Beziehung, eine abwertende Haltung gegenüber Frauen, ökonomische Abhängigkeit vom Partner oder psychische Abhängigkeit.<sup>2</sup>

Ein gut durchdachtes Zusammenwirken von staatlichen Institutionen mit den Gewaltschutzorganisationen und auch Maßnahmen, um die Gleichberechtigung aller Geschlechter zu erreichen, sind nötig, um gegen Gewalt an Frauen effektiv vorzugehen.

### In der Arbeit mit gewaltbetroffenen Frauen fällt folgendes auf:

- **Polizist\*innen** sollen über ein Grundwissen über Gewalt im sozialen Nahbereich verfügen. Beispielsweise wird häufig falsch eingeschätzt, ob ein Betretungs- und Annäherungsverbot verhängt werden muss. Auch das Setting bei Vernehmungen ist oft so unpassend gewählt, dass es Gewaltopfern schwerfällt, die Wahrheit zu sagen. Zudem scheint das Erkennen von Gewaltbeziehungen für einige Beamt\*innen schwierig zu sein: Bei einigen Femiziden in den letzten Jahren war der Täter polizeibekannt.
- **Sicherheitspolizeiliche Fallkonferenzen** sollen in Hochrisikofällen einen Austausch zwischen Justiz, Polizei und Gewaltschutzeinrichtungen ermöglichen. Informationen zu Hochrisikofällen sollen auf diese Art zwischen den genannten Einrichtungen ausgetauscht werden – ein sehr hilfreiches Instrument im Kampf gegen Gewalt im sozialen Nahbereich. Allerdings können diese Konferenzen leider nur von den Sicherheitsbehörden einberufen werden – was selten passiert. Gewaltschutzeinrichtungen wissen in vielen Fällen mehr als die Sicherheitsbehörden, da sich Gewaltopfer ihnen oft lieber/schneller anvertrauen. Die Einberufung einer interdisziplinären Fallkonferenz durch Gewaltschutzeinrichtungen sollte daher möglich sein.

Wenn es um Gewalt an Frauen geht, erfüllt die Polizei ihre Aufgaben häufig mangelhaft, da es den Beamt\*innen an gewaltspezifischem Wissen fehlt. Wie die Statistik zu den Femiziden zeigt, kann fehlendes Wissen tödlich enden. Über dieses Wissen und jahrzehntelange Erfahrung verfügen hingegen die Gewaltschutzeinrichtungen.<sup>3</sup>

1 <https://www.derstandard.at/story/2000141204399/laut-statistik-austria-jede-dritte-frau-in-oesterreich-opfer-von>

2 [https://www.a oef.at/images/06\\_infoshop/6-2\\_infomaterial\\_zum\\_downloaden/Infoblaetter\\_zu\\_gewalt/Information\\_Gewalttaeter\\_und\\_Taeterstrategien.pdf](https://www.a oef.at/images/06_infoshop/6-2_infomaterial_zum_downloaden/Infoblaetter_zu_gewalt/Information_Gewalttaeter_und_Taeterstrategien.pdf)

3 <https://gewaltfreileben.at/de/> -> Gewaltschutzeinrichtungen sind Frauenhäuser, Frauen- und Mädchenberatungsstellen, die Interventionsstelle oder die Gewaltschutzzentren



### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Der Ausbildungspunkt „Gewalt an Frauen/Gewalt im sozialen Nahbereich“ soll für alle neuen Polizeischüler\*innen verpflichtend sein und regelmäßig aufgefrischt werden. Auch bereits erfahrene Polizist\*innen sollen eine solche Fortbildung bekommen. Dieses Ausbildungsmodul soll von den Gewaltschutzeinrichtungen gehalten werden und den jungen Beamt\*innen wichtiges, gewaltspezifisches Wissen vermitteln.
- Sicherheitspolizeiliche Fallkonferenzen sollen öfter stattfinden, da sie erfahrungsgemäß ein hilfreiches Tool zur Verhinderung von Gewalt an Frauen/Gewalt im sozialen Nahbereich darstellen.
- Gewaltschutzeinrichtungen sollen befähigt werden, diese interdisziplinären Fallkonferenzen einzuberufen.
- Zukünftig sollen die sicherheitspolizeilichen Fallkonferenzen ausgeweitet werden und nicht nur für Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehen.
- Das Innenministerium soll die finanziellen Mittel für solche Projekte langfristig und nachhaltig zur Verfügung stellen.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

### Antrag 35

# Kleiderordnung raus aus Schulen!

Eingebracht von: AKS, VSStÖ, JG, SJ

Seit kurzem gibt es vermehrt Schlagzeilen bezüglich Kleiderordnungen in der Schule. In Salzburg, Kärnten/Koroška und Niederösterreich ist es dieses Jahr wieder ein großes Thema. Diese Kleiderordnungen betreffen hauptsächlich weiblich kategorisierte Schüler\*innen. In diesen Kleidungs Vorschriften werden bauchfreie Shirts verboten und die Länge der Hose reguliert, mit der Rechtfertigung, dass es Schüler\*innen vor sexualisierten Übergriffen „schützen“ sollte.

Die Schülerinnen, von denen hier die Rede ist, sind ca. zwischen 10 und 19 Jahren alt. Die Sexualisierung von teilweise noch Kindern ist ein Problem. Und zwar nicht wegen der Kleidung, die sie tragen, sondern weil eine Schule das Bedürfnis hat, ihre Lehrpersonen vor „verführerischer Kleidung“ zu schützen.

Eine betroffene Person ist nicht schuld an einem sexualisierten Übergriff an ihr. Nie. Wenn sich ein erwachsener Mensch nicht beherrschen kann, wenn er diese Kinder in Sommerkleidung sieht, sollte dieser Mensch nicht in ihre Nähe gelassen werden und der Schule verwiesen werden.

Stattdessen sagt die Direktion den Schüler\*innen, dass es ihre Schuld wäre, wenn sie sexualisiert werden. Währenddessen müssen männlich kategorisierte Personen ihre Gedanken und Handlungen natürlich nicht kontrollieren. Für die Direktion ist es leichter, zu kontrollieren, was ihre weiblich kategorisierten Schüler\*innen tragen, anstatt die Schüler\*innen und Lehrpersonen zu sensibilisieren und weiterzubilden.

Diese Kleidungs Vorschriften drängen betroffene Personen von sexualisierter Gewalt in die Eigenverantwortung. Betroffene Personen „schützen zu wollen“, indem man ihnen erklärt, dass sie daran schuld sind, wenn Personen sexualisierte Gewalt ausüben, ist mehr als nur verwerflich. Es ist eine Schande, dass dieses Gedankengut der nächsten Generation immer noch weitergegeben wird. Kleidung führt nicht zur Sexualisierung. Erwachsene Menschen, die sich von 12-Jährigen abgelenkt fühlen, führen dazu.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- ein Verbot von Kleidervorschriften jeglicher Art an allen österreichischen Schulen in dem oben beschriebenen Kontext und fordern Direktor\*innen auf, etwaige Kleidervorschriften auszusetzen.
- Aufklärung zu Victim Blaming und wie diesem entgegengewirkt werden kann.
- Ein klares Nein zu Maßnahmen und Vorschriften, die zu Victim Blaming führen.

### Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

# **Gleichstellungspolitik**

# Mit Mut. Mit Weitblick. Mit uns Frauen. Mit dem burgenländischen Weg in eine selbstbestimmte Zukunft.

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Burgenland

## Unser Antrieb - Unser Auftrag

Wir Frauen wollen unser Leben selbst gestalten. Wir Frauen haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen. Dabei dürfen uns keine Hürden in den Weg gestellt werden. Wir Frauen brauchen eine selbstbestimmte Zukunft. Diese Zukunft kann nur mit einer starken Sozialdemokratie Realität werden.

Wir sind eine starke Frauenorganisation, und wir SPÖ-Frauen setzen uns für alle Frauen ein – dafür brennen wir und dafür rennen wir. Die Frauen im Land sollen in jeder Lage selbstbestimmt entscheiden können.

Unsere sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Devise unseres frauenpolitischen Interesses und Engagements. Sozialdemokratische Frauenpolitik hat sich immer dadurch ausgezeichnet, für eine gerechte und vor allem selbstbestimmte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen einzutreten. Diesem Verständnis folgen wir weiterhin vorbehaltlos und kämpfen dafür.

Wir wollen aktiv die Situation von Frauen und Mädchen weiter verbessern – Beispiel dafür kann die Burgenländischen Frauenstrategie, die im Februar 2022 unter dem Titel „GLEICH\* in die Zukunft“ implementiert wurde, sein.

Konkret wurden zahlreiche Maßnahmen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen formuliert, die nun in den kommenden Monaten und Jahren umgesetzt werden. In vielen Bereichen liegt die Zuständigkeit allerdings beim Bund – hier muss die Bundesregierung endlich in die Gänge kommen!

## In einem starken Sozialstaat leben - Frauen und Familien im Land stärken

Die Pandemie, die nicht allzu lange zurückliegt, hat große Teile der Bevölkerung hart getroffen. Aus der Gesundheitskrise wurde schlussendlich eine Wirtschafts- und Sozialkrise. Österreich steht noch immer vor großen Herausforderungen.

Frauen, die alleine leben, mit oder ohne Kinder, gehören zu den großen Verliererinnen aus dieser Krise. Ob in einer typischen Frauenbranche unselbstständig erwerbstätig oder als Ein-Personen-Unternehmerin – das Geld reicht trotz einzelner Hilfsmaßnahmen oft nicht. Ein Umstand, der sich durch aktuelle Teuerungen noch weiter verschärft.

Österreichs Familien – egal ob Zweielternfamilien, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien oder Bonusfamilien – haben den Großteil der Lasten der Corona-Pandemie gestemmt: Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung, sowie die Betreuung von älteren Angehörigen, aber auch Rekordarbeitslosigkeit und Kurzarbeit: diese Krise mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen ist nach wie vor bei vielen Menschen spürbar und hat viele Familien ans Limit gebracht. Besonders Alleinerziehende haben Probleme mit der Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft, für sie sind Kinderbildungseinrichtungen besonders drängend.

Die Entlastung von Familien, die von der Teuerung besonders betroffen sind, ist eines unserer essentiellen Anliegen. Maßnahmen wie die Einführung des Gratiskindergartens, der Alleinerziehendenförderung, der Gratis-Nachhilfe und der Erhöhung der Mittagessensförderung – wie sie bereits im Burgenland umgesetzt wurden – sind dringend notwendig. Ab Herbst 2023 gibt es für Schüler\*innen im Burgenland Gratis-Nachhilfe, wenn sie Gefahr laufen, in bestimmten Schulfächern ein „Nicht Genügend“ zu bekommen. Das Angebot gilt für alle Pflichtschüler\*innen, denn für sie ist das Land zuständig. Unser Appell an Unterrichtsminister

Polascheck darf nicht ungehört bleiben, der Unterrichtsminister soll auch für Schüler\*innen in Bundesschulen Gratis-Nachhilfe ermöglichen. Der Gratiskindergarten erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nützt insbesondere den Frauen – entweder, um früher wieder ins Erwerbsleben zurückkehren zu können oder um von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitbeschäftigung umsteigen zu können.

Die sozialdemokratisch geführten Bundesländer Wien, Kärnten und das Burgenland machen es vor und bieten beitragslose Kinderbetreuung an. In den restlichen sechs Bundesländern müssen Eltern für die Betreuung ihrer Kleinsten zahlen – und das mit großen regionalen Unterschieden.

### **Der Bund muss nun endlich liefern!**

Die Krise hat eines deutlich gezeigt: jene Staaten, die einen starken Sozialstaat mit einer guten öffentlichen Gesundheitsversorgung und starken öffentlichen Daseinsvorsorge haben, sind besser durch die Krise gekommen als jene Staaten, die den öffentlichen Sektor zurückgefahren und Gesundheitswesen, Mobilitätsangebote und/oder Betreuungsangebote privatisiert haben. Ein starker Staat ist ein Staat des sozialen Zusammenhalts und des sozialen Ausgleichs.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Die Kinderbetreuung muss, wie es im Burgenland weitgehend gelungen ist, flächendeckend ausgebaut werden. Es braucht einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose und bei Bedarf ganztägige Kinderbetreuung für alle Altersgruppen. Der Bund darf hier nicht aus der Pflicht genommen werden und muss den Ländern und Gemeinden entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stellen.
- Gleiche Chancen und ein gutes Leben für alle Kinder und Jugendlichen in Österreich, unabhängig vom Einkommen der Eltern: für die Abschaffung von Kinderarmut und für eine Kindergrundsicherung nach dem Modell der Volkshilfe.
- Staatliche Unterhaltsgarantie endlich umsetzen sowie Neuausrichtung des Familienbonus, denn jedes Kind soll unabhängig vom Einkommen der Eltern gleich viel vom Familienbonus profitieren, weil jedes Kind gleich viel Wert ist
- Geeignetes Maßnahmenpaket speziell für Alleinerziehende.
- Ausbau der ganztägigen Schulformen mit verschränktem Unterricht, Förderunterricht, kostenloser Nachhilfe und gratis Laptops sowie bedarfsgerechte Öffnungszeiten, auch in den Ferien und in den Randzeiten.
- Ausbau der Lern- und Ferienangebote im Sommer, auch von inklusiven Angeboten.
- Geeignete Maßnahmen und Anreize zur Forcierung und dem weiteren Ausbau der Väterkarenz und der Väterbeteiligung.
- Leistbares Wohnen in hoher Qualität und weitere Forcierung und Ausbau des sozialen Wohnbaus.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

### **Annahme**

# Auf Goodwill warten wir lange

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

*„Auf Goodwill warten wir lange. Die Frauen haben immer nur das erreicht, was sie sich selbst erkämpft haben.“ Johanna Dohnal*

## Einleitung

Frauen erleben heute beeindruckende Erfolge in Bildung und Beruf. Oft übertreffen oder stehen sie Männern in Bildungsabschlüssen gleich. Dennoch sind diese Errungenschaften in beruflichen Positionen und Gehältern nicht immer sichtbar. Es gibt einen beunruhigenden Mangel an Frauen in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen. Noch besorgniserregender ist, dass Frauen trotz ihrer Berufserfolge den Großteil der unbezahlten Arbeit in unserer Gesellschaft tragen, sei es bei der Erziehung von Kindern, der Pflege von Verwandten oder der Hausarbeit.

Dieses Ungleichgewicht stellt ein bedeutendes Hindernis für die völlige Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben dar. Als SPÖ-Frauen streben wir nach gleichen Chancen und Beteiligung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen.

## 1. Arbeit und Pension

- **Pensionserhöhung:** Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten fordern wir eine sofortige Anpassung der Pensionen, um die finanzielle Belastung zu kompensieren.
- **Durchrechnungszeitraum:** Der aktuelle Durchrechnungszeitraum benachteiligt Frauen. Wir fordern, dass „die besten 15 Jahre“ zur Berechnung der Pension herangezogen werden.
- **Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten:** Zeiten für Kindererziehung und Pflege sollten bei der Pensionsberechnung besser berücksichtigt werden.
- **Studien- und Vordienstzeiten:** Auch Studienzeiten und Vordienstzeiten in relevanten Berufen sollten auf die Pension angerechnet werden.
- **Vergleichbare Gehaltsschemen:** Für eine faire und transparente Vergütung sollten in den Krankenanstalten aller Bundesländer vergleichbare Gehaltsschemen eingeführt werden. Dies würde nicht nur für ein gerechtes Lohnsystem sorgen, sondern auch Mobilität zwischen den Bundesländern erleichtern, da medizinisches Personal sicher sein könnte, dass ihre Arbeit überall gleich bewertet wird.

## 2. Familie

### Zeitgemäßer Familienbegriff

Die SPÖ-Frauen sind für einen zeitgemäßen Familienbegriff, der den Lebensrealitäten der Menschen auch gerecht wird. Daher fordern wir, dass der Gesetzgeber dem auf allen Ebenen Rechnung trägt. Ein umfassender Diskriminierungsschutz muss auf allen Ebenen, im Arbeitsleben sowie im Privat- und öffentlichen Leben gewährleistet werden.

### Familienarbeit

Aus statistischen Quellen wissen wir, dass Frauen noch immer einen Großteil unbezahlter Familienarbeit leisten. Daraus resultieren sowohl berufliche als auch finanzielle Nachteile. Es ist unumgänglich, Familienarbeit aufzuteilen und den Unterhaltsanspruch gesetzlich neu zu regeln.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen, beitragsfreien Kinderbildungs- und Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr.
- Flexiblere Kinderbetreuung: Die Betreuung sollte so gestaltet sein, dass beide Elternteile Vollzeit arbeiten können, ohne sich um die Versorgung ihrer Kinder sorgen zu müssen.
- Kostenlose flächendeckende Sommerbetreuung: Damit Eltern in den Sommermonaten entlastet werden und Berufstätigkeit ermöglicht wird.
- Das zur Verfügung stellen genügend finanzieller Ressourcen in der entsprechenden 15a-Vereinbarung,
- mehr Väterbeteiligung und einen vollwertigen Ersatz der Pensionsversicherungsbeiträge, um die negativen Folgen der Teilzeitarbeit am Pensionskonto zu vermeiden.
- Elternteilzeitanspruch sollte allen Beschäftigten unabhängig von der Betriebsgröße zustehen.
- Flächendeckende Bewusstseinsbildung um Väterbeteiligung, partnerschaftliche und gewaltfreie und auch empathische Erziehung zu fördern.
- Die Lücken des derzeitigen Unterhaltsvorschusssystemes müssen rasch geschlossen werden - Ziel ist die Unterhaltssicherung bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit!
- Die Verfahren betreffend Kindes- und Ehegattenunterhalt sowie Besuchsrecht sind weiter zu beschleunigen.
- Rasche Bearbeitung der Anträge auf Familienbeihilfe, an der auch das Kinderbetreuungsgeld und weitere wichtige Ansprüche hängen - Überbrückungshilfen für die einkommenslose Wartezeit.

**3. Bildung, Sprache, lebenslanges Lernen und Digitalisierung**

Bildung und Sprache sind der Schlüssel zur Arbeit und Arbeit der Weg zu Selbstbestimmung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

Der aktuell in alle Bereiche des Lebens eingreifende Strukturwandel, der durch digitale, ökologische und damit auch durch soziale Transformationsprozesse bestimmt wird, stellt uns vor große Herausforderungen. Angebote zur allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung können dabei helfen, den Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt aktiv zu bewältigen, und die Innovationsbereitschaft und -fähigkeit zu fördern. Auch weist das Bildungssystem noch immer großen Reformbedarf auf.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- dass die Bildungschancen nicht vom sozialen Status der Eltern abhängen,
- dass es keine krisenbedingten (Corona, Energiekrise, ...) Schließungen von Bildungseinrichtungen gibt - es müssen im Falle des Falles adäquate Betreuungsangebote gestellt werden unter Berücksichtigung der Arbeitssituation der Beschäftigten!
- Betreuungslücken in den Ferien sind unverzüglich - durch kostenlose Angebote - zu schließen!
- Soziales Lernen, Vermittlung gewaltfreier Konfliktlösung, partnerschaftliches Rollenverständnis ohne Rollenstereotype

## Gleichstellungspolitik

- Demokratiebildung und friedliches sowie konstruktives Zusammenleben sollen selbstverständliche Bildungsinhalte in allen unseren Bildungseinrichtungen sein - von der elementaren Bildung bis zur Erwachsenenbildung.
- Adäquate Ausstattung für digitales Lernen verbessern und kostenfrei zur Verfügung stellen;
- Ausreichend Raum und ergonomisches Mobiliar
- Verpflichtende Weiterbildungen für Lehrpersonal, um mit zeitgemäßen Anwendungen unterrichten zu können.
- Schulbücher/ digitale Unterrichtsmaterialien müssen den wissenschaftlichen Standards entsprechen: diskriminierungsfrei, frei von Rollenklischees
- Zweisprachigkeit (z.B. slowenisch, italienisch, etc.) in den Bildungseinrichtungen etablieren
- Digitalisierung und KI - beides muss in den Lehrplänen Beachtung finden

**3.1 Elementare Bildung** (siehe neues Kärntner Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz als Modell für andere Bundesländer, das umfasst u.a. die Verkleinerung der Gruppengrößen, vergleichbares Gehaltsschema)

MINT im Kindergarten: Frühzeitige Förderung von MINT-Fächern, um Interesse und Fähigkeiten von Anfang an zu wecken.

## 3.2 Schulbildung

- Ausbau des Angebots von ganztägigen Schulen in verschränkter Form, mit gesundem und regionalem Mittagessen, Sport und Kreativeinheiten (Schule ohne Schultasche)
- Eine gemeinsame Schule in der Sekundarstufe I (10- bis 14-Jährige)
- Optimale Entfaltung der Begabungen und Behebung des Fachkräftemangels durch eine Vielfalt an altersadäquaten Möglichkeiten der Neigungs- und Eignungsfeststellung sowie Bildungs- und Berufsorientierung.
- Bildungs- und Berufsorientierung in allen Schultypen (auch AHS) ebenso berufspraktische Tage, wobei jede Schülerin / jeder Schüler sowohl technische als auch soziale/pädagogische (Care-)Berufe kennenlernen soll.
- Mehr individuelle Förderung, auch um das Nachhilfeunwesen einzudämmen und Schulabbrüchen vorzubeugen
- Inklusionspädagogik als Norm in allen Bildungseinrichtungen
- Achtsamkeit und Gesundheit: Neben der Fachbildung sollten auch Achtsamkeits- und Gesundheitskurse angeboten werden, um das allgemeine Wohlbefinden der Schüler zu fördern.
- Doppelbelegung von Pädagoginnen und Pädagogen: Zwei Lehrer\*innen in der Primarstufe 1 garantieren eine intensivere Betreuung.
- Genderbewusster Unterricht: Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Themen sollte integraler Bestandteil des Bildungssystems sein - beginnend in der Aus- und Weiterbildung von Lehrer\*innen.



### 3.3 Lehre

- Aufwertung der Lehre durch ein umfassendes Maßnahmenbündel: Anhebung niedriger Lehrlingsgehälter.
- Bessere Rahmenbedingungen für Berufsschulen: Unterrichtsinhalte müssen fachlich, aber auch persönlichkeitsbildend auf zeitgemäßem Standard sein und auch partnerschaftliche Lebensführung, Demokratiebildung und Konfliktbewältigung, achtsame Kommunikation sowie Antisexismus und Antirassismus vermitteln.

### 3.4 Hochschulen

- Ausreichende Finanzierung unserer Universitäten und Fachhochschulen, um den Bildungs- und Forschungsstandorte zu sichern
- Freier und offener Hochschulzugang. Abschaffung von studienfeindlichen Maßnahmen wie Zugangsbeschränkungen, Mindestleistungen, Knock-out-Prüfungen und Studiengebühren.
- Verpflichtende „Gender Studies“-Lehrveranstaltungen in jedem Studium.

## 4. Wohnen

Leistbarer Wohnraum in Stadt und Land: Wohnen ist ein Grundrecht und sollte für alle zugänglich und bezahlbar sein, insbesondere in Zeiten steigender Miet- und Immobilienpreise. Die aktuellen Wohnkosten belasten Frauen aufgrund ihres geringeren Einkommens noch stärker. Und noch mehr belasten diese hohen Wohnkosten Alleinerzieherinnen. Zudem ist statistisch nachweisbar, dass der Großteil der Kinder nach der Trennung bei der Mutter lebt und der Bedarf an größeren Wohnungen da ist.

- Daher braucht es mehr günstige und bedürfnisgerechte Wohnungen. Dazu sind ein modernes Mietrecht und eine soziale Wohnbaupolitik notwendig.

## 5. Gesundheit

Frauen leben länger als Männer, verbringen aber mehr Zeit in schlechter Gesundheit - nach Selbsteinschätzung rund 20 Jahre und es fehlt Datenmaterial, das sich ausdrücklich mit der Gesundheit von Frauen befasst (siehe Gesundheitsbericht 2022 BMSGPK).

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Gendermedizin: Geschlechtsspezifische medizinische Betreuung und Forschung sind essenziell. Die Ausbildung in Gendermedizin sollte bereits in der Grundausbildung von Ärztinnen und Ärzten verankert werden.
- Mehr Präventionsmaßnahmen als Kassenleistung, z.B. Grippeimpfung, Lebensstilberatung, etc.
- Maßnahmen zur gesundheitlichen Unterstützung von Müttern
- Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Frauen
- Maßnahmen in der Suchtprävention von Frauen
- Maßnahmen im Gesundheitsbereich zur Bekämpfung der physischen, psychischen und sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen

## Gleichstellungspolitik

- Gesundheitsförderung für Frauen in der Arbeitswelt
- Aktualisierung der Liste der Berufskrankheiten, insbesondere bezüglich der Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates bei Pflegeberufen
- mehr Geld für den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung als Kassenleistung.
- Ausbau des Angebots der Kinder- und Jugendpsychiatrie.
- Kostenfreie Verhütungsmittel für Jugendliche und Menschen die von Armut betroffen sind.
- Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes gegen Periodenarmut. Der fehlende Zugang zu Hygieneprodukten betrifft viele Menschen. Wir wollen, dass alle Frauen menschenwürdig durch ihr Leben gehen können. Um den betroffenen Frauen zu helfen, fordern wir die verpflichtende kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Schulen, Universitäten, Gemeinden, Jugendeinrichtungen.
- Schwangerschaftsabbruch in allen gynäkologischen Abteilungen mit Öffentlichkeitsrecht (bei sozialer Bedürftigkeit kassenfinanziert) ermöglichen.
- Entkriminalisierung und Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

## 6. Gleichberechtigte Partizipation in Politik, Gesellschaft und Kultur

– „nur wer mit am Tisch sitzt, bestimmt mit.“

Es braucht ernsthafte und nachhaltige Maßnahmen, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Koppelung der Höhe der Klubförderungen/ Parteienförderungen an die Erfüllung der Geschlechterquoten.
- Entsprechend dem weiblichen Bevölkerungsanteil streben die SPÖ Bezirksfrauen eine 50%ige Geschlechterquote auf allen Listen an;
- Sitzungskultur und bestehende Strukturen sollen nachhaltig auf Frauengerechtigkeit analysiert und ggf. verändert werden.
- Eine verpflichtende Absolvierung von Weiterbildungsprogrammen in den Bereichen Gendersensibilität, Anti-Sexismus, achtsame Kommunikation, Compliance, etc. für Mandatar\*innen und Führungskräfte in der Politik
- Verbindlichkeit der statutarischen Geschlechterquoten auf allen politischen Ebenen. (Sanktionen bei Nichterfüllung der statutarischen Geschlechterquoten auf allen politischen Ebenen)
- Verbindliche 50% Quotenregelungen in Vorständen und Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen. Die Bundesregierung soll einen Umsetzungsplan der ab 2026 geltenden EU Vorgaben vorlegen und auch nicht börsennotierte Unternehmen, insbesondere solche mit öffentlicher Beteiligung, einbeziehen.
- Einführung von Mutterschutzregelung und (Väter-)Karenz für Mandatar\*innen; Digitale Abstimmung während der Abwesenheit
- Die Bundesfrauengeschäftsführerin und die Landesfrauengeschäftsführerinnen sind beim ehestmöglichen Zeitpunkt in ein Bundes- oder Landtagsmandat zu wählen.

## 7. Mobilität

- Hinsichtlich der Mobilität und der Verfügbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln gibt es für Frauen großen Nachholbedarf. Im Verkehrssektor arbeiten zudem noch immer mehr Männer, deren Mobilitätserfahrung sich von jener der Frauen deutlich unterscheidet.
- Ein anderer Aspekt ist die Teilzeitarbeit. Der Öffentliche Verkehr nimmt auf die Bedürfnisse von Teilzeitbeschäftigten (das sind statistisch mehr Frauen) wenig Rücksicht. Auch sind in den Regionen die Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel häufig auf Schulzeiten und auf die typischen Arbeitszeiten von vollzeiterwerbstätigen Personen abgestimmt. Außerhalb dieser Kernzeiten gibt es oft zu wenig Verbindungen und zu große Intervalle.
- In unterschiedlichen Mobilitätsstudien wurde erhoben, dass Frauen öffentliche Verkehrsmittel stärker als Männer nutzen und im städtischen Raum auch mehr Wege mit dem Fahrrad zurücklegen. Daraus resultiert im Grundsatz von Gender-Budgeting, dass mehr Geld in den Ausbau einer bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und in Radwege investiert werden muss.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel, die den Bedürfnissen von Frauen gerecht werden
- Mobilitätserhebungen (auch Mikroverkehr), um Fragen zum Lebenskontext und Geschlechterkategorien erweitern, um eine bedarfsorientierte Verkehrsplanung zu ermöglichen.

## 8. Sicherheit

Frauen und Kinder sind Hauptopfer von physischer wie psychischer Gewalt. Dabei werden die Gewaltformen immer vielschichtiger. Österreich ist dabei europaweit traurige Spitze an Frauenmorden!

Allen Formen von Gewalt ist entschieden entgegenzutreten. Gewaltschutz muss, vor allem auf Bundesebene weiter intensiviert werden.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Umsetzung der Istanbul Konvention
- Gewaltschutzzentren: Flächendeckende Einrichtungen, die Schutz und Unterstützung für Opfer von Gewalt bieten.
- Sicherstellung der Finanzierung der Frauenhäuser
- Ein verpflichtendes Curriculum für Mitarbeiter\*innen, die im Gewaltschutz arbeiten – auch für Richter\*innen, Polizei etc.
- Schutzkonzepte für Kinder, die von Gewalt betroffen sind
- Präventionsmaßnahmen und Deeskalationsprogramme schon in der Schule
- Jegliche Abhängigkeit (finanziell, in Zusammenhang mit Bleiberecht und Unterkunft, etc. von Frauen gegenüber Männern (Partnern, männlichen Familienmitgliedern, ...) bekämpfen.
- Verstärkung der (verpflichtenden) opferschutzorientierten Täterarbeit durch qualifizierte Einrichtungen
- Regelmäßige und häufigere Fallkonferenzen, um treffsichere Gefährlichkeitsprognosen zu stellen. (Erleichterungen bei der Einberufung)

## **Gleichstellungspolitik**

- Ausreichend finanzielle Mittel für Gewaltschutzeinrichtungen und Einbeziehung der Expertise
- Bundesweite, professionelle Männerberatung und -betreuung als Präventionsmaßnahme mit Männernotruf rund um die Uhr professionell besetzt
- Angebote von Männerberatung in allen Regionen
- Ausreichend Männerwohnheime und Zwischenunterbringungen für Weggewiesene mit professioneller Betreuung
- Hass im Netz muss wirksam bekämpft werden
- Ausreichend qualifiziertes Personal bei Polizei und Justiz (Kenntnisse über Frauenhäuser, Opferschutzeinrichtungen...)
- Zuverlässige Verpflichtung von Betreibern von Online-Foren, einschlägige Postings unverzüglich zu löschen und Verfasser\*innen zu sperren.
- Verstärkte internationale Zusammenarbeit der Behörden zur Strafverfolgung

## **9. Armutsbekämpfung**

Die Teuerung verschärft die Situation für armutsgefährdete Frauen. Zwar wurden einige Sozialleistungen mit Beginn 2023 leicht angehoben. Die Anpassung bleibt jedoch weit hinter der Inflation zurück.

Zudem schützt Arbeit nicht vor Armut. Neben 353 000 Kindern sind vor allem Frauen (in prekären Arbeitsverhältnissen und in der Pension) von Armut betroffen.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Periodenarmut: Der Zugang zu Hygieneprodukten ist ein Grundrecht. Wir fordern steuerfreie Hygieneartikel und eine kostenlose Bereitstellung in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Schulen, Universitäten, Gemeinden, Jugendeinrichtungen sowie in Apotheken. (siehe auch Punkt 5)
- Anpassung der Ausgleichzulage an die Armutsgefährdungsschwelle
- Kindergrundsicherung
- Der Familienbonus in der derzeitigen Form benachteiligt Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten (vor allem Alleinerziehende) und muss in ein sozial gerechtes System umgewandelt werden!
- Zwei Drittel der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. Sie brauchen treffsichere Unterstützung und bezahlte Praktika.
- Alle Jugendlichen sollen ein kostenloses Jugendmobilticket für ganz Österreich erhalten.

### **Empfehlung der Antragskommission: Zuweisung**

Beschluss der Konferenz

### **Zuweisung**

# Notwendige Gleichstellungspolitik in Österreich

## Gemeinsam für alle Frauen

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Kärnten

Bereits 1982 – vor über vierzig Jahren – hat sich Österreich mit der Ratifizierung der *Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen (Convention on the Elimination of all forms of Discrimination Against Women - CEDAW)* dazu verpflichtet, alle nötigen Schritte zu setzen, die Diskriminierung von Frauen in sämtlichen Lebensbereichen zu beseitigen. Als Vertragsstaat sind wir dazu verpflichtet, die in der Frauenrechtskonvention angeführten Menschenrechte gegenüber den anderen Vertragsstaaten und seiner Bürgerinnen und Bürger zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen.

Auch in der *Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung*, die 2015 von allen 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, ist eines der 17 Nachhaltigkeitsziele (*SDGs - Sustainable Development Goals*) das der Geschlechtergleichstellung (Ziel 5). Die Agenda 2030 und die dazu gehörigen Ziele sind zwar rechtlich nicht verbindlich, sie stellen aber für Nationalstaaten als auch für Kommunen einen legitimen, globalen Orientierungsrahmen dar, den es zu beachten gilt.

Um Frauenarmut zu verhindern, finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse zu reduzieren, unbezahlte und bezahlte Arbeit unter den Geschlechtern fair zu verteilen, um Teilhabe und Partizipationsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen, Gewalt vorzubeugen und eine gute Frauengesundheit zu forcieren muss eine wirkungsvolle Frauenpolitik breit aufgestellt sein. Es braucht eine Auseinandersetzung darüber, was Frauenpolitik in Österreich leisten soll und muss; eine klare Übereinkunft, was wir – unabhängig vom politischen Couleur – für unsere Frauen in Österreich erreichen wollen und was wir leisten müssen, damit wir die internationalen Vorgaben erfüllen. Eine gemeinschaftliche Anstrengung ist unumgänglich.

Aufbauend auf einer soliden Datenbasis gilt es, ein Gesamtkonzept, eine Strategie für Österreich zu entwickeln und konsequent zu verfolgen, die sukzessive und allumfassend jene Strukturen umgestaltet, welche die Benachteiligung von Frauen seit Jahrzehnten determinieren.

Bei diesem Strategieprozess sollen folgende zentrale Themenschwerpunkte in den Mittelpunkt gestellt werden:

### 1. Frauenarmut und Einkommen

Reduzierung von Frauenarmut und finanzieller Abhängigkeit von Frauen durch...

- Pensionsgerechtigkeit (Equal Pension Day in Österreich = 4. August 2023)
- Lohngerechtigkeit (Equal Pay Day 2023 in Österreich = 31. Oktober 2023)
- Steuergerechtigkeit, Gender Mainstreaming und Gender Budgeting

### 2. Sorge- und Erwerbsarbeit

Unbezahlte und bezahlte Arbeit unter den Geschlechtern fair verteilen durch...

- Gerechte Umverteilung von Sorge- und Erwerbsarbeitszeit
- Lebensphasenbezogene Arbeitszeitmodelle forcieren
- Bereitstellung qualitativer, öffentlicher und betrieblicher Kinderbildung und -betreuung sowie Bereitstellung von Pflegeangeboten für Menschen mit Pflegebedarf in bester Versorgungsqualität

### 3. Teilhabe und Verantwortung

Die Potenziale und Fähigkeiten von Frauen zur Wirkung bringen durch...

- Gezielte Förderung und Einbindung in politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse
- Bestärkung und Unterstützung, Führungsverantwortung zu übernehmen
- Klassische Rollenbilder weiterhin aufbrechen und sinnvolle Rahmenbedingungen schaffen

Bildung, Sensibilisierungs- und Bewusstseinsarbeit, der generelle Abbau von Rollenstereotypen und die Beschäftigung mit Gewaltprävention sind der allgemeine Kontext, in dem sich die Auseinandersetzung bewegt. Das übergeordnete Ziel muss es aber sein, die finanzielle Schlechterstellung von Frauen zu beseitigen und einen Rahmen zu schaffen, in dem auch Männer ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Kindern und Angehörigen nachkommen können. Denn erst wenn alle ihre Verantwortung in gleichem Maße übernehmen, wird für Frauen echte Partizipation und Teilhabe möglich. Die Mehrfachbelastung von Frauen würde auf viele Schultern aufgeteilt und damit enorm reduziert werden. Von einer solchen Situation würde die gesamte Gesellschaft nicht nur in bezifferbarer Weise profitieren!

**Die SPÖ-Frauen Kärnten ersuchen im Rahmen der Bundesfrauenkonferenz** die Bundesregierung möge sich dafür einsetzen, unseren Verpflichtungen nach der Frauenrechtskonvention sowie den Zielen für Nachhaltige Entwicklung (im speziellen Ziel 5: Geschlechtergleichstellung) gerecht zu werden, indem die Entwicklung und Konzeption einer frauenpolitischen Gesamtstrategie für Österreich auf Basis der neuesten Erkenntnisse der Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria (Ergebnispräsentation voraussichtlich Herbst 2023) unter Einbeziehung folgender, längst anstehender struktureller Veränderungsnotwendigkeiten, in Auftrag gegeben wird:

- Die volle, ihrem Wert entsprechende Anrechnung von Kindererziehungs-, Betreuungs- und Pflegezeiten in den Pensionsanspruch
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sowie Aufwertung der Lohnarbeit von Frauenberufen
- Die generelle Entkoppelung von Sozialleistungen vom Erwerbseinkommen sowie die gerechte Verwendung von Steuermitteln für Frauen (Gender Mainstreaming & Gender Budgeting)
- CARE- bzw. Sorgearbeit sichtbar machen, neu bewerten und gerecht und gleichwertig zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen den Gesellschaftsschichten verteilen (Equal Care) Erwerbsarbeitszeit umverteilen und/oder reduzieren sowie lebensphasenbezogene Arbeitszeitmodell erproben
- Die Bereitstellung von Kinderbildungs- und betreuungsangeboten sowie Pflegeversorgung (Qualität vor Quantität)
- Die gezielte Unterstützung, Förderung und Einbindung von Frauen in politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

### **Annahme**

## Antrag 39

# Gemeinsam unbeugsam für eine menschengerechte Zukunft!

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Steiermark

Das Ziel der SPÖ-Frauen ist es, die Rahmenbedingungen für das Leben von Frauen in den verschiedensten Lebenswelten und Lebensphasen zu verbessern und die gesellschaftliche Teilhabe auf allen Ebenen zu ermöglichen.

Dies umfasst die Bereiche Arbeitswelt, Familie, Politik und Gesellschaft, Kultur, Bildung, Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Wirtschaft und Konsument\*innenschutz sowie Schutz vor Gewalt. Trotz zahlreicher, meist hart erkämpfter Errungenschaften ist noch vieles zu tun, um echte Gleichstellung und nicht nur Gleichberechtigung auf dem Papier, zwischen Mann und Frau zu erreichen. Außerdem ist unser Feminismus intersektional und wir erfahren täglich, dass Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen passiert und ineinander verflochten ist. Eine weiße, behinderte Frau hat beispielsweise andere Probleme als eine schwarze lesbische Frau. Wir brauchen Lösungen für alle.

Die rückwärtsgewandte Regierung von Türkis-Blau hat das Gegenteil gemacht und frauenpolitische Rückschritte gesetzt, die von der amtierenden türkis-grünen Regierung keineswegs korrigiert wurden.

Der tiefe Einschnitt in unser aller Leben durch die Corona-Pandemie hat Ungerechtigkeiten massiv zutage gebracht. Gleichzeitig ist die Gefahr, dass weiterhin gleichstellungspolitische Rückschritte getätigt werden, unübersehbar. Home Office, Home Schooling, etc. haben insbesondere die Frauen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gefordert und eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen eingeleitet.

Die aktuelle Teuerungswelle trifft Frauen mit ihren niedrigeren Gehältern und Pensionen besonders hart. Die Kosten für Wohnen, Lebensmittel, Energie etc. übersteigen bei vielen Haushalten das monatliche Einkommen, was zu Verschuldung und Abhängigkeiten mit all ihren negativen Folgewirkungen führt.

Dagegen setzen wir uns zur Wehr!

Denn wir wollen: Vorwärts und nicht zurück!

## 1. ARBEITSWELT

### 1.1 Lohngerechtigkeit

Frauen haben in den letzten Jahrzehnten sowohl bei der Erwerbstätigkeit als auch bei der Bildung kräftig aufgeholt. Dennoch hält sich die klassische Rollenverteilung hartnäckig mit dem Ergebnis, dass Frauen mit Kindern unter 15 Jahren zu über 70 % Teilzeit arbeiten. Die Einkommensschere schließt sich nur langsam, selbst bei Vergleich der Vollzeitbeschäftigungen verdienen Frauen um 19,9% weniger als Männer. Real, unter Berücksichtigung der Teilzeitarbeit beträgt der Einkommensunterschied 35%.

Die Ursachen für Lohnungerechtigkeiten sind vielfältig und so vielfältig müssen auch die Lösungsansätze sein.

#### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Neubewertung von Arbeit (auf kollektivvertraglicher Basis): Die Krisen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es besonders Frauen sind, die in sogenannten systemrelevanten Berufen tätig sind und das Land am Laufen halten. Sie haben sich mehr als Klatschen vom Balkon verdient. Wir fordern nachhaltig mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen.
- Lohntransparenzgesetz: Verbindliche, generelle Lohntransparenz um Vergleiche zu ermöglichen und



## Gleichstellungspolitik

um Ungerechtigkeiten zu beseitigen, inkl. Sanktionen und Beweislastumkehr. Island hat gezeigt, wie es funktioniert.

- Auf EU-Ebene hat der Rat die Richtlinie zur Lohntransparenz im April 2023 angenommen - die Mitgliedsstaaten haben 3 Jahre Zeit zur Umsetzung. Wir fordern die Regierung dies unverzüglich und auf höchstem Niveau umzusetzen.
- Die Mitgliedsstaaten haben bei der Umsetzung innerhalb eines Rahmens einen gewissen Gestaltungsspielraum, z.B. was die Sanktionen betrifft - diese müssen wirksam, abschreckend und verhältnismäßig sein. Wir fordern entsprechend harte Sanktionen bei Verstößen gegen Gleichbehandlungsgesetze.
- Mindestlohn von € 2000,- Brutto (auf Vollzeitbasis)
- Koppelung von öffentlichen Förderungen und Aufträgen an die Erfüllung von Gleichstellungszielen
- Verbesserte Anrechnung von Eltern-, Pflege- und Hospizkarenzen bei allen von der Dienstzeit abhängigen Ansprüchen (Gehälter, Vorrückungen, Urlaubsansprüche) und volle Anrechnung auf die Pension.

### 1.2 Faire Arbeitsbedingungen - keine unfreiwillige Teilzeit - aktive Arbeitsmarktförderung

Faktum ist, dass in Österreich rund jede 2. berufstätige Frau in Teilzeit arbeitet und Teilzeit im Durchschnitt um 22% geringer entlohnt wird. Es kann nicht sein, dass manche Betriebe systematisch nur Teilzeitarbeit anbieten, weil es dem Betrieb billiger kommt. Viele in Teilzeit beschäftigte Frauen möchten ihre Arbeitszeit verlängern - ihre Arbeitgeber\*innen bieten es jedoch nicht an - und demgegenüber wollen vollzeitbeschäftigte Frauen und Männer aus verschiedenen Gründen immer öfter ihre Arbeitszeit verringern. Es kann keinesfalls von Freiwilligkeit und Arbeitsunwilligkeit gesprochen werden, wie von Bundeskanzler Nehammer und Arbeitsminister Kocher vorgeworfen.

#### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Umfassende Information, welche Auswirkungen Teilzeit auf den Erwerbsverlauf und die Pension hat.
- Leichterem Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit und umgekehrt - auf Wunsch der Arbeitnehmer\*innen.
- Bevor in einem Betrieb weitere Teilzeitstellen ausgeschrieben werden, muss Teilzeitbeschäftigten derselben Verwendungsgruppe eine Stundenaufstockung angeboten werden.
- Keine Sonntagsarbeitszeit außer in bestimmten Berufsfeldern mit entsprechender Abgeltung.
- All-in-Verträge nur für überdurchschnittlich entlohnte Führungspositionen.
- Verstärkung der Kontrollen durch Arbeitsinspektorate.
- gleicher Stundenlohn für Vollzeit- und Teilzeitarbeitskräfte (das betrifft z.B. Zuschläge, Zulagen, Sozialleistungen, Prämien und Sachleistungen)
- Volle Überstundenzuschläge ab der 1. Stunde über der vereinbarten Arbeitszeit
- Rücknahme des generellen 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche, denn das darf nicht normal sein - nur auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeitnehmer\*in.



- Verkürzte Vollzeit auf 32 Stunden/Woche (schrittweise) mit vollem Lohn- und Personalausgleich, um die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen gerechter verteilen zu können (siehe Stufenplan im Kapitel „Digitalisierung“).
- Verankerung von Frauenförderplänen als erzwingbare Betriebsvereinbarung und Voraussetzung für Subventionen und öffentliche Aufträge
- Quoten in Unternehmen, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen.
- 50% - Widmung der AMS-Mittel und Wirtschaftssubventionen (EU und Bund) für Frauenförderung - Einbindung eines Frauen-Beirates bei der Mittelvergabe
- Einführung der Aktion 40.000 (Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose)
- Arbeitslosengeld auf 70% Nettoersatzrate anheben
- Sicherung des Lebensunterhalts während einer AMS-Ausbildung
- Aus- und Weiterbildung ein Leben lang garantieren: Rechtsanspruch auf betriebliche Weiterbildung; Anpassung von Aus- und Weiterbildungsangeboten an Arbeitszeit- und Lebensrealitäten sowie mehr gezielte Qualifizierungsprogramme.
- Berufsinformation - beginnend in der Schule - forcieren, um Geschlechterstereotype zu überwinden
- wirksame Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping; insbesondere bei grenzüberschreitenden Arbeitskräfteeinsatz; Einhalten der Entsenderichtlinie stärker kontrollieren
- Unterbindung von Scheinselbständigkeit (insbesondere bei Homeoffice).
- Evaluierung der Regelungen für Home-Office in Bezug auf Arbeitnehmer\*innenschutz, Arbeitsgesetz und steuerrechtliche Rahmenbedingungen.
- Absicherung und Regelung bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Prekariaten (z.B. Plattformarbeit)
- Maßnahmen-Paket für „Working Poor“
- Alters- und gendergerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen
- Berücksichtigung von Frauen mit Behinderung und Ausbau deren arbeitsmarktpolitischer Angebote
- Mobbingpräventionsmaßnahmen (für Arbeitgeber\*innen verpflichtend)
- Frauen mit Migrationshintergrund bzw. mit Fluchterfahrung: bessere Information über Berufsanerkennung und Weiterbildungsangebote; einfachere Anerkennungsverfahren von Beruf- und Bildungsabschlüssen; Anrechnung von einschlägig nachweisbaren Vordienstzeiten; Ausbau der Sprachkurse;

### 1.3 Die richtigen Antworten auf die Digitalisierung geben!

Die Arbeitszeit verkürzen statt verlängern! Die Produktivität pro Kopf hat sich durch die Prozesse der Digitalisierung und Automatisierung rasant erhöht. Dies ist nicht zuletzt der Innovationskraft und der Lernbereitschaft der vor allem weiblichen Beschäftigten zu verdanken. Demgegenüber steigt der Stress am Arbeitsplatz durch erhöhte Anforderungen an Konzentration und Ergebnisverantwortung. Weniger Arbeitskräfte müssen mehr leisten. Die Digitalisierung führt aber auch dazu, dass viele Arbeitsplätze verloren gehen, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Schrittweise Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in Richtung 32 Stunden/Woche – das von der Bundespartei vorgeschlagene Konzept der 4-Tage-Woche könnte ein erster Schritt sein.
- Bezahlte Dienstfreistellungen zur Weiterbildung, um mit Digitalisierungsprozessen Schritt halten zu können.
- Bildungsoffensive im Bereich Digitalisierung für alle Generationen.
- 6. Urlaubswoche für alle Beschäftigten
- Wertschöpfungsabgabe bzw. Einführung eines produktivitätsorientierten Abgaben- und Steuersystems
- Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und anderen Algorithmen soll einem verpflichtendem Ethik- und Anti-Diskriminierungscheck unterzogen werden.

### 1.4 Gerechte Pensionen

- Hände weg von den Witwen- und Waisenpensionen
- Kleinere Pensionen regelmäßig nach dem „Senior\*innenindex“ (=Lebenshaltungskosten von Senior\*innen) anheben. 2022 mindestens 10%! Pensionserhöhung sofort, um die Teuerung auszugleichen!
- Bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten auf die Pensionshöhe und auf die Pensionszeiten.
- Sofortmaßnahme: zusätzlich € 50,- pro großgezogenem Kind oder Pflegemonat aufs Konto jeder Pensionistin.
- Anhebung der Ausgleichszulage auf die jeweilige Armutsgefährdungsgrenze (derzeit € 1.392,-)
- Keine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters und keine Pensionskürzung!

## 2. FAMILIE

### 2.1 Modernes Familienbild

Die SPÖ-Frauen stehen für einen weiten Familienbegriff, der den Lebensrealitäten der Menschen tatsächlich gerecht wird. Wenn zwei oder mehr Menschen miteinander leben, füreinander Verantwortung übernehmen, einander Beistand leisten, ist dies wertvoll und verdient den Respekt der Gesellschaft. Unabhängig davon, ob diese miteinander verheiratet sind oder nicht oder ob sie gleich- oder verschiedengeschlechtlich sind. Auch die Persönlichkeitsrechte von Personen, die sich keinem Geschlecht zuordnen, gehören respektiert, so wie jede individuelle Geschlechtsidentität. Jedenfalls muss ein partnerschaftliches Rollenverständnis in allen Lebensphasen vermittelt werden.

Daher fordern die SPÖ-Frauen, dass der Gesetzgeber dem auf allen Ebenen Rechnung trägt. Umfassender Diskriminierungsschutz muss auf allen Ebenen gewährleistet werden, im Arbeitsleben wie im Privat- und öffentlichem Leben (levelling-up).

## 2.2 Familienarbeit aufteilen

Frauen leisten den Großteil unbezahlter Familienarbeit. Die Folgen sind berufliche Nachteile sowie Überlastung und gesundheitliche Beeinträchtigungen. Familienarbeit muss stärker zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden, bzw. muss die öffentliche Infrastruktur für Familien gestärkt werden.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausreichend Mittel zum Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen und ganztägiger Schulformen: Ziel ist die kostenfreie, flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit ganztägigen und ganzjährigen Bildungseinrichtungen; Maßstab sind die Vereinbarkeitskriterien Beruf und Familie – VIF: an mindestens 45 Stunden pro Woche geöffnet, an 4 Tagen mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Mittagessen, maximal 5 Wochen im Jahr geschlossen
- Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungs- und Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr nach obigen VIF-Kriterien. Aufstockung der diesbezüglichen 15a Vereinbarung, idealerweise Kompetenzübertragung der Elementarbildung auf den Bund als integraler Bestandteil des Bildungssystems.
- Sofortmaßnahme: zweites verpflichtendes kostenfreies Kindergartenjahr (als Bildungspflicht vom Bund finanziert);
- Väterbeteiligung leichter ermöglichen und bewerben.
- Wirksamer Diskriminierungsschutz von Vätern, die Betreuungspflichten übernehmen.
- Karenzmodell anhand internationaler Beispiele ausarbeiten, welches die Väterkarenz stärker fördert; sowohl die Inanspruchnahme als auch die Dauer der Väterkarenz (derzeit wird, wenn überhaupt die Minimalvariante von 2 Monaten gewählt)
- Familienzeit staatlich fördern z.B. nach dem ÖGB/ AK Modell: wenn beide Elternteile zur Betreuung ihrer Kleinkinder die Arbeitszeit auf 28 bis 32 Wochenstunden reduzieren bzw. erhöhen (bis maximal zum 4. Geburtstag des Kindes, mindestens aber 4 Monate), soll der Einkommensverlust mit einem Pauschalbetrag steuerfrei pro Elternteil ausgeglichen werden. Alleinerzieherinnen erhalten diesen Pauschalbetrag ebenso. Dadurch und durch Ersatz der Pensionsversicherungsbeiträge werden die negativen Folgen der Teilzeitarbeit vermieden.
- Öffentliche Kinderbetreuungsangebote, Kindergeldanspruch und arbeitsrechtlicher Karenz müssen in Einklang gebracht werden.
- Generelle Erhöhung von Kinderbetreuungsgeld.
- Derzeitiger Elternteilzeitanspruch sollte allen Beschäftigten unabhängig von der Betriebsgröße zustehen.
- Zielgruppenorientierte Bewusstseinsbildung, um Väterbeteiligung, partnerschaftliche und empathische Erziehung zu fördern.

## 2.3 Gerechter Unterhalt

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Lücken des derzeitigen Unterhaltsvorschusssystemes müssen rasch geschlossen werden- Ziel ist die Unterhaltssicherung bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit!
- Die Verfahren betreffend Kindes- und Ehegattenunterhalt sowie Besuchsrecht sind weiter zu beschleunigen

## Gleichstellungspolitik

- Als Akutmaßnahme soll die Corona-bedingte Zwischenlösung ins Dauerrecht übernommen werden, dass staatlicher Unterhaltsvorschuss auch ohne vorherigen Exekutionstitel ausbezahlt wird.
- System-Umstellung auf Unterhaltsgarantie (z.B. Aufschlag zur Familienbeihilfe bis zum Regelbedarf, wenn Unterhaltsleistungen darunter liegen; Staat trägt Risiko der Uneinbringlichkeit).
- Sofortmaßnahme: Beschleunigen der Bearbeitung der Anträge auf Familienbeihilfe, an der auch das Kinderbetreuungsgeld und weitere wichtige Ansprüche hängen – Überbrückungshilfen für die einkommenslose Wartezeit

## 2.4 Pflege

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Nachhaltige Finanzierung und Qualitätssicherung der Pflege
- Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige (finanziell und ideell)
- Qualitätskriterien für die 24 Stunden-Pflege – Scheinselbstständigkeit mit unzureichender Vertretung in der Wirtschaftskammer in korrekte Dienstverhältnisse überführen.
- Attraktivierung des Pflegeberufs und Verbesserung der Rahmenbedingungen
- Physische und psychische Entlastung der Mitarbeiter\*innen
- Ausbildung im Pflegebereich genauso vergüten, wie die Ausbildung zur/zum Polizist/in. Keine unbezahlten Praktika.
- Pflege entlasten indem Tätigkeiten von Betreuungskräften/UPHs (Ungeprüfte Hilfskräfte) übernommen werden (Ausbildung der Berufe forcieren und Rechte und Pflichten der Berufsgruppen überdenken)
- Längerfristig muss der Personalschlüssel verändert werden (sobald Personal zur Verfügung steht)
- Pflegeberufe in das Schwerarbeiter\*innengesetz aufnehmen
- Initiativen zur Förderung von mehr Männern in Pflegeberufen

## 3. GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE IN POLITIK, GESELLSCHAFT und KULTUR

Trotz einiger Etappenerfolge der SPÖ Frauen bedarf es weiterer Maßnahmen, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Höhe der Klubförderung/ Parteienförderung soll an die Erfüllung der Geschlechterquoten gekoppelt werden.
- Die SPÖ strebt eine 50%ige Geschlechterquote sowohl intern, als auch auf allen Listen an; dies entspricht dem weiblichen Bevölkerungsanteil.
- Strukturen und Sitzungskultur auf Frauengerechtigkeit analysieren und ggf. verändern.
- Die Absolvierung von Weiterbildungsprogrammen in den Bereichen Gendersensibilität, Anti-Sexismus,

achtsame Kommunikation, Compliance, etc. müssen für Mandatar\*innen und Führungskräfte in der Politik verpflichtend sein.

- Verbindlichkeit der statutarischen Geschlechterquoten auf allen politischen Ebenen. Unterstützung von Gemeinden in der Entwicklung und Realisierung von Frauenförderungsprogrammen.
- Verbindliche Quotenregelungen in Vorständen und Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen. Die Bundesregierung soll den Umsetzungsplan der ab 2026 geltenden EU-Vorgaben unverzüglich und auf höchstem Niveau umzusetzen und auch nicht börsennotierte Unternehmen, insbesondere solche mit öffentlicher Beteiligung, einbeziehen.
- Wirksame Sanktionen bei Nichteinhaltung der Quotenregelungen auf allen Ebenen
- Stärkung von Frauen in der Kultur: Gremien wie Jurien sind geschlechterparitätisch zu besetzen. Ausschreibungskriterien haben Gleichstellungsziele zu verfolgen. Existenzsicherung von Künstler\*innen.
- Einführung von Mutterschutzregelung und (Väter-)Karenz für Mandatar\*innen; Digitale Abstimmung während der Abwesenheit;

#### 4. BILDUNG

Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, der nicht erst mit Schuleintritt beginnt und auch nicht mit Ende der Schulzeit aufhört. Das Bildungssystem weist noch immer großen Reformbedarf auf.

##### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Grundsätzlich dürfen die Bildungschancen nicht vom Geldbeutel abhängen, daher ist Kostenfreiheit von der elementaren Bildung bis zur Hochschulbildung anzustreben.
- Krisen-bedingte (Corona, Energiekrise,...) Schließungen von Bildungseinrichtungen sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu reduzieren - es müssen im Falle des Falles adäquate Betreuungsangebote gestellt werden!
- Betreuungslücken in den Ferien sind unverzüglich - durch kostenlose Angebote - zu schließen!
- Soziales Lernen, Vermittlung gewaltfreier Konfliktlösung, partnerschaftliches Rollenverständnis ohne Rollenstereotype, friedliches sowie konstruktives Zusammenleben, sollen selbstverständliche Bildungsinhalte in allen unseren Bildungseinrichtungen sein - von der elementaren Bildung bis zur Erwachsenenbildung.
- Ausstattung für digitales Lernen verbessern und kostenfrei zur Verfügung stellen.
- Verpflichtende Weiterbildungen für Lehrpersonal, um mit zeitgemäßen Anwendungen unterrichten zu können.
- Schulbücher/ digitale Unterrichtsmaterialien müssen den neuesten Standards entsprechen: diskriminierungsfrei und frei von Rollenklischees!

##### **Elementare Bildung**

- Höchstmögliche Qualitätsstandards in elementaren Bildungseinrichtungen betreffend Ausbildung und Rahmenbedingungen für Pädagog\*innen und Betreuer\*innen/Tageseltern. (siehe auch Punkt 2)

## Gleichstellungspolitik

### Schulbildung

- Ausbau des Angebots von ganztägigen Schulen in verschränkter Form, mit gesundem und regionalem Mittagessen, Sport und Kreativereinheiten (Schule ohne Schultasche) - her mit den schon unter der Regierung Kern fixierten (und von Kurz torpedieren) Bildungsmilliarden!
- Hochwertige sexuelle Bildung nach zeitgemäßen Standards, in dem alle Sexualitäten und Genderidentitäten gleichbehandelt werden.
- Eine gemeinsame Schule in der Sekundarstufe I (10- bis 14-Jährige)
- Optimale Entfaltung der Begabungen und Behebung des Fachkräftemangels durch eine Vielfalt an altersadäquaten Möglichkeiten der Neigungs- und Eignungsfeststellung sowie Bildungs- und Berufsorientierung.
- Bildungs- und Berufsorientierung in allen Schultypen (auch AHS) ebenso berufspraktische Tage, wobei jede Schülerin / jeder Schüler sowohl technische als auch soziale/ pädagogische (care-) Berufe kennenlernen soll.
- Mehr individuelle Förderung, auch um das Nachhilfeunwesen einzudämmen und Schulabbrüchen vorzubeugen
- Inklusionspädagogik als Norm für alle Schulsysteme
- Verstärkter Fokus auf Friedenspädagogik, Konfliktlösungskompetenzen, globale Verantwortung etc. um Mobbing und Ausgrenzung präventiv entgegen zu wirken.

### Lehre

- Aufwertung der Lehre durch ein umfassendes Maßnahmenbündel: Anhebung niedriger Lehrlingsgehälter (kollektivvertraglich mindestens 1000€).
- Bessere Rahmenbedingungen für Berufsschulen: Pädagogisch sinnvolle Berufsschulzeiten und bessere Ausstattung - immerhin fließen derzeit nur 3 von 100€, die in Bildung investiert werden, in Berufsschulen, obwohl 36% der Jugendlichen eine Lehre absolvieren. Unterrichtsinhalte müssen fachlich, aber auch persönlichkeitsbildend auf zeitgemäßem Standard sein und auch partnerschaftliche Lebensführung, Konfliktbewältigung, achtsame Kommunikation sowie Antisexismus und Antirassismus vermitteln.
- Lehre/ auch praktische Berufsausbildung nach der Matura attraktiver gestalten, um Frauen mehr Perspektiven in zukunftsfähigen, gut bezahlten Berufsfeldern zu bieten

### Hochschulen

- Ausreichende Finanzierung unserer Universitäten und Fachhochschulen, um den Bildungs- und Forschungsstandort zu sichern
- Erwachsenenbildungsinitiativen fortsetzen, insbesondere kostenfreie Basisbildung
- Freier und offener Hochschulzugang. Abschaffung von studienfeindlichen Maßnahmen wie Zugangsbeschränkungen, Mindestleistungen, Knock-out-Prüfungen und Studiengebühren.
- Unterstützung für „1st Generation students“ (Studierende, die als Erste in Ihrer Familie studieren)

- Verpflichtende „Gender Studies“-Lehrveranstaltungen in jedem Studium
- „Leaky pipeline“ aufhalten: Es gibt viele Studienanfängerinnen, jedoch sinkt die Quote mit steigendem akademischen Grad. Es braucht Quoten für PhD-Studierende, Lehrende, Uni-Rät\*innen, usw.

## 5. GESUNDHEIT

Frauen sind durch Doppel- und Mehrfachbelastungen besonderen medizinischen Risiken ausgesetzt.

Außerdem leiden Frauen an dem sogenannten „Data gap“. Lange wurden Daten nur von Männern für Männer gesammelt, weshalb Medikamente und Behandlungen oft nicht an den weiblichen Körper und unsere Bedürfnisse angepasst sind. Dies kann lebensbedrohlich sein und führt zu höherer Sterblichkeit bei Frauen (zum Beispiel bei Herzinfarkten), da Lehrbücher nur männliche Frühsymptome anführen. Chronische und psychische Erkrankungen sind an Frauen schlechter erforscht und werden daher seltener bzw. oft falsch diagnostiziert (Endometriose, ADHS, Autismus, etc.).

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Ausweitung der Gender-Medizin-Forschung und Weiterbildung des medizinischen Personals
- Mehr Präventionsmaßnahmen als Kassenleistung, z.B. HPV-Impfung, Grippeimpfung, Lebensstilberatung, etc.
- Mehr Forschung an Endometriose.
- Aktualisierung der Liste der Berufskrankheiten, insbesondere bezüglich der Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates bei Pflegeberufen
- mehr Geld für den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung als Kassenleistung
- Wohnortnahe Versorgung durch Kassenärzt\*innen sichern
- Notfall-Medizin und medizinische Erstversorgung muss in allen Regionen sichergestellt sein
- Keine Privatisierung der Gesundheitsvorsorge und eine Absage an die Zweiklassen- Medizin
- Gynäkologische Untersuchungen im Rahmen von Eltern-Kind-Pass-Empfehlungen sollten von der Kasse übernommen werden, z.B. Organscreening, Früherkennung
- Ausbau des Angebots der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Kostenfreie Verhütungsmittel für alle insbesondere für Jugendliche und Bedürftige (Bezieherinnen\* von Familienbeihilfe und Sozialhilfe)
- Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes gegen Periodenarmut
- Schwangerschaftsabbruch wohnortnah, in allen gynäkologischen Abteilungen mit Öffentlichkeitsrecht und kostenfrei ermöglichen. Entkriminalisierung und Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.
- Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in die Charta der Europäischen Union, weil wir Frauen weiterhin selbst über unseren Körper entscheiden wollen.



### 6. MOBILITÄT

Nach Mobilitätsstudien nutzen Frauen öffentliche Verkehrsmittel stärker als Männer und legen im urbanen Raum auch mehr Wege mit dem Fahrrad zurück. Daher entspricht es dem Grundsatz von Gender-Budgeting, mehr in den Ausbau einer bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und in Radwege zu investieren.

Mikro-ÖV-Systeme sind insbesondere abseits der Ballungsräume wichtig, um von der Öffi-Haltestelle auch dann sicher nach Hause zu kommen, wenn frau/man entlegen wohnt. Diese Modelle müssen stetig räumlich und zeitlich ausgebaut werden, damit die Bewohnerinnen in ländlichen Regionen nicht „abgeschnitten“ sind, wenn sie kein Auto haben.

Bei Maßnahmen zur Eindämmung des Individualverkehrs/Umstieg auf neue Technologien ist auf soziale Aspekte Rücksicht zu nehmen – nicht jede Frau, die ein Auto braucht, kann sich ein E-Auto leisten!

#### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Schließung des „Data gap“ beim Thema Fahrsicherheit! Sicherheit bei Fahrzeugen wird nur an männlich proportionierten Crash Dummies getestet und gefährdet Frauen im Straßenverkehr.
- Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Budgeting bei Verkehrs- und Städteplanung

### 7. LEISTBARES UND LEBENSWERTES WOHNEN IN STADT UND LAND

Die Wohnkosten belasten Frauen aufgrund ihres geringeren Einkommens noch stärker. Zu letzterem zählen vor allem Alleinerzieherinnen. Kinder leben zumeist bei den Müttern und brauchen entsprechend Platz. Die stetig steigenden Wohnkosten bedeuten daher eine besondere Einschränkung der Lebensqualität, manchmal sogar der wirtschaftlichen Existenz von Frauen.

#### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Wohnen muss leistbar sein. Es braucht daher mehr günstige und bedürfnisgerechte Wohnungen. Dazu ist ein modernes Mietrecht und eine Wohnbaupolitik mit Kostendämpfungseffekten zu fordern.
- In Zeiten der sprunghaft angestiegenen Inflation dürfen die Mieten nicht im gleichen Ausmaß ansteigen! Daher niedrigere Mietzinsobergrenzen und Abschläge für nicht thermisch sanierte Wohnungen (aufgrund höherer Betriebskosten).
- Die serienhaften Krisen haben viele Menschen (vor allem Frauen) in finanzielle Schwierigkeiten gebracht – Wohnungsverlust, Abschaltung von Strom, Wasser, Wärme sowie Delogierungen sind mit rechtlichen und finanziellen Maßnahmen unbedingt zu vermeiden!
- Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört in die Verfassung. Es darf kein Spekulationsgeschäft sein; daher treten wir für eine Leerstandserhebung und -abgabe ein.
- Mietpreiserhöhungen bis 2025 stoppen und jene ab 2022 zurücknehmen. Ab 2025 Mietpreiserhöhungen auf max. 2% deckeln.
- Preisreduktionen bei Energie und Betriebskosten müssen unverzüglich an Mieter\*innen weitergegeben werden.



## 8. KONSUM UND UMWELT

Das Einkommen von Frauen fließt überproportional in den Konsum, da die Sparquote bei niedrigeren Einkommen naturgemäß niedriger ist und der Großteil des Fraueneinkommens erfahrungsgemäß für Familienaufwendungen ausgegeben wird. Die Teuerungswelle trifft daher viele Frauen in ihrer wirtschaftlichen Existenz!

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Preisreduzierung bei Lebensmittel und Wohnkosten. Energie durch ein Bündel von Maßnahmen z.B. Preisregulierung, gesetzliche Obergrenzen, Aussetzen der Mehrwertsteuer, jeweils verbunden mit wirksamen Kontrollen.
- Kampf der Konsumentinnen\*täuschung und einen wirksameren Konsumentinnen\*schutz, z.B. Sammelklagen
- Verstärkte Konsumentinnen\*information
- klarere Produktkennzeichnung
- Abschaffung der Umsatzsteuer inkl. Preisdeckel auf Menstruationsartikel
- Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzepts gegen Periodenarmut
- Keine Diskriminierung bei Verträgen, allgemeinen Geschäftsbedingungen, etc.! z.B. Kredite müssen auch älteren Personen nach allgemeinen Bonitätsanforderungen gewährt werden (um die Heizung klimafreundlich umzustellen, Wohnraum zu finanzieren, etc.)
- Entkriminalisierung und Forcierung der Lebensmittelrettung
- Stärkerer Fokus auf Kreislaufwirtschaft und Re-Use
- Lieferkettengesetz - unverzüglich und auf höchstem Niveau

## 9. ARMUT, NICHT DIE ARMEN BEKÄMPFEN!

Armut ist in Österreich größtenteils weiblich und hat Kinder. Trotz vieler Maßnahmen soll Armut gar nicht erst entstehen. Dennoch braucht es ein Auffangnetz!

Daher geeignete gesetzliche Grundlagen für eine adäquate Sozialunterstützung, die als Überbrückung und Sprungbrett in die Selbsterhaltungsfähigkeit fungiert. Hände weg von der Notstandshilfe! Missbrauchsbekämpfung ja, aber kein Generalverdacht! Ein Großteil der Empfängerinnen sind sogenannte „Aufstockerinnen“.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Kindergrundsicherung der Volkshilfe umsetzen
- Der Familienbonus benachteiligt Kinder aus ärmeren Haushalten (vor allem Alleinerziehende) und gehört in ein gerechtes System übergeführt!
- Zwei Drittel der Studierenden leben unter der Armutsgefährdungsschwelle (1392€). Es braucht bessere, breitere und treffsichere Beihilfen mit niederschwelligem Zugang und in einfacher Sprache.

### 10. SCHUTZ VOR GEWALT UND SEXISMUS

Frauen und Kinder sind Hauptopfer von physischer wie psychischer Gewalt. Dabei werden die Gewaltformen immer vielschichtiger und werden von etwaigen Krisen befeuert. Das zeigt sich auch in der hohen Anzahl an Femiziden. Österreich ist dabei europaweit traurige Spitze an Frauenmorden!

Allen Formen von Gewalt ist entschieden entgegenzutreten. Gewalt in der Familie ist aufgrund der Häufigkeit verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Gewaltschutz muss, vor allem auf Bundesebene weiter intensiviert werden, durch Präventionsmaßnahmen und Deeskalationsprogrammen mit dem Eintritt in den Bildungsbereich möglichst früh verankern

- Jegliche Abhängigkeit (finanziell, Aufenthaltsstatus und Unterkunft, etc.) von Frauen gegenüber Männern (Partnern, männlichen Familienmitgliedern, ...) bekämpfen.
- Ausweitung der (verpflichtenden) opferschutzorientierten Täterarbeit durch qualifizierte Einrichtungen insbesondere nach Wegweisungen.
- Regelmäßige und häufigere Fall- und Koordinierungskonferenzen von Straf- und Sozialbehörden, Gewaltschutzeinrichtungen, Gerichten, um treffsichere Gefährlichkeitsprognosen zu stellen.
- Den Rechtsanspruch auf Schutz, Unterkunft und Therapie der Gewaltopfer weiter gewährleisten.
- Ausreichende Dotierung der Gewaltschutzeinrichtungen und Einbeziehung der Expertise derer.
- Bundesweite, professionelle Männerberatung und - Betreuung als Präventionsmaßnahme.
- Männer\*- und Frauen\*notruf rund um die Uhr professionell besetzt
- Angebote von Männerberatung in allen Regionen, insbesondere zur Gewaltprävention
- Ausreichend Männerwohnheime und Zwischenunterbringungen für Weggewiesene mit professioneller Betreuung
- Hass im Netz muss wirksam bekämpft werden!
- Ausreichend qualifiziertes Personal bei Polizei und Justiz
- Zuverlässige Verpflichtung von Betreibern von online Foren, einschlägige Postings unverzüglich zu löschen und Verfasser\*innen zu sperren.
- Verstärkte internationale Zusammenarbeit der Behörden zur Strafverfolgung.
- Zielgruppenorientierte Bewusstseinsbildung
- Evaluierung und gegebenenfalls Änderungen der bestehenden Gesetze, um eine wirksame Handhabe gegen Hass im Netz zu haben.
- Umsetzung der Istanbul Konvention
- Gewaltschutzambulanzen! (Anmerkung: finanziert vom Bund)

## 11. KEINE BENACHTEILIGUNG IM SPORT

- Tägliche Turnstunde in den Schulen
- Alle sollen schwimmen können! Kostenlose Schwimmkurse für alle Generationen, besonders in Kindergarten und Schule
- Besserer Schutz vor sexuellen Übergriffen und Machtmissbrauch im Sport
- Präventionsprogramme
- Stärkung der Aufmerksamkeitskultur in Vereinen, Schulen, etc. durch Bewusstseinsbildung, Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit
- Stärkung des Selbstbewusstseins und Widerstandskraft der Sportlerinnen
- Keine Sexualisierung von Sportlerinnen (Mitbestimmung bei Dressen, etc.)
- Mehr (Chef-)Trainerinnen\* in allen Sportarten
- Gleiche Bezahlung von Sportlerinnen und Sportlern
- Mehr Übertragung von Frauensportbewerben in öffentlich-rechtlichen Medien
- Mehr Sportförderung für Mädchen in Gemeinden.
- Senken der Barrieren zur Teilnahme von Mädchen in männlich dominierten Sportarten und vice versa. Dafür braucht es auch eine Sensibilisierung der Trainer\*innen.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

# Heute für ein besseres Morgen!

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Eine Krise jagt die andere, die Welt steht seit 2020 sichtlich Kopf. Das Leben in einer Pandemie mit all den damit einhergehenden Herausforderungen war nur der Anfang. Die Folgen der Pandemie erschweren Menschen auf der ganzen Welt das Leben. Dazu kommen die Klimakrise und der Krieg in der Ukraine. Das alles hat gravierende Auswirkungen auf unseren Alltag und lässt die Zukunft ungewiss erscheinen.

Vor allem die Lage von Frauen hat sich während der letzten zwei Jahre verschärft. Einher mit den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie ging ein Anstieg an Gewalt gegen Frauen, 31 Femizide mussten wir 2021 beklagen und auch im Jahr 2022 wurden schon zu viele Frauen von Männern ermordet. Die Überlastung des Gesundheitssystems durch COVID-19 frisst Ressourcen, die im Bereich der Frauengesundheit dringend notwendig wären. Die materielle Ungleichheit, die schon vor der Krise da war, spüren wir jetzt noch deutlicher, denn das Leben wird derzeit immer teurer: Preise steigen, die Energie- und Gaspreise schnalzen nach oben und Mieten am privaten Wohnungsmarkt explodieren. Österreich ist mit der höchsten Inflation seit Jahren konfrontiert. Frauen sind die Verliererinnen der Krise.

## Teuerungen treffen Frauen härter.

Frauen treffen Krisen nochmal mehr. Männer verdienen nach wie vor mehr als Frauen, haben mehr Vermögen und finden sich häufiger in den Chefetagen wieder. Kinderbetreuung und Hausarbeit wird nach wie vor als „Frauensache“ angesehen. Um alles unter einen Hut zu bringen, arbeiten Frauen in Teilzeit oder haben sogar ihren Job aufgeben müssen. Das bedeutet weniger Einkommen, weniger Arbeitslosengeld, damit weniger Unabhängigkeit und langfristig weniger Pension. Kombiniert mit den massiven Preisanstiegen treibt das immer mehr Frauen in die Armut.

Anstatt die Situation für Frauen zu verbessern, macht die Bundesregierung das, was sie am besten kann: nichts. Die Frauenministerin nimmt ihre Rolle kaum wahr und der Arbeitsminister macht unqualifizierte Äußerungen, anstatt Arbeitsmarktprogramme entsprechend der Lebensrealität von Frauen zu schaffen. Susanne Raab und Co. lassen Frauen im Stich. Mehr als ständige Appelle durchzuhalten – nur noch ein bisschen, und dann noch ein bisschen länger – können wir uns nicht erwarten. Doch das reicht schon lange nicht mehr! Seit mittlerweile zwei Jahren leben wir Frauen an unseren Grenzen. Wir haben lange genug durchgehalten! Wir brauchen eine Regierung, die heute handelt!

## Grundbedürfnisse dürfen kein Luxus sein.

Das Leben wird teurer. Lieferengpässe, die Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sorgen dafür, dass die Preise in ganz Europa nach oben gehen. Die Energiepreise für Haushalte im Dezember 2021 waren um 24,1 Prozent höher als noch ein Jahr davor. Aber auch sonst wurde das Leben teurer: Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet stieg im Jahresabstand bis 2021 um 9,4 Prozent. Die Inflation ist auf Rekordhöhe, Grund sind vor allem steigende Treibstoff- und Energiepreise, aber auch Lebensmittelpreise sind aufgrund des Krieges in der Ukraine instabil. Zwischen 2010 und 2020 sind Mieten in Österreich außerdem deutlich stärker gestiegen als die Inflation. Während die allgemeinen Preise in diesem Zeitraum um 19,8 Prozent zulegten, verteuerten sich die Mieten im Durchschnitt pro Quadratmeter um 44 Prozent. Besonders am privaten Wohnungsmarkt ist eine Mietwohnung beinahe ein Luxusgut geworden.

## Der Gender-Pay-Gap schließt sich nicht von selbst.

Laut Statistik Austria waren im Jahr 2020 die mittleren Einkommen der Männer um 35 Prozent höher als jene der Frauen. Das liegt vor allem an der Aufteilung von Vollzeit und Teilzeit. Aber auch im Vergleich der durchgängigen Vollzeitarbeit gibt es Unterschiede in der Bezahlung: Während das durchschnittliche Bruttoeinkommen von Männern in Österreich bei 54.571 Euro liegt, verdienen Frauen, durchschnittlich 44.449

Euro brutto im Jahr. Daraus ergibt sich ein Minus von 18,5 Prozent, oder 10.122 Euro, die ganzjährig vollzeit-tätige Frauen weniger haben. Gründe sind: Frauen verlangen seltener Gehaltserhöhungen, werden noch immer niedriger eingestuft und arbeiten seltener in einkommensstarken „männlichen“ Branchen. Doch erklären auch diese Gründe nur ein Drittel dieser Differenz. Rund zwei Drittel können nicht mit objektiven Kriterien belegt werden. Hier liegt die schlechtere Bezahlung also schlicht an der Tatsache, dass Frauen Frauen sind.

Diese Einkommenskluft erhält die traditionelle Rollenverteilung aufrecht: Frauen sind als Familienerhalterinnen nur die zweite Wahl und ein Rollentausch klappt finanziell nicht, weil der Gender-Pay-Gap einen Strich durch die Familienrechnung macht. Das ist nicht gerecht. Freiwillige Maßnahmen, Einkommensberichte oder die Angabe des Mindestentgelts haben bisher kaum Wirkung gezeigt. In Österreich ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit gesetzlich festgeschrieben. Die Geheimniskrämerei ums Gehalt macht es schwierig zu überprüfen, ob das Gesetz eingehalten wird.

### **Reproduktionsarbeit ist Arbeit.**

Insgesamt arbeiten Frauen und Männer pro Tag ähnlich lange, Frauen arbeiten aber den weitaus größeren Teil unbezahlt. Corona hat die Situation noch verschärft: Frauen und Männer arbeiteten 2020 täglich zwischen 11 und 15 Stunden. Frauen in Paarhaushalten mit Kindern arbeiten die meisten Stunden unbezahlt: sie kommen auf gleich  $9\frac{1}{2}$  von insgesamt  $14\frac{1}{4}$  Arbeitsstunden. Die Väter leisteten rund  $6\frac{3}{4}$  Stunden bezahlte und knappe 7 Stunden unbezahlte Arbeit. Das sind  $2\frac{1}{2}$  Stunden weniger unbezahlt und 30 Minuten insgesamt weniger Arbeit. Alleinerzieherinnen arbeiten mit knapp 15 Stunden am meisten pro Tag, davon sind rund 9 Stunden unbezahlte Kinderbetreuung. Vergleicht man die Aufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit, so verbringen Männer laut einer Zeitverwendungsstudie von Eurostat gut 63 Prozent ihrer wöchentlichen Arbeitszeit in bezahlter und 37 Prozent in unbezahlter Arbeit. Bei Frauen ist das exakt umgekehrt: Lediglich 37 Prozent ihrer Arbeit wird bezahlt, während der überwiegende Rest von 63 Prozent unbezahlt ist.

### **Teilzeitanteil muss geringer werden.**

Mitunter Grund dafür: Frauen arbeiten meist Teilzeit und übernehmen den Haushalt. In Österreich ist Teilzeitarbeit weiterverbreitet, als in den meisten Industrieländern – und das vor allem bei den weiblichen Erwerbstätigen: 47,3 Prozent der Frauen arbeiteten im Jahresdurchschnitt 2020 Teilzeit. Der Teilzeitanteil bei den erwerbstätigen Männern lag bei 10,7 Prozent. Doch nur eine von fünf Frauen wählt Teilzeit um der Teilzeit willen. Es sind die Umstände, die Frauen in Teilzeit drängen: Sie betreuen Kinder, pflegen Angehörige oder finden keine Vollzeitstelle in ihrem Beruf.

### **Viele Frauen leben in prekären Situationen.**

Gerade am Arbeitsmarkt werden gesellschaftliche Diskriminierungsstrukturen besonders gut sichtbar. Alleinerzieherinnen und Migrantinnen zählen zu jenen Gruppen, die am öftesten in prekären Situationen leben müssen. Menschen mit einer anderen Staatsangehörigkeit als der österreichischen verdienen bis zu 22 Prozent weniger als Österreicher\*innen. Frauen müssen besonders oft in prekären Verhältnissen und bei geringem Lohn arbeiten. Dabei arbeiten sie besonders oft in systemrelevanten Branchen wie Reinigung, Pflege oder Einzelhandel. Marginalisierte Gruppen sind am Arbeitsmarkt oft die ersten, an denen Verschlechterungen „ausprobiert“ werden: Nicht-Einhaltung von Arbeitsrecht, erhöhter Druck in der Arbeit, schlechte Arbeitsbedingungen, unregelmäßige Dienste, überlange Arbeitszeiten, Leiharbeit, Lohnrückerei und Sozialbetrug. Frauen mit Behinderungen haben täglich mit Benachteiligungen zu kämpfen. Oft leben sie in finanziell prekären Verhältnissen und in der Gesellschaft werden sie oft unsichtbar gemacht.

### **Alleinerzieher\*innen können nicht länger warten.**

In Wien waren 2020 61.700 Frauen alleinerziehend. Österreichweit sind 84 Prozent aller Alleinerziehenden Frauen. Davon sind derzeit etwa 45 Prozent armutsgefährdet. Elf Prozent leben unter extremen finanziellen Druck. Heißt, elf Prozent der Alleinerzieher\*innen können sich unerwartete Ausgaben, eine angemessene Beheizung der Wohnung, langlebige Gebrauchsgüter wie Waschmaschine, Telefon oder Auto nicht leisten

## **Gleichstellungspolitik**

und/oder haben Schulden aus Miete oder Hypotheken oder wegen Versorgungsleistungen wie z.B. Stromrechnungen. Und das, obwohl zwei Drittel der alleinerziehenden Personen berufstätig ist. Der Lohn reicht nicht fürs Leben.

### **Dass Kinder in Österreich in Armut leben, ist ein Armutszeugnis für die Regierung.**

Nicht zu wissen, was morgen ist, ist für viele Alleinerzieher\*innen Alltag. Das belastet. Unterstützung von der Bundesregierung? Gibt es kaum. Alleinerzieher\*innen werden im Regen stehen gelassen. Verschärfend hinzukommt: Rund ein Drittel aller Kinder von Alleinerziehenden bekommen keinen Unterhalt und keine Unterhaltersatzleistung. Das bedeutet, dass sie gänzlich ohne Unterhaltszahlungen auskommen müssen. 59.000 Kinder in Österreich sind davon betroffen. Nur jede zweite Alleinerziehende bekommt regelmäßig Kindes-Unterhalt vom Vater des Kindes. Die Alleinerziehenden müssen oft jahrelang warten, bis sie staatliche Unterhaltsvorschüsse bekommen. Neben Alleinerziehenden sind Familien mit mehr als drei Kindern besonders armutsgefährdet. Generell zählen Kinder und Jugendliche zu den Gruppen, die mit 18% von einer hohen Armutsgefährdung betroffen sind. Das bedeutet in konkreten Zahlen, dass in Österreich ca. 324.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet sind.

### **Männer in die Karenz.**

Väterkarenzen haben einen langfristigen Effekt auf die Arbeitsteilung, wenn sie mindestens vier bis sechs Monate dauern. Der Anteil der Männer an Karenz ist jedoch nach wie vor verschwindend gering. Nur zwei Prozent der Väter in Partnerschaften unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit für drei bis sechs Monate, ein Prozent für mehr als sechs Monate. Gehen Männer in Karenz, dann steigen ihre Einkommen danach deutlich stärker als die der Frauen. Viele Eltern wollen sich die Kinderbetreuung teilen. Aber: Für viele Familien zählt das Geld als Argument. Weil der Vater mehr verdient, geht er auch nicht in Karenz. Da hat sich in den letzten Jahren wenig geändert. Im Gegenteil, der Anteil der Väter in Karenz ist sogar leicht gesunken.

### **Junge Frauen brauchen Perspektiven.**

Die psychische Belastung und der Druck auf junge Frauen sind enorm. Zukunftsvisionen werden von Existenzängsten überlagert. Beratungsangebote und psychologische Unterstützung gibt es viel zu wenige. Zu all der Unsicherheit kommt, dass derzeit alles teurer wird. Die Sorge, das tägliche Leben nicht bestreiten zu können, und die Angst vor der Zukunft machen krank. Während der Pandemie wurden die Bedürfnisse von jungen Menschen selten bis gar nicht wahrgenommen und auch bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie werden sie überhört. Viele junge Frauen treffen in Schule oder Lehre nicht auf Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, die Basis für ein selbstbestimmtes Leben legen zu können. Auch der Einstieg in den Arbeitsmarkt ist nicht einfach und viele Frauen werden dabei allein gelassen.

### **Gesundheitssystem muss gerechter werden.**

Ob fehlende Forschung zu Krankheiten, die Frauen überproportional betreffen, die Tabuisierung vom weiblichen Körper oder teure Impfungen gegen HPV – Frauen schauen auch im Gesundheitssystem nur zu oft durch die Finger. Die Pandemie hat die Gesundheitsversorgung in vielen Bereichen verschlechtert. In den letzten zwei Jahren sind insbesondere die Vorsorgeuntersuchungen zurückgegangen, Mammografien um 13 Prozent, andere Krebsvorsorgeuntersuchungen sogar um 75 Prozent. Dazu kommt, dass Diagnostik und Therapie nach wie vor am Durchschnittsmann orientiert sind. Frauenspezifische Symptome und frauenspezifische Krankheiten wie Endometriose fallen werden oft nicht ernstgenommen. Die Situation der Gesundheit der Frauen wird jetzt außerdem dadurch verschärft, dass Long-COVID Frauen öfter betrifft als Männer.

### **Psychische Gesundheit ist Frauengesundheit.**

Auch im Bereich der psychischen Gesundheit gibt es großen Aufholbedarf. Frauen sind dreimal häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen, 90 Prozent der Essstörungen betreffen Frauen. Postnatale Depressionen werden bis heute tabuisiert, obwohl bis zu 20 Prozent der Frauen betroffen sind. Unterversorgung und mangelnder Zugang zu Therapie betrifft vor allem Frauen, da sie oft weniger finanzielle Mittel verfügen. Bei der Psychotherapie übernimmt die Krankenkasse wenig, der Zugang zur psychischen Gesundheitsver-



sorgung lässt zu wünschen übrig. Zudem kommt, dass Frauen häufiger von Doppelbelastungen betroffen und wesentlich häufiger Gewalterfahrungen ausgesetzt sind. Häusliche Gewalt ist eines der vorrangigen Gesundheitsrisiken bei Frauen und Mädchen – von psychischen Folgen über körperliche Verletzungen bis hin zur Lebensgefährdung.

### **In der Pflege geht ohne Frauen nichts.**

Von den derzeit 950.000 pflegenden Angehörigen sind knapp drei Viertel Frauen, wobei ein Drittel im Alter von 51 bis 65 Jahre ist. Mehr als zwei Drittel der Frauen in Wien sind neben der Tätigkeit als pflegende Angehörige auch noch berufstätig. Die Betreuung von Pflegebedürftigen liegt auch im professionellen Bereich ganz fest in Frauenhand. 80 Prozent der Pflegekräfte sind weiblich, ein großer Teil davon sind Frauen mit Migrationshintergrund. Viele von ihnen arbeiten in Teilzeit. Gründe sind die Unvereinbarkeit eines Vollzeitpflegeberufs mit Familie: Personalmangel, Unterbesetzung, horrenden Arbeitszeiten sind in der Pflegebranche Standard. Dazu kommt, dass die Arbeit im Pflegebereich extrem belastend ist und viele den physischen und psychischen Belastungen keine 40 Stunden standhalten können. Das muss sich rasch ändern, denn bis 2030 werden in Österreich rund 100.000 Pflegekräfte fehlen.

### **Altersarmut von Frauen ist das Symptom aller Versäumnisse der österreichischen Politik.**

Frauen bekommen um 40 Prozent weniger Pension als Männer – der Unterschied ist in Österreich so groß wie kaum sonst wo. Für die Pensionshöhe ist sowohl die Einkommenshöhe als auch die Zahl der Beitragsmonate relevant. Bei beiden Faktoren schneiden Frauen schlechter ab. Nur jede zweite Frau arbeitet außerdem bis zum Pensionsantrittsalter, was die Gefahr der Altersarmut erhöht. In Zahlen heißt das: Frauenpensionen liegen durchschnittlich bei 1.100 Euro, die Pensionen der Männer bei 1.800 Euro im Monat. Oft haben Frauen eine so kleine Pension, dass sie davon nicht leben können. Entweder müssen sie auch im hohen Alter noch in Jobs arbeiten oder in Armut leben. Die Auswirkungen des rasch ansteigenden Pensionsantrittsalters von Frauen (ab 2024 bis 2032 auf 65 Jahre), müssen in den Betrieben, aber auch im gesellschaftlichen Diskurs endlich Beachtung finden. Am höchsten ist das Risiko für Altersarmut für alleinstehende Pensionistinnen. 17 Prozent aller Frauen über 65 sind armutsgefährdet, im Jahr 2020 lebten 145.000 Frauen über 65 in Armut.

Armut bedeutet immer Verzicht: Viele können sich nicht mal das Heizen leisten. Theaterbesuche, Reisen oder spontane Ausgaben sind da schon gar nicht drinnen. Heißt, es fehlen die Rahmenbedingungen, unter denen ein selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft möglich sind. Die Möglichkeit, die eigenen Interessen, Erfahrungen und Talente einzubringen und Dinge tun zu können, die Freude machen, sollte kein Luxus, sondern Standard sein. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, dass Menschen in Österreich im Ruhestand ein gutes Leben führen können.

### **Frauen für den Frieden.**

Das Patriachat erschüttert gerade Europa. Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die Demokratie. Seit Ende Februar ist Krieg so nah wie schon lange nicht mehr. Durch Social Media kann man die Zerstörung quasi „live“ mitverfolgen. Und auch vor der Invasion in der Ukraine schon lebten Millionen von Menschen in Kriegsgebieten auf der ganzen Welt oder befanden sich auf der Flucht. Die SPÖ Frauen stehen seit jeher für Frieden. Frauen sind ein wichtiger Teil von Friedensallianzen, sind Friedensstifterinnen und wesentliche Vermittlerinnen in kriegerischen Konflikten. Die Frauenbewegung war stets Speerspitze der Friedensbewegung. In der Tradition der „Frauen für den Frieden“ appellieren wir an die Kriegstreiber, dem Krieg in der Ukraine ein Ende zu setzen und wieder zu diplomatischen Verhandlungen zurückzukehren. Denn im Krieg sind immer die einfachen Menschen die Verlierer\*innen! Millionen sind auf der Flucht, noch mehr müssen in umkämpften Gebieten ausharren und um ihr Leben fürchten. Frauen müssen die Infrastruktur vor Ort aufrechterhalten, selber zu den Waffen greifen oder fliehen, Männer müssen für die Interessen der Machthabenden in den Krieg ziehen. Familien werden zerrissen. Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie machtbesessene Männer Leid und Unglück über Betroffene bringen.

Die Wiener Bevölkerung reagierte auf die Situation in der Ukraine mit einer Welle der Solidarität. Die Bundesregierung kommt eher schleppend in die Gänge. Derzeit mangelt es bei der Behandlung von Geflüch-

## **Gleichstellungspolitik**

teten an allen Enden und Ecken. Die Unterbringung läuft zu langsam, die Unterkünfte sind oft ungeeignet und auf besondere Bedürfnisse insbesondere von Frauen und Kindern wird keine Rücksicht genommen. Menschen auf der Flucht kommen zu uns, um hier Schutz und Aufnahme zu erfahren. Dabei muss die Würde der Menschen gewährleistet werden – egal, ob sie aus der Ukraine, Afghanistan, Syrien oder wo anders herkommen.

### **Wien lebt Solidarität.**

Die Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und die ankommenden Geflüchteten in Wien zeigt: In Wien wird Solidarität gelebt. Unbürokratische Einrichtungen wie das Ankunftscenter in der Leopoldstadt und das Beratungszentrum im Austria Center Vienna bieten Geflüchteten schnelle Hilfe und heißen sie in Wien willkommen. Daneben leistet Wien verstärkt humanitäre Hilfe und finanziellen Unterstützung der NGOs vor Ort. Gleich Anfang März lieferte Wien 95 Tonnen Hilfsgüter in die Ukraine, nach Polen und Moldau, darunter 150 Krankenbetten.

Für Wien ist Solidarität und die gute Behandlung von Schutzsuchenden nicht erst seit dem Ukrainekonflikt wichtig. Doch die Bundesregierung legt Wien oft Steine in den Weg. So wurde die Aufnahme von Geflüchteten aus Moria, zu der sich Wien bereit erklärt hat, von der Bundesregierung nicht ermöglicht. In Wien haben alle einen Platz und können mit der besten Versorgung rechnen.

### **Wien arbeitet heute an einem besseren Morgen.**

Wien lebt Solidarität in allen Bereichen, und das merkt man: Wien ist bei der Gleichstellung Vorreiterin! Im Städtebund-Gleichstellungsindex überholt die Stadt selbst in den Bezirken, die am meisten Ungleichheit aufweisen, noch weit alle anderen Bundesländer. Bei Bildung, Kinderbetreuung, dem Pay-Gap, Gesundheit, Gewaltschutz und der stationären Pflege liegt Wien weit vor Restösterreich. Doch ruhen wir uns in Wien nicht auf unseren Erfolgen aus. Wo es uns möglich ist, ergreifen wir neue Maßnahmen, um das Leben aller Wienerinnen weiter zu verbessern. Dabei ist der Stadt Partizipation ein besonderes Anliegen. Denn wer, wenn nicht die Frauen wissen, was sie brauchen? Ausgangspunkt zukünftiger Maßnahmen bildet daher die Frauenbefragung der Stadt Wien, die dieses Jahr durchgeführt wurde. Wienerinnen ab 14 Jahren konnten mitmachen. Dabei wurde erhoben, was die Frauen in Wien bewegt – um dann mit konkreten Maßnahmen eine noch bessere Zukunft für sie gestalten zu können.

### **Wien packt Probleme an der Wurzel.**

Seit Jahrzehnten gibt es Maßnahmen, um das Leben aller Wienerinnen zu verbessern. Wien schafft ständig mehr leistbaren Wohnraum. Frauenwohnbauprojekte und Maßnahmen wie der Wohn-Bonus für Alleinerziehende bei Gemeindewohnungen und geförderten Wohnungen greifen Frauen gezielt unter die Arme. Durch beitragsfreie Kindergärten und Ganztagschulen entlastet Wien Frauen, ermöglicht eine frühere Rückkehr in den Job und sichert die beste Bildung für junge Wiener\*innen. Der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, der Kindergärten und Ganztagschulen, ist zudem ein wichtiger Schritt, um Beruf und Familie gut vereinbar zu machen. Wien fördert außerdem die Bildung von Frauen von Kinderschuhen an. Der waff (Wiener Arbeitnehmer\*innen Förderungsfonds) unterstützt Frauen mit eigenen Förderprogrammen bei der Weiterbildung, bei beruflicher Veränderung oder einem Wiedereinstieg nach der Karenz. Damit werden Frauen neue Chancen im Beruf eröffnet.

### **Wien lässt niemanden zurück.**

Wien begleitet Frauen außerdem mit zahlreichen Beratungsangeboten und Anlaufstellen. Insbesondere das Frauenzentrum mit Beratungen zu finanziellen Problemen, Wohnen, rechtlichen und psychosozialen Themen, das Frauengesundheitszentrum und der Frauennotruf sowie der Frauenhaus-Notruf bieten rasche Unterstützung. Mit dem Gewaltschutzpaket, das unter anderem ein 5. Frauenhaus beinhaltet, setzt sich Wien außerdem gegen Gewalt an Frauen ein. Wien ist das einzige Bundesland, das die Istanbul-Konvention in Bezug auf Frauenhausplätze und Beratungsstellen erfüllt.



Als die Teuerungswelle auf Österreich zurollte, erarbeitete Wien sofort sinnvolle Maßnahmen, allen voran die „Wiener Energieunterstützung Plus“. Während die Bundesregierung wenig machte, stellte Wien innerhalb kürzester Zeit ein 124,3 Millionen Hilfspaket auf die Beine. Dieses federt mit einem Zuschuss von 200 Euro zielgerichtet die Teuerungen der Energiekosten bei einkommensschwachen Haushalten, insbesondere Pensionist\*innen und Alleinerziehenden, ab. Zudem werden mit der zweiten Säule, der „Energieunterstützung neu“ Rückstände oder Jahresrechnungen teilweise übernommen sowie Energieberatung angeboten und alte Elektrogeräte ausgetauscht. Dazu wird das bisherige Budget der Energieunterstützung um 20 Millionen auf 26 Millionen Euro aufgestockt. Insgesamt 48,3 Millionen Euro werden außerdem an Förderungen für nachhaltige Energieformen sowie für Neubau und Sanierung von Gebäuden ausgeschüttet – denn das Wiener Energiepaket soll auch langfristig Haushalten und dem Klima zugutekommen.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

#### **1. Eine Teuerungsbremse, damit Grundbedürfnisse nicht zum Luxus werden.**

Was es braucht, um den Auswirkungen der Teuerungen Einhalt zu gebieten, ist eine konsequente Teuerungsbremse: eine befristete Halbierung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas und 300 Euro Winterzuschuss bei niedrigem Einkommen. Ein begleitendes Preismonitoring soll sicherstellen, dass Preissenkungen auch bei den Endverbraucher\*innen ankommen. Damit könnte die Regierung die Folgen der Inflation in besonders betroffenen Bereichen abfedern.

#### **2. Die Regierung muss handeln, damit Wohnen wieder leistbar wird.**

Wir fordern die Einführung eines einheitlichen Generalmietrechts für alle Wohnbereiche – unabhängig vom Jahr der Errichtung. Es braucht ein faires System der Mietpreisgestaltung mit klaren Obergrenzen und ohne Unsicherheiten: Vermieter\*innen und Mieter\*innen müssen auf Knopfdruck und rechtssicher feststellen können, wieviel Miete zulässig ist. Wir fordern die Einführung von spürbaren Geldstrafen bei Verletzung dieser Obergrenzen: Wenn Vermieter\*innen vorsätzlich zu hohe Mieten und/oder Betriebskostenabrechnungen verlangen, soll die Geldstrafe bis zu 300 Prozent der zu viel verlangten Miete/Betriebskosten betragen. Zurzeit ist Mietwucher straffrei. Weiters braucht es eine massive Einschränkung der Befristungsmöglichkeiten für Vermieter\*innen. Um langfristig Mietpreise niedrig zu halten, muss Immobilienspekulation gesetzlich bekämpft und der gemeinnützige Wohnbau gestärkt werden.

#### **3. Arbeitszeit muss bei vollem Entgelt- und Personalausgleich verkürzt werden.**

Eine Verkürzung der Arbeitszeit bringt viele Vorteile. Kürzere Arbeitszeiten machen Beschäftigte zufriedener, motivierter und produktiver. Zusätzliche Freizeit sorgt auch dafür, dass es zu Hause gerechter zugeht. Männliche Beschäftigte, die weniger Stunden arbeiten, kümmern sich mehr um Familie und Haushalt. Es wird für Eltern leichter, Job und Familie zu vereinbaren und die bezahlte und unbezahlte Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern wird gerechter aufgeteilt. Arbeitszeitverkürzung für alle könnte auch das Problem der hohen Teilzeitarate lösen: Aus Teilzeit von heute wird die Vollzeit von morgen. Mit entsprechend höherem Gehalt. Das Ende der schlechter bezahlten Teilzeitverträge, heißt auch höhere Einkommen und damit weniger finanzielle Abhängigkeit von einem Partner. Zu Ende gedacht bedeutet mehr Einkommen auch eine höhere Pension.

#### **4. Beweislastumkehr bei Lohntransparenz muss gesetzlich verankert werden.**

Der Gender-Pay-Gap schließt sich nicht von selbst! Frauen verdienen für die gleiche Arbeit noch immer weniger als Männer. Daher braucht es gesetzliche Maßnahmen, die wirklich wirken. Nicht Frauen müssen beweisen, dass sie weniger verdienen, sondern Unternehmer\*innen müssen aktiv nachweisen, dass sie gerechte Löhne zahlen. Neben einem umfassenden Entschädigungsanspruch soll es also auch eine Beweislastumkehr zugunsten von benachteiligten Beschäftigten geben. Das ist insofern wichtig, da Frauen gleich von Anfang an einen Nachteil haben, wenn sie die Diskriminierung vor Gericht beweisen müssen. Außerdem müssen Regelungen zur internen und öffentlichen Lohntransparenz Standard für alle Unternehmen in Europa werden. Damit werden die Arbeitgeber\*innen zur Verantwortung gezogen.

### **5. Es braucht ein Arbeitsmarktpaket für Frauen.**

Die Pandemie trifft Frauen ungleich schwerer als Männer. Es braucht dringend ein Arbeitsmarktpaket für Frauen, damit die Frauen gut aus der Krise kommen. Besonders muss die Situation von jungen Frauen dabei berücksichtigt werden. Wir fordern den Ausbau von Frauenarbeitsstiftungen mit regional maßgeschneiderten Angeboten. Mindestens 50 Prozent der Mittel aus der Corona-Arbeitsstiftung sollen Frauen zur Verfügung stehen. Außerdem müssen ausreichend Weiterbildungsangebote, wie sie z.B. der waff in Wien schon anbietet, für Frauen zur Verfügung stehen. Damit diese auch in Anspruch genommen werden können, braucht es eine finanzielle Absicherung der Frauen, die sich in Weiterbildung befinden. Dazu braucht es eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent zur dringend notwendigen Existenzsicherung von Frauen.

Gerade durch die Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig es ist die Bewertung von Arbeit neu zu definieren. Die Arbeit am Menschen, die zum größten Teil von Frauen geleistet wird, muss umgehend grundlegende Verbesserungen erfahren: sowohl in der Bezahlung als auch bei den Arbeitsbedingungen.

### **6. Situation prekarisierter Gruppen am Arbeitsmarkt muss verbessert werden.**

Sämtliche Analysen zeigen sehr deutlich, dass ausländische Beschäftigte in Österreich am Arbeitsmarkt und in der Arbeit benachteiligt werden. Sie arbeiten oftmals trotz gleicher Qualifikation in Berufen mit geringerem Ansehen in der Gesellschaft. Sie arbeiten in Berufen, die ein hohes Arbeitsplatzrisiko aufweisen, höhere Arbeitsbelastungen mit sich bringen, aber nicht höher entgolten werden. Frauen sind besonders durch ihre Überrepräsentation in Pflege-, Reinigungsberufen und im Einzelhandel betroffen. Wir fordern Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Bei der nicht-Einhaltung des Arbeitsrechts braucht es wirksame Sanktionen, wie z.B. ein „Überstunden-Doppel“ bei systematischer Vorenthaltung von Mehr- und Überstundenentgelt, sowie wirksame Strafen bei Lohndrückerei und Sozialbetrug.

Frauen ohne österreichische Staatsbürgerschaft haben überdurchschnittlich oft ungesunde Arbeitsbedingungen. Das Personal bei den Arbeitsinspektoraten gehört daher zumindest auf das von der Internationalen Arbeitsorganisation verlangte Mindestmaß aufgestockt. Arbeitsbedingungen müssen so geändert werden, dass Arbeitszeiten familienfreundlicher, verlässlicher und gesünder sind und bessere Chancen auf existenzsichernde Einkommen ermöglichen. In der Pflege braucht es verlässliche Arbeitszeiten und ausreichend Zeit für die tatsächliche Pflegearbeit, für Supervision und Weiterbildung. Das geht nur, wenn grundsätzlich mit mehr Personal gearbeitet wird. Um die Situation und die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund, die dauerhaft in Österreich bleiben wollen, zu verbessern, braucht es dringend einen gerechteren Zugang zur Staatsbürgerschaft.

### **7. Selbstbestimmtes Leben mit Behinderung ermöglichen.**

Frauen sind nicht behindert, sie werden be-hindert! Wir wollen, dass alle Frauen ein gutes Leben führen können. Dazu ist es wichtig, dass Behinderungen und Erkrankungen anerkannt und de-stigmatisiert werden, um weitere Benachteiligungen auszuräumen. Im Gesundheitswesen braucht es spezialisierte und leistbare Gesundheitsangebote sowie mehr Sensibilisierung bei Ärzt\*innen. Aus- und Weiterbildung müssen inklusiv gestaltet werden. Wir fordern, dass im Bereich des Arbeitsmarkts und beim Wohnen, passende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um der Prekarisierung entgegenzuwirken. Es braucht einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, um die Selbstständigkeit von Frauen mit Behinderung zu gewährleisten. Ebenso ist eine barrierefreie und inklusive Gestaltung des öffentlichen Raums wichtig.

### **8. Die Unterhaltsgarantie muss umgesetzt werden.**

Die Unterhaltsgarantie wäre ein Meilenstein für die Armutsvermeidung. Demnach sollen Kinder, die mit einem Elternteil alleine leben und deren zweiter Elternteil nicht zahlungswillig oder -fähig ist, unterstützt werden. Im Durchschnitt erhalten Kinder einen gesetzlichen Unterhaltsvorschuss von 250 Euro im Monat. Der Unterhaltsvorschuss muss auf die Höhe des Regelbedarfssatzes aufgestockt werden, wenn Unterhaltszahlungen ganz oder teilweise ausfallen. Wenn Geld bei den banalsten Dingen, wie die Wohnung zu heizen oder Eislaufen zu gehen, fehlt, braucht es den Gesetzgeber, der einspringt.

## 9. Väterkarenz muss mit fixen Väteranteilen zur Regel gemacht werden.

Viele Eltern wollen sich die Kinderbetreuung teilen. Aber: Immer noch gehen viel zu wenige Männer in Karenz. Um das zu ändern braucht es weitere Schritte in gesetzlichen Regelungen, aber auch verstärkte Bewusstseinsarbeit, dass ganze Männer Halbe Halbe machen!

## 10. Familienarbeitszeitmodell zur Förderung von partnerschaftlicher Teilung

Wir fordern die Umsetzung des Familienarbeitszeitmodells. Das ist eine Geldleistung, die Eltern von Kindern bis zum 4. Lebensjahr in einer partnerschaftlichen Teilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit unterstützen soll. Arbeiten beide Elternteile zwischen 28 bis 32 Stunden pro Woche, soll ein steuerfreier Bonus von 250 Euro pro Elternteil pro Monat ausgezahlt werden. Alleinerziehende, die in diesem Korridor arbeiten, sollen ebenfalls 250 Euro erhalten. Bereits bestehende gesetzliche und kollektivvertragliche Regelungen sollen davon unberührt bleiben. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen analog zur Altersteilzeit von der Normalarbeitszeit berechnet und dem Dienstgeber teilweise vom AMS ersetzt werden.

## 11. Alle Kinder Österreichs müssen gut abgesichert sein

Wir fordern einen Anspruch auf Kindergrundsicherung bis zum 18. Lebensjahr. Diese soll nach Einkommen gestaffelt sein. Die universelle Komponente in der Höhe von 200 Euro würden alle Kinder erhalten, die einkommensgeprüfte Komponente von zusätzlich bis zu 425 Euro würde abhängig vom jährlichen Familieneinkommen ausbezahlt. Das bedeutet, alle Kinder hätten Anspruch, einkommensarme Familien würden entsprechend mehr erhalten. Die Leistungen aus der Kindergrundsicherung würden die Finanzierung der materiellen Versorgung, Bildungschancen, sozialen Teilhabe und gesundheitlichen Entwicklung garantieren.

Kinder brauchen den besten und den gleichberechtigten Zugang zu Bildung. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz und einen weiteren Ausbau des Ganztags- und des Ferienbetreuungsangebots. Damit für Kinder nur die besten Bedingungen zur Verfügung stehen braucht es bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Elementarpädagogik und im Hort. Denn nur mit guten Arbeitsbedingungen kann die Qualität der Betreuung sichergestellt werden. Die Bundesregierung muss mind. 1 Mrd. für den Ausbau und die nachhaltige Finanzierung der Kinderbildungseinrichtungen zur Verfügung stellen und endlich ein bundeseinheitliches Rahmengesetz für die Elementarpädagogik beschließen.

## 12. Junge Frauen brauchen eine Ministerin, die auf ihrer Seite steht.

Orte der Bildung und Ausbildung müssen sichere Orte für junge Frauen sein. Mädchen und junge Frauen in der Schule oder in der Lehre brauchen gute Rahmenbedingungen. Dazu müssen niederschwellige Beratungsangebote und Anlaufstellen ausgebaut werden. Auch die Beratung vor der Lehre muss ausgebaut werden, um das Ziel, mehr Mädchen in technische Berufe und Buben in soziale Berufe zu bringen, zu erreichen. Außerdem müssen mehr Mitsprache und Beteiligung garantiert werden. Es braucht Maßnahmen, die den Leistungsdruck in Schule und im Studium entschärfen, die Bildung für alle öffnen und dabei niemanden zurücklassen. Es braucht ein Neudenken der Matura, anstatt zurück „zum Alten“ zu laufen. Es braucht kostenlosen Zugang zu Menstruationsartikeln und Verhütungsmitteln sowie frauenspezifische Maßnahmen in der Gesundheitsversorgung junger Frauen, insbesondere einen Ausbau der psychologischen Angebote. Es braucht endlich eine Politik, bei der junge Frauen nicht auf der Strecke bleiben.

## 13. Frauengesundheit darf kein Randthema der medizinischen Grundversorgung bleiben.

Die drastische Abnahme an Vorsorgeuntersuchungen ist alarmierend. Dazu kommt, dass Diagnostik und Therapie nach wie vor am Durchschnittsmann orientiert ist. Für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung muss sich die Medizin auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen ausrichten. Spezifische Krankheiten wie Endometriose müssen in den Fokus der Forschung genommen werden. Wir fordern eine Schwerpunktsetzung auf Gender-Medizin in Ausbildung, Forschung und Anwendung. Gendersensible Forschung und in Folge Diagnostik und Behandlung sind essentiell, um allen Menschen denselben Zugang zu Gesundheit zu gewährleisten.

Außerdem zeigen erste Studien, dass Long-COVID Frauen öfter betrifft als Männer. Die Forschung zu Long-COVID muss unbedingt weiter fortschreiten. Zudem fordern wir zur Absicherung der Erkrankten, dass berufsbedingte COVID-19 Erkrankungen als Berufskrankheit anerkannt werden. Derzeit ist das nur in wenigen Sparten möglich. Auch im Bereich der psychischen Gesundheitsversorgung braucht es dringend Maßnahmen. Wir fordern den Ausbau der Primärversorgungszentren als kostenlose Therapieplätze für Kinder und Erwachsene, die an Folgen der Pandemie leiden. Außerdem braucht es allgemein den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung auf Kasse.

### **14. Der Pflegeberuf muss attraktiver werden.**

Pflegekräfte müssen ausreichend und der gesellschaftlichen Relevanz entsprechend entlohnt werden. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden z.B. durch die Deckelung der Arbeitszeit. Pflegekräfte leisten körperliche und psychische Schwerarbeit. Sie müssen daher Zugang zur Schwerarbeitspension haben. Wir fordern, dass auch Ausbildungszeiten zu den 45 Versicherungsjahren gerechnet werden.

In wenigen Jahren wird Österreich mit einem noch größerem Pflegekräftemangel konfrontiert sein, als jetzt. Wir fordern eine Pflegeoffensive bei der die Ausbildungsplätze verdoppelt werden und die Pflegeausbildung in ganz Österreich kostenlos wird. Außerdem braucht es mehr Anreize für die Pflegeausbildung. Damit kann gleichzeitig Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Nach dem Vorbild des Wiener Modells der Ausbildungs-offensive soll der Ein- oder Umstieg in den Pflegeberuf attraktiver werden. Wir fordern zudem die Einführung eines staatlichen Pflegefonds. Der Staat muss alle Kosten für mobile Pflege oder die Pflege im Pflegeheim übernehmen.

### **14. Gegen Altersarmut braucht es konkrete Maßnahmen.**

Altersarmut von Frauen ist das Symptom aller Versäumnisse der österreichischen Politik. Kurzfristig braucht es zielgerichtete Maßnahmen für Menschen, die von Altersarmut betroffen sind. Wir fordern eine höhere Anrechnung der Karenzzeiten sowie eine vorgezogene, erhöhte Pensionsanpassung in der Mitte des Jahres. Als Sofortmaßnahme fordern wir einen Teuerungshunderter für Pensionist\*innen. Weiters fordern wir einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit, damit Frauen eine höhere Chance haben, tatsächlich bis zum Pensionsalter in Beschäftigung zu bleiben. Die Möglichkeit der Altersteilzeit und ein entsprechender Rechtsanspruch muss auch für alle Beamten/innen und Vertragsbediensteten geschaffen werden. Zusätzlich braucht es eine bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten.

### **15. Wir stehen weiter für Frieden in Europa und der Welt.**

Die Sozialdemokratie muss sich weiterhin als Friedensbewegung verstehen und positionieren. Wir als SPÖ Frauen stehen für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik. Wir fordern die Unterstützung für Menschen auf der Flucht und sichere Fluchtkorridore insbesondere für Frauen und Kinder. Frauen sind zusätzlichen Gefahren ausgesetzt, das bedeutet es muss Programme geben, um Frauen vor Menschenhandel zu schützen. Sicherheitspolitik muss stets die Situation der vulnerabelsten Gruppen der Gesellschaft im Auge haben und diese miteinbeziehen. Wir fordern eine Friedenskonferenz mit weiblichen, internationalen Vertreter\*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Gewerkschaft, Religionen sowie Kunst und Kultur.

Die Situation für Geflüchtete in Österreich muss sich verbessern. Die Zivilbevölkerung und zahlreiche Organisationen leisten seit Wochen großartige Arbeit, um den geflüchteten Menschen aus der Ukraine zu helfen. Die Bundesregierung lässt jedoch auf sich warten. Die Bundesregierung muss klare Konzepte vorgelegen, statt sich hinter leeren Phrasen zu verstecken. Willkommen heißen alleine reicht nicht! Es braucht klare Konzepte und Ressourcen für die Integration der Menschen - in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft. Dabei muss sichergestellt werden, dass vertriebenen Kindern und Jugendlichen ein bestmöglicher Schulalltag gegeben wird, dass Erwachsene Zugang zum Arbeitsmarkt haben, ohne um ihre Unterstützung oder Bleibe aus der Grundversorgung fürchten zu müssen. Das ist längst überfällig und muss allen Geflüchteten, egal woher sie sind, garantiert werden.

Wir fordern außerdem gendersensible Maßnahmen und Konzepte, die den Bedürfnissen von geflüchteten Frauen entsprechen. Der Zugang von Frauen zur Gesundheitsversorgung, zu passenden, schnell verfüg-

baren und sicheren Unterkünften und zu Bildung muss gewährleistet werden. Die würdevolle Behandlung von Geflüchteten muss immer Priorität sein. Hilfestellungen und Unterstützung müssen auch nach dem Abflachen der ersten Solidaritätswelle gegeben sein, und zwar für alle Geflüchteten, egal woher.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

# Brot und Rosen

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Teuerung, Klimakatastrophe, Krieg und Pandemie – eine Krise jagt die nächste. Die Auswirkungen bekommen wir jeden Tag zu spüren. Das Leben geht sich bei vielen aufgrund der steigenden Preise hinten und vorne nicht mehr aus. Mit Angst vor der nächsten Rechnung und Sorgen über die Miete ins Bett zu gehen, ist für viele Frauen bittere Realität.

Damit ein gutes Leben für alle Frauen garantiert werden kann, braucht es zuerst eine Absicherung der Existenzgrundlage. Wer sich um Wohnen und Essen sorgen muss, hat meistens auch keinen Kopf für Freizeit und Hobbys. Als SPÖ-Frauen haben wir es uns zum Ziel gesetzt, Österreich so zu gestalten, dass Frauen mehr vom Leben haben. Damit Zeit bleibt – Zeit für sich, für Freund\*innen, Familie und Freizeit –, muss aber an den großen Schrauben gedreht werden. Unsere Vorstellung von einem guten Leben ist mehr, als nur grad so über die Runden zu kommen. Dafür setzen wir uns Tag für Tag in unserer Arbeit ein: Sorgenfreiheit garantieren, Zeit schaffen und ein gutes Leben ermöglichen!

## 1. Gerechte Löhne

Während die Preise in die Höhe schnalzen, kämpfen Gewerkschaft und Arbeitnehmer\*innenvertreter\*innen um jeden Cent. Große Konzerne fahren Übergewinne ein, geizen aber bei den Löhnen. Schon vor den Rekordteuerungen waren viele Menschen in Österreich trotz Arbeit armutsgefährdet. Diese Zahl wird nur größer werden. Besonders Angestellte im Niedriglohnsektor – überwiegend Frauen – und Personen, die Teilzeit arbeiten, können vom Gehalt kaum oder gar nicht leben. Die meisten systemrelevanten Berufe wie die Pflege, Elementarpädagogik, das Transportwesen, der Reinigungssektor oder der Lebensmittelhandel werden nicht nur schlecht entlohnt, sondern haben auch schlechte Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsverträge sind Teilzeit bis prekär, man muss flexibel sein, bekommt aber eine geringere soziale Absicherung.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Die Löhne müssen stärker steigen als die Preise. Insbesondere in systemrelevanten Berufen wie der Pflege. Gerade angesichts der Teuerung ist eine starke Lohnerhöhung notwendig, damit das Leben finanzierbar bleibt.
- Insbesondere geringe Einkommen müssen durch Erhöhungen und Mindestbeträge entlastet werden, weil sie von der Inflation besonders betroffen sind.
- 2000 Euro Mindestlohn in allen Kollektivverträgen.

## 2. Faire Sozialleistungen

Durch die Inflation haben arbeitslose Personen im Schnitt Kaufkraft in der Höhe von 176 Euro im Monat verloren. Da die Preise so stark ansteigen, die Sozialleistungen allerdings gleich bleiben, ist das Arbeitslosengeld ca. 16% weniger wert als noch vor einem Jahr. Das ist angesichts der ohnehin schon prekären Lage von arbeitslosen Personen unverträglich. Während Löhne und Gehälter und andere Sozialleistungen größtenteils jährlich an die Inflation angepasst werden, gibt es beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe keine Inflationsanpassung. Die Bundesregierung verkündete 2022 das Scheitern der angekündigten Reform der Arbeitslosenversicherung, da sich Türkis-Grün nicht einigen konnte. Konsequenz ist, dass Bezieher\*innen von Notstandshilfe und Arbeitslosengeld noch lange auf die Inflationsanpassung warten können. Zynischerweise überlegte Arbeitsminister Kocher 2022 noch, das Arbeitslosengeld bei Langzeitarbeitslosen zu kürzen.



**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70% der Nettosatzrate des letzten Einkommens. Derzeit liegt das Arbeitslosengeld bei 55% des letzten Einkommens. Heißt, dass Menschen, die arbeitslos werden, mit einem Schlag nur mehr knapp die Hälfte des Geldes monatlich zur Verfügung haben als zuvor.
- Valorisierung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe, das heißt, eine jährliche Anpassung an die Inflation.
- Keine Kürzung, sondern eine sinnvolle Ausweitung bestehender Sozialleistungen.

**3. Mehr Freizeit für Frauen**

Die Wiener Frauenbefragung hat gezeigt, dass unbezahlte Arbeit nach wie vor nicht gleich verteilt ist, und dass Frauen die Hauptlast tragen. Selbst Frauen in Vollzeitarbeit oder mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen klagen über mangelnde Gerechtigkeit in der Aufteilung. Umfragen zeigen aber auch, dass sich viele Männer wünschen, mehr Zeit für die Kinderbetreuung zu haben. In der Praxis gibt es bei Männern viele Hindernisse, Elternkarenz oder Elternteilzeit in Anspruch zu nehmen, z.B. durch einen Mangel an betrieblichen Gleichstellungsstrategien in männerdominierten Branchen. Um ein echtes Halbe Halbe zu ermöglichen, braucht es konkrete Maßnahmen zusätzlich zu einer Arbeitszeitverkürzung.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Dass Frauen für den Haushalt und Kinder zuständig sind, ist immer noch in vielen Köpfen fest verankert. Gleichzeitig ist belegt, dass diese überholten Rollenbilder durch Informationskampagnen vom Kindesalter an überwunden werden können. Dass Hausarbeit gemeinsame Sache von Partner\*innen sein muss, kann für Männer selbstverständlich werden.
- Rollenbilder beeinflussen auch die Berufswahl. Es braucht Maßnahmen, damit der Arbeitsmarkt nicht mehr entlang von „männer- bzw. frauendominierten Berufen“ geteilt ist.
- Zusätzlich braucht es Schulungen zu sexistischer Benachteiligung und zur proaktiven Förderung von Mädchen in Schul-, Aus- und Weiterbildung.
- Auch muss das Bewusstsein durch Schulungen in Betrieben gestärkt werden, damit Männer, die z.B. in Karenz gehen, dies ohne Hürden und Stigma tun können.
- Das Modell der Familienarbeitszeit der Arbeiterkammer und des ÖGB soll ergänzend zur Elternteilzeit einen Anreiz für Eltern schaffen, sich die Kinderbetreuung aufzuteilen. So soll beiden Eltern oder auch Alleinerziehenden eine Geldleistung zustehen, wenn beide Elternteile nach der Karenz ihre Arbeitszeit auf 28 bis 32 Stunden verkürzen oder anheben. Heißt, es soll jedem Elternteil eine Geldleistung zustehen, wenn die Arbeitszeit in den ersten vier Jahren des Kindes zwischen 28 und 32 Stunden beträgt. Das Modell sieht eine 250 Euro steuerfreie Pauschale pro Elternteil pro Monat vor.

Als Sozialdemokrat\*innen stehen wir für ein Leben, das mehr ist, als nur zu überleben. Unser Ziel ist es, allen Menschen ein freies, selbstbestimmtes und gutes Leben zu ermöglichen. Neben materieller Absicherung bedarf es also auch Maßnahmen, die ein gutes Leben ermöglichen, wie der Zugang zu Fort- und Weiterbildung, leistbare Freizeitangebote und gute Arbeitsbedingungen.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Schaffung bundesweiter Programme zur Förderung von Aus- und Weiterbildung speziell für Frauen, auch während der Arbeitszeit.
- Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in Bezug auf kostenfreie und günstige Freizeit- und Kulturangebote.

## Gleichstellungspolitik

- Ausbau öffentlicher, leistbarer Freizeitangebote für Kinder mit Fokus auf Mädchenförderung.
- Schaffung und Ausbau von Ferienangeboten wie den Summer City Camps in Wien.
- Schaffung und Ausbau konsumfreier Räume.
- Ausbau von barrierefreien Freizeitangeboten und Beratungsstellen.

### 4. Faire Pensionen

Auch Pensionen schrumpfen im Wert durch die Teuerungen drastisch. Die Erhöhung um 5,8% zum Jahreswechsel blieb weit hinter der Inflation zurück. Pensionist\*innen sind eine der Gruppen, die besonders häufig von Armut betroffen sind, insbesondere Frauen in Pension.

Die Regierung hat angekündigt, als Antwort auf die Altersarmut von Frauen das automatische Pensionsplitting einzuführen. Dies alleine ist jedoch keine wirksame Strategie zur Verringerung von Frauenarmut. Stattdessen verteilt es Armut innerhalb von Familien um. Denn durch das Pensionsplitting erhalten Familien in Summe nicht mehr Pension, sondern ein\*e Partner\*in weniger und nur der\*die andere etwas mehr. Außerdem wirft es zahlreiche Probleme auf und führt schlimmstenfalls sogar zu einer Senkung des Anspruches eine\*r Partner\*in gegenüber dem Staat in Bezug auf die Ausgleichszulage. Die Intention, niedrige Frauenpensionen zu erhöhen, ist absolut notwendig. Ein Splitting macht Frauen aber tendenziell auch abhängig von einem gut verdienenden Partner. Und es verfestigt herkömmliche Rollenbilder und zementiert für Mütter die Teilzeitfalle.

#### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Anhebung der Pensionen entlang der tatsächlichen Inflation.
- Aufhebung der Aliquotierung für Fairness bei den Pensionen.
- Anhebung der Mindestpension und Ausgleichszulage.
- Verbesserte Anrechnung der Kindererziehungszeiten statt automatisches Pensionsplitting.

### 5. Beste Bildung von klein an

Die Gratis-Kindergärten Wiens zeigen, dass ein gutes Angebot die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert und zur Gleichstellung der Geschlechter wesentlich beiträgt. Deswegen ist die Investition in Kinderbildungseinrichtungen unerlässlich. Die Bundesregierung hat zu diesem Zweck eine „Kindergartenmilliarde“ angekündigt. Diese ist aber eine Mogelpackung. Erstens wird die „Milliarde“ über die nächsten fünf Jahre aufgeteilt. Und sie ist ohnehin keine zusätzliche Milliarde.

Insgesamt stellt die Regierung nur 200 Mio. Euro pro Jahr für Elementarpädagogik statt der bisherigen 142,5 Mio. Euro zur Verfügung. Heißt, Milliarde beziehen sie darauf, dass innerhalb der nächsten 5 Jahre eine Milliarde statt rund 710 Mio. zur Verfügung stehen soll. Die Erhöhung ist zwar begrüßenswert, aber viel zu gering. Angesichts der Teuerungen können davon weder Löhne angehoben, Arbeitsbedingungen verbessert, noch Öffnungszeiten ausgeweitet werden. Dabei gibt es gerade bei den Kindergärten in Österreich viel zu tun.

#### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Wir fordern mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr für ein besseres Betreuungsangebot, längere Öffnungszeiten, bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten und einen Rechtsanspruch auf gratis ganztägige Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr.



- Wir fordern die Einführung einer Kindergrundsicherung nach dem Modell der Volkshilfe zur Bekämpfung von Kinderarmut.

## **6. Faire Steuern**

Österreichs (fehlende) Steuern sind ein Schlaraffenland für Reiche. Nicht nur werden Erbschaften und Vermögen nicht besteuert, die Regierung hat auch noch vor, die Körperschaftssteuer zu senken. Sozialleistungen kürzt die Regierung fleißig und gleichzeitig wird es als unmöglich dargestellt, Reiche fair zu besteuern. Das Einführen von Vermögenssteuern ist ein sinnvolles Instrument, um Ungleichheiten entgegenzutreten. Außerdem wird von Steuern der Sozialstaat finanziert: Bildung, Pflege, Gesundheit, Infrastruktur und soziale Absicherung könnten so ausgebaut werden.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Wir fordern Steuern für private Nettovermögen von über 1 Million Euro zur Finanzierung wichtiger Sozialleistungen. Die Steuer alleine könnte dem Sozialstaat jährlich etwa fünf Milliarden Euro bringen und der Schere zwischen Arm und Reich und auch den Vermögensunterschieden zwischen Männern und Frauen entgegenwirken.
- Außerdem müssen Erbschaften über 1 Mio. Euro besteuert werden. Erbschaften in Österreich sind hauptverantwortlich für die ungleiche Verteilung des Wohlstands.

In der größten Teuerungswelle seit 50 Jahren fahren Großkonzerne Übergewinne ein. Die Inflation wird zwar unter anderem vom Ukraine-Krieg und den Nachwirkungen der Pandemie mitverursacht, die Übergewinne zeigen aber auch deutlich: Die Teuerung hat auch Gewinner, die die Gunst der Stunde nutzen. Auf unsere Kosten. Wir fordern schon lange, dass Konzerne sozial gerecht besteuert werden müssen. Die Regierung, vor allem die ÖVP, hat sich dagegen lange quer gestellt. Im November 2022 haben sie dann doch ein Modell vorgestellt. Nur nicht ganz freiwillig! Die EU schreibt eine Mindestabgabe von 33% der Übergewinne seit Dezember vor. Das Modell der Bundesregierung erfüllt gerade mal diese Mindestvorgabe. Wie gut das für die Konzerne ist, zeigte sich, als die Aktienkurse dieser am Tag der Ankündigung nach oben schnellten.

### **Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Wir fordern eine sinnvolle Besteuerung von Übergewinnen mit 90% nach dem Modell der AK und des ÖGB. Damit die Übergewinne der Allgemeinheit zukommen und nicht in den Taschen der Manager und Konzernvorstände landen.

## **7. Anti-Teuerungsmaßnahmen**

Gerade jetzt brauchen wir wirksame Maßnahmen, um die Preisanstiege abzufedern. Während andere Regierungen wie Spanien sinnvolle Maßnahmen setzen, schaut die österreichische Bundesregierung zu, wie die Preise explodieren. Vor allem die Miet- und Energiepreise treiben die Lebenskosten in die Höhe. Strom wird an der Börse ganz im Sinne des „freien Marktes“ gehandelt. Denn neben langfristigem Handel zu fixen Preisen müssen Stromanbieter oft kurzfristig Strom an der Börse kaufen, sollte mehr Nachfrage bei den Kund\*innen bestehen, als beim langfristigen Handel eingeplant. Stromanbieter kaufen also Strom an der Börse. Dieser Kauf der „Restmengen“ bestimmt den Preis für den Strom am Markt und treibt diesen in die Höhe. Und das, obwohl die Stromanbieter den Großteil des Stroms bereits vor Jahren zu einem viel niedrigeren Preis gekauft haben. Der Preis entsteht dabei nach dem „Merit-Order-Modell“. Dieses funktioniert so: Ein Stromanbieter kauft zunächst Strom vom billigsten Erzeuger. Das sind in der Regel Erzeuger von erneuerbarer Energie. Danach kaufen sie vom zweitbilligsten Erzeuger und so weiter, bis die Nachfrage gedeckt ist. Das letzte Kraftwerk, von dem Strom gekauft wird, ist also das teuerste in der Reihe. Und nach diesem richtet sich der Preis für den gesamten Strom auf dem Markt.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Entkopplung des Strompreises von fossilen Energien.
- Orientierung am Preis der erneuerbaren Energieanbieter.
- Behördliche Festlegung von Preisen.
- Deckelung der Energiepreise.

Die Mieten sind allein 2022 um durchschnittlich 5,8% gestiegen. 2023 droht eine Erhöhung um durchschnittlich 8,6%. Auch die Betriebskosten steigen massiv. Mieter\*innen sind den Erhöhungen alternativlos ausgeliefert und Wohnen wird für viele zur Schuldenfalle. Die Bundesregierung lässt dies einfach geschehen. Und selbst wenn sie Maßnahmen ergreift, sind diese so verwässert, dass sie jede Schlagkraft verlieren. Das kann man beim Makler\*innen-Gesetz sehen: Ab Juli gilt, wer eine Makler\*in beauftragt – in der Regel Vermieter\*innen – zahlt. Die Regierung hat aber zahlreiche Hintertüren eingebaut, die auch weiterhin dazu führen, dass Mieter\*innen die Kosten umgehängt bekommen.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Einfrieren der Richtwert- und Kategoriemieten bis 2025.
- Danach soll die Mieterhöhung von der Inflation entkoppelt und mit maximal zwei Prozent begrenzt werden.
- Österreichweite Mietobergrenzen: Einführung eines Universalmietrechts für alle Mietarten mit festgelegten Obergrenzen und klar definierten Zu- und Abschlägen.
- Abschaffung der Befristungen bei Mietwohnungen für Immobilienkonzerne, Versicherungen und andere große Wohnungseigentümer\*innen.
- Schließung der Lücken bei der Abschaffung der Makler\*innengebühren für Mieter\*innen.
- Einführung einer wirksamen Leerstandsabgabe.

## 8. CO<sub>2</sub>-Steuer sozial gerecht gestalten

Die Klimakatastrophe ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Aus frauenpolitischer Sicht ist das Handeln gegen die Klimaerwärmung auch deshalb wichtig, da Frauen vom Klimawandel und den Folgen härter betroffen sind und sein werden, als Männer. Umso wichtiger ist es, sinnvolle Maßnahmen zu setzen, die auch von der breiten Bevölkerung mitgetragen werden. Seit 2022 ist die neue CO<sub>2</sub>-Steuer der Bundesregierung in Kraft und mit ihr die Auszahlung des Klimabonus. Dieser wird regional gestaffelt berechnet, anstatt nach sozialen Kriterien. Folge: In Prozent ihres Einkommens werden Haushalte mit geringen Einkommen stärker belastet als Haushalte mit hohem Einkommen. Im Angesicht der Teuerungen verschärft das die Situation vieler Haushalte noch einmal. Um die CO<sub>2</sub>-Steuer tatsächlich sozial gerecht zu gestalten, braucht es ein treffsicheres Modell der Rückverteilung. Für die langfristige Wirksamkeit braucht es aber vor allem einen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, der CO<sub>2</sub>-Einsparnisse ermöglicht.

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Treffsichere Rückverteilung der CO<sub>2</sub>-Steuern über Maßnahmenmix nach sozialen Kriterien. Sinnvolle Regulierungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen: Eine CO<sub>2</sub>-Steuer alleine macht Umweltverschmutzen einfach teurer, schränkt dies aber nicht ein, insbesondere bei Haushalten mit hohem Einkommen oder Unternehmen. Zusätzliche Maßnahmen sind daher unumgänglich.

- Bundesweite Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel und Radinfrastruktur.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**

# Neue Fundamente für Frauenrechte

Eingebracht von: Josefstädter SPÖ-Frauen

**Vor 100 Jahren** wurden die Fundamente für Frauenrechte in der jungen Demokratie Österreichs gelegt. Wesentliche Meilensteine waren:

- Die Einführung des allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrechtes
- Die Zulassung von Frauen zum ordentlichen Universitätsstudium und zum Abschluss desselben
- Die Verwirklichung von gleicher Schulbildung für Mädchen und Burschen
- Die Beseitigung von schwerer Ausbeutung in typischen Frauenberufen, z.B. durch das Hausgehilfingengesetz
- Wichtige Errungenschaften im Hinblick auf Frauengesundheit, z.B. durch die Einführung von Mutterschutz

**Vor 50 Jahren** wurden mit dem Internationalen Jahr der Frau der UNO und der SPÖ-Alleinregierung weitere Fundamente zur Gleichstellung umgesetzt. Unter anderem mit folgenden Maßnahmen

- Erster Frauenbericht der Bundesregierung
- Fristenregelung: Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper
- Familienrechtsreform: Gleichstellung der unehelichen Kinder und Rechte für ihre Mütter, Recht der Frau auf ihren Namen
- Gleiche Rechte für Frauen in der Familie
- Schutz vor Gewalt
- Gleichberechtigung im Arbeitsleben
- Die Einführung von Quoten um die Präsenz von Frauen in Politik und Wirtschaft zu erhöhen

Das 2. Jahrtausend ist geprägt von zahlreichen neuen Entwicklungen und zum Teil rasanten Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, ein neues Fundament der Frauenrechte zu errichten. Themenbereiche, die dabei eine Rolle spielen, sind u.a.:

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (nicht nur) in der Arbeitswelt, neue Formen der Kommunikation zwischen Lüge und Wahrheit - zwischen Hass und Solidarität, dem Ende der „lebenslangen Kleinfamilie“ und der Etablierung neuer Formen des Zusammenlebens, Fragen des Rechtes über den eigenen Körper zwischen Modellierungszwang, Selbstbestimmung und Rückwärtsgewandtheit wie wir ihn im Bereich des Schwangerschaftsabbruchs sehen. Die Auswirkungen der Klimakrise auf Frauen, die wieder erstarkende Kriegslogik, aber auch soziale Fragen wie Alters- und Kinderarmut oder „Working Poor“.

Zu vielen dieser Aspekte fehlen aber aktuelle statistische Grundlagen. Genaue Daten sind jedoch notwendig, um überprüfen zu können, inwiefern die alten Fundamente und Errungenschaften der Frauenpolitik noch Bestand haben und wo es Weiterentwicklung oder neue Maßnahmen braucht.

Wie schon in der Vergangenheit wird auch dieser nächste Schritt nicht ohne die bestimmende Mehrheit der SPÖ verwirklicht werden können.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Die Umsetzung eines umfassenden Frauenberichts, analog zum ersten Frauenbericht der Bundesregierung, in dem überprüft wird, inwiefern die gesetzlichen Rechte sich in der alltäglichen Wirklichkeit von Frauen niederschlagen und umfassende Daten zur Lebenssituation von Frauen erhoben und ausgewertet werden. Außerdem sollen regional verwendbare Daten und Fakten erhoben werden.
- Die Entwicklung eines Frauenrechtskatalogs des 2. Jahrtausend für Österreich und Europa in Zusammenarbeit und Diskussion mit allen, die dazu beitragen wollen.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**



# **Internationale Solidarität**



Antrag 43

## Frau - Leben - Freiheit!

Eingebracht von: Bundesfrauenvorstand

Mehr als 365 Tage, über ein ganzes Jahr – so lange protestieren bereits mutige Menschen im Iran – für Frauen, für Menschenrechte. Und auch für individuelle Freiheiten als Volksgruppe!

Tagtäglich sterben Menschen, weil sie für Demokratie, Freiheit, Pressefreiheit, Frauen- und Menschenrechte auf die Straße gehen – unter ihnen Journalistinnen, Journalisten, Studierende, Aktivistinnen und Aktivisten, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler, LGBTIQ-Personen. Trauriger Anlassfall und Auslöser für die breiten Proteste und die feministische Revolution im Iran war der Tod der jungen Frau Jina Mahsa Amini, die von der iranischen Sittenpolizei festgenommen und kurze Zeit später – offenbar in Haft – gestorben war. Verprügelt, gefoltert, zu Tode gekommen. Wegen eines von ihnen willkürlich, definierten Verstoßes gegen die Kleiderordnung. Sie war Kurdin! Deshalb ist es wichtig ihren Namen hervorstreichend: Jina – denn Jina bedeutet Leben. Und dem entspringt auch der Leitspruch der Revolution: Jin – Jiyan – Azadi. Frau, Leben, Freiheit!

Es ist grausam und entmenschlichend, wenn Regime Menschen vorschreiben, wie sie ihre Kinder zu benennen haben, welche Namen sie nicht verwenden dürfen. Kurdische Namen. Es ist gleichzusetzen mit der Beraubung der eigenen Identität. Der Name Jina Aminis ist zu einem Code, einer Bewegung, einer Revolution geworden! Deshalb ist es wichtig sich auch hier in Österreich solidarisch zu zeigen – mit den Menschen, die im Iran protestieren und die Freiheit ihrer Rechte verlangen.

Solidarisch sein heißt hinzuschauen, auf die Straße zu gehen, die Namen der Ermordeten und Inhaftierten laut auszusprechen. Wir müssen dem Regime zeigen, dass wir die willkürlichen Inhaftierungen, Verurteilungen und Ermordungen nicht hinnehmen. Das ist auch die Aufgabe von politischen Vertreterinnen und Vertretern – sich immer wieder außenpolitisch zu Wort zu melden und Menschenrechtsverletzungen sichtbar zu machen!

Gerade am traurigen ersten Jahrestag des Todes von Jina Amini ist das Terrorregime besonders grausam gegen Demonstrantinnen und Demonstranten vorgegangen. Die vermehrten Angriffe, insbesondere im vergangenen Jahr, auf Kurdinnen und Kurden – auch in Syrien oder der Türkei – sind auf das Schärfste zu verurteilen. Bei all diesen Angriffen geht es ausschließlich darum, Kurdinnen und Kurden zu verdrängen und aus den Regionen zu bekommen. Das ist nicht zu akzeptieren. Wir erwarten uns hier IMMER eine klare Haltung der Bundesregierung, sowie der Europäischen Union! Aber wir stehen an ihrer Seite – an der Seite von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. An der Seite von säkularen, modernen und weltoffenen politischen Kräften. An der Seite der Freiheit der Kurdinnen und Kurden.

Jin – Jiyan – Azadi. Frau, Leben, Freiheit!

### Die SPÖ-Frauen fordern daher:

- Das iranische Regime wird aufgefordert alle unrechtmäßig Inhaftierten freizulassen, faire Verfahren zu ermöglichen. Das Regime wird weiters aufgefordert die Todesstrafe sofort abzuschaffen und einen unverzüglichen Stopp des Vollzugs von Todesurteilen einzuleiten. Die SPÖ bekennt sich dazu, dass die iranische Revolutionsgarde auf die EU-Terrorliste gesetzt werden soll.

### Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss der Konferenz

### Annahme

## Antrag 44

**Solidarität mit den Frauen in Afghanistan und im Iran**

Eingebracht von: SPÖ-Frauen Wien

Die Lage der Frauen und Mädchen in Afghanistan hat sich trotz vorgeblicher Versprechungen extrem verschlechtert: Keine Bildungsmöglichkeiten, Zwangsverheiratung, Ausschluss aus dem öffentlichen Leben. Das sind nur einige Beispiele. Der Protest gegen diese Unterdrückung und die Solidarität hält sich jedoch in Grenzen. Konferenzen und Deklarationen über feministische Außenpolitik bleiben nur Papier, wenn der Protest, die Hilfe und die Solidarität im konkreten Fall unterbleiben. Frauen- und Integrationsministerin Susanne Raab versagt hier auf ganzer Linie. Statt in ihrem Zuständigkeitsbereich tätig zu werden und Maßnahmen zu setzen, die betroffenen Frauen helfen, schweigt sie. Dabei gäbe es nicht nur außenpolitisch, sondern auch in Österreich viele Möglichkeiten und viel Handlungsbedarf zur Unterstützung afghanischer und iranischer Frauen.

Im Iran hat sich nach der grauenvollen Ermordung von Mahsa Amini am 14. September 2022 durch die Teheraner „Sittenpolizei“, eine mutige Protestbewegung von Frauen und Männern gebildet. Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen waren die Folge. Auch hier verhielt sich die offizielle österreichische Außenpolitik verhalten.

**Die SPÖ-Frauen fordern daher:**

- Ständige Beobachtung und öffentliche Einberufung des Botschafters.
- Protestnoten und Resolutionen in den zuständigen internationalen Organisationen und NGOs wie Amnesty International, UNICEF, Roter Halbmond durch die österreichische Außenpolitik.
- Klare Positionierung und Solidarisierung der österreichischen Bundesregierung, des Außenministeriums und Frauenministeriums zu dieser feministischen Revolution. Finanzielle Unterstützung auf Bundesebene für Frauenvereine, die geflüchtete Afghan\*innen und Iraner\*innen unterstützen.
- Gewährung von Asyl für verfolgte Frauen und Kinder auf direktem Weg durch die Wiedereinführung des Botschaftsasyls und die Vereinfachung der Familienzusammenführung sowie den Abbau bürokratischer Hürden. Allenfalls auch nur für Transit in andere Länder.
- Durchsetzung und Akzeptanz des Fluchtgrundes „Unterdrückung von Frauenrechten und Verfolgung von Frauen“.
- Unterstützung von und Solidarisierung mit afghanischen und iranischen Protestbewegungen in Österreich sowie die Teilnahme an Protestaktionen durch die SPÖ.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

Beschluss der Konferenz

**Annahme**





